

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 29.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 25. Juli 1916.

Inhalt: Zur Erörterung der Kriegsziele und der zur polnischen Frage, S. 737—740. — Der Reichskanzler und die Alldeutschen, S. 740—741. — Fürst Bülow und die polnische Frage, S. 742—743. — Polen und Alldeutsche, S. 743, 744. — Fürst Drucki-Lubeckis Reise nach Bulgarien, S. 745. — Zur Gründung der „Gazeta Narodowa“, S. 745. — Über das Verhalten der Posener Polenpresse, S. 746. — Die Rechtsbeistandsbureaus, S. 746. — Sammlungen für das Posener Hilfskomitee für Polen, S. 747, von Kriegsgefangenen, S. 747. — Polnischer Handel und Gewerbe, Fortbildung der kaufmännischen Jugend, S. 748. — Polnisch-katholische Arbeitervereine, S. 748. — „Kraj“ über die Ansiedelung Kriegsverlegter, S. 749. — „Echo Polskie“ über das Posener Polentum, S. 749. — Die nationale Aufklärung in Polen, S. 750—752. — Prof. Stengels Antwort an die Friedensfreunde — eine krankhafte Erscheinung, S. 752. — Vertreterversammlung des Verbandes der Polenvereine im Westen, S. 752. — Unter der Okkupation, S. 753. — Zur Konsolidierung der Parteien in Warschau, S. 754. — Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens, S. 755. — „Dziennik Narodowy“, Nachrichten aus Warschau, S. 755, 756. — Zwei Kundgebungen aus der Wahlbewegung, S. 756. — Der Warschauer Gemeinderat, S. 756. — Die Aussichten Polens, S. 757. — Die Deutschen und die Legionen, S. 758. — Warschau—Kraus, S. 758—760. — Das polnische Programm Rußlands, S. 760. — Das Autonomieverprechen Esajonows, S. 761, 762. — Den Neutralisten, „Kraj“, S. 764. — Die Lebensmittelversorgung Polens, S. 764. — Um die nationale Einheit, „Kraj“, S. 765. — Der Nationalitätenkongreß in Lausanne, S. 766. — Die polnischen Auswanderer in Amerika, S. 767. — Konstitutionsfeier in Chicago, S. 768.

Betrifft Erörterung der Kriegsziele.

Aus Nr. 160 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 16. Juli 1916.

Die Kriegsziele und die polnische Frage.

Unter dieser Überschrift bespricht das Posener nationaldemokratische Blatt die unter den deutschen Parteien herrschenden Anschauungen über die Kriegsziele und ihr Verhältnis zum Reichskanzler, um dann wie folgt fortzufahren:

Angeichts der bestehenden Gegensätze hinsichtlich der Kriegsziele im Westen, der Gegensätze, welche mit der grundsätzlichen Frage der Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses zu England im Zusammenhang stehen, ist das Problem der Zukunft im Osten ein wenig in den Hintergrund getreten. Während übrigens der Reichskanzler in den Angelegenheiten des Westens in seinen Äußerungen sehr weitgehende Zurückhaltung übte, gab er hinsichtlich der sich entwickelten Probleme im Osten schon gewisse konkrete, wiewohl allgemein gehaltene Erläuterungen. Diese Äußerungen waren, soweit sie das Königreich Polen betreffen, dahin zusammengefaßt, daß das Königreich Polen Rußland nicht mehr zurückgegeben werden soll und Deutschland und Österreich die Lösung der polnischen Frage in ihre Hand nehmen werden. Über diese Umschreibung seiner Absichten hinsichtlich der bejagten polnischen Lande ist der Reichskanzler nicht hinausgegangen. Auch eine öffentliche Erörterung dieses Themas hält die Regierung im gegenwärtigen Augenblick nicht für geboten, und zwar deshalb, weil, wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ unlängst schrieben, die Verhandlungen mit Österreich in dieser Frage noch nicht abgeschlossen seien. Nach Ansicht der Regierung, welche das soeben genannte Organ widerspiegelt, „würde die Beendigung der Verhandlungen nicht vorwärts schreiten“, wenn die polnische Frage in der breitesten öffentlichen Meinung zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden

würde, da der dabei unvermeidliche Unterschied der Anschauungen der Lösung des Problems nur hinderlich wäre.“ Tatsächlich verwickelt sich die polnische Frage vom Gesichtspunkt der Mittelmächte zweifellos dadurch, daß Lebensinteressen sowohl Deutschlands als auch Österreich-Ungarns dabei in Frage kommen und daß diese Interessen, obgleich sie sich vielleicht auf einer allgemeinen Linie bewegen, in den Einzelheiten wahrscheinlich ziemlich erhebliche Unterschiede aufweisen. Die Verhandlungen in dieser Angelegenheit schweben, wie das „Berliner Tageblatt“ bemerkt, schon seit längerer Zeit. Und auch der letzte Besuch des Barons Burian in Berlin vor einer Reihe von Wochen hatte gerade dieses Problem im Auge. Gegenwärtig erfahren wir, daß in diesen Verhandlungen zwischen Berlin und Wien noch keine Entscheidung gefallen ist. Offenbar sind die Diplomaten beider Staaten noch immer daran, einen Weg zu suchen, welcher eine Lösung der polnischen Frage im Sinne der beiderseitigen Interessen gewährleisten würde. Was das Interesse der Polen bei diesen Verhandlungen erheischen würde, darauf könnte nur die öffentliche Meinung der polnischen Volksgesamtheit erwidern, und das ist im gegenwärtigen Augenblick unmöglich.

Übrigens sind auch in der deutschen öffentlichen Meinung Stimmen laut geworden gegen das Gebot, in der polnischen Frage bis zur Beendigung der Verhandlungen zwischen beiden Verbündeten Schweigen zu beobachten. Die konservative „Kreuzzeitung“ und die freikonservative „Post“ protestieren gegen den Ausschluß der öffentlichen Meinung in Deutschland bei der Regelung der polnischen Frage und verlangen eine freie Erörterung, welche der Regierung gewisse Richtlinien hinsichtlich der Wünsche des deutschen Volks geben würde. Ob die Regierung darauf eingehen wird, erscheint zweifelhaft. Aber wenn wirklich ein freier Meinungsaustausch eintreten sollte, so müßte auch die polnische Presse für sich das Recht beanspruchen, in dieser Materie ihre Meinung zu äußern.

Aus Nr. 163 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 20. Juli 1916.

Die deutsche öffentliche Meinung und die polnische Frage.

In dem Maße der weiteren Entwicklung des Krieges und des Nahens des entscheidenden Zeitabschnitts der Ereignisse nimmt die polnische Frage als eins der wichtigsten mit dem Ergebnis des Krieges verbundenen Probleme eine immer größere aktuelle Bedeutung an. Die Mittelmächte betonen weiter ihre Absicht, das Schicksal des Königreichs Polen neu gestalten zu wollen. Aber eine fertige Formel zur Lösung dieser Frage ist bisher nicht gefunden worden. Wir erhielten unlängst Kenntnis davon, daß über dieses Thema zwischen Deutschland und Österreich Verhandlungen schweben, die noch nicht abgeschlossen sind. Indes werden in der öffentlichen Meinung Deutschlands Stimmen laut, die immer nachdrücklicher fordern, daß sowohl hinsichtlich der polnischen Frage, als auch hinsichtlich der übrigen Kriegsziele die öffentliche Erörterung freigegeben werde. Grundsätzlich ist diese Forderung zweifellos verständlich. In einem reifen Volke haben die sozialen Kreise ein Recht, in derartigen politischen Problemen das Wort zu ergreifen, und sie können verlangen, daß die Regierung nicht daran gehe, sie auf eigene Faust zu erledigen, ohne die Meinung der maßgebenden sozialen, die öffentliche Meinung gestaltenden Faktoren zu befragen. Von diesem Gesichtspunkt könnte man in mancher Beziehung den Ausführungen recht geben, die wir in den Spalten des „Fränkischen Kurier“ finden.

Der „Kurjer Poznański“ gibt die einschlägigen Ausführungen des „Fränkischen Kurier“ wieder, in welchen für eine unbedingte Freigabe der Besprechung der Kriegsziele und insbesondere der polnischen Frage das Wort geredet wird, und knüpft daran folgende Schlußbemerkungen:

Wenn man auch die grundsätzliche Richtigkeit dieser Art von Stimmen anerkennt, so muß man doch auch die schwierige Lage der Regierung berücksichtigen und einräumen, daß die Regierung in der gegebenen Lage nicht geneigt sein kann, diese Angelegenheit den Schwankungen der öffentlichen Meinung preiszugeben in einem Augenblick, wo die grundlegenden Unterhandlungen mit dem verbundenen Staate, welcher ebenfalls ein wichtiges Interesse an der Lösung dieses Problems hat, im vollen Gange sind. In welchem Moment es die Regierung für angebracht halten wird, der öffentlichen Meinung ein volles und unbeschränktes Wort zu erteilen, ist schwer vorauszusehen. Dies wird u. a. auch von dem Grad des Vertrauens abhängen, welches die Regierung der öffentlichen Meinung, daß sie das gegebene Problem sachlich und verständig zu behandeln versteht, entgegenbringt. Wenn in dieser Beziehung die Regierungskreise gewisse Bedenken hätten, so könnte man sich nicht darüber wundern. Obgleich der Krieg manche falsche Anschauung über die polnische Frage in der deutschen öffentlichen Meinung beseitigt hat, obgleich die Reihe der deutschen Politiker, die da verstehen, daß es im Interesse Deutschlands liege, das Schicksal der polnischen Lande im Einklang mit den Wünschen der Polen zu gestalten, durchaus erheblich ist, so sind doch noch viele, sehr viele irrige Vorstellungen und Vorurteile aus den früheren Zeiten geblieben, welche auf die Beurteilung der polnisch-deutschen Verhältnisse schädlich einwirken müssen. Die mächtigen Einflüsse und Strömungen, welche in Friedenszeiten lange Jahre hindurch der deutschen öffentlichen Meinung in dem Verhältnis zu den Polen den charakteristischsten Ton angaben, sind noch nicht verschwunden und erinnern sogar während des Krieges das eine um das andere Mal

in nachdrücklicher Weise an ihr Fortbestehen. Man kann sich auch nicht des Eindrucks erwehren, daß gerade von dieser Seite der Ruf nach Freigabe der Erörterung in der polnischen Frage am lauteften ergeht. Ob die Ansicht dieser Kreise, die sich gern mit großem Temperament zu äußern pflegen, zu einer Klärung des Problems, um welches es sich handelt, beitragen würde, daran könnte man zweifeln. Vielleicht hat auch die Regierung in dieser Beziehung gewisse Bedenken, belehrt durch die Erfahrungen aus der bisherigen Erörterung ihrer Kriegsziele, in welcher diese selben Kreise auf alle Mahnungen zur Besonnenheit und zur Zurückhaltung mit Anklagen des Mangels an Mut und Patriotismus bei denjenigen antworten, die mit ihnen nicht einer Ansicht sind.

Schließlich muß zweifellos der Zeitpunkt eintreten, wo sich die öffentliche Meinung in Deutschland über die Zukunft der polnischen Lande wird frei äußern können. Dann wird es sich zeigen, welchen Einfluß der Krieg auf die deutschen Gemüter ausgeübt hat und wie groß die Zahl derjenigen ist, die nichts gelernt haben.

Aus Nr. 85 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 19. Juli 1916.

Über die zukünftige Gestaltung Polens.

Die „Berliner Politische Korrespondenz“ weist darauf hin, daß es eine Unmöglichkeit sei, daß die Regierung eine allgemeine und allseitige Besprechung der Kriegsziele zulassen sollte und führt die polnische Frage an.

Jeder wird wohl zugeben, daß an der polnischen Frage das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn interessiert sind; aber mehr interessiert an ihr ist das polnische Volk selbst. Dieses polnische Volk würde sicherlich gerne erfahren, wie die Gestaltung Polens sein wird.

Jeder vernünftige Pole muß der Regierung recht geben, denn er muß wissen, daß eine öffentliche Erörterung über die Zukunft Polens in der gegenwärtigen Zeit unmöglich wäre. Eine andere Ansicht über diese Sache haben natürlich die alldeutschen Politiker. So schreibt z. B. die „Kreuzzeitung“ mit ausdrücklicher Bosheit, daß also in der polnischen Frage, die doch einen wichtigen Teil der Kriegsziele bilde, ein Verfahren angewendet werden solle, das sie, die „Kreuzzeitung“, für nicht richtig halte. Ihre Meinung wiederholt auch die „Deutsche Tageszeitung“, auch die „Post“ erklärt sich für eine solche. Es handelt sich den alldeutschen Zeitungen nicht so sehr um die Erörterung der polnischen Frage, als darum, daß die deutsche Regierung in der Angelegenheit, betreffend die Gestaltung des zukünftigen Schicksals Polens, nach dem Rezept der Alldeutschen verführe. Das Interesse des Deutschen Reiches würde dabei wohl sehr gut fahren!

Aus Nr. 160 des Dziennik Kujawski (Hohenjaßa)
vom 15. Juli 1916.

Betrifft die polnische Frage.

Erst nach Schluß der gestrigen Nummer erhielten wir die Berliner Morgenblätter, in denen wir die nachstehende, die polnische Frage betreffende Notiz vorfanden:

Folgt der Wortlaut der Notiz der „Berliner Politischen Nachrichten“, in welcher von den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland die Rede ist. Sodann heißt es weiter:

Diese Notiz, die alle Berliner Blätter veröffentlichten, brachten zuerst die „Berliner Pol. Nachr.“,

ein Blatt, in welchem hin und wieder amtliche Erklärungen abgedruckt werden. Der Inhalt der obigen Notiz beweist zweifellos, daß sie nicht in der Redaktion des Blattes, sondern in der entsprechenden Kanzlei des Ministeriums verfaßt worden ist.

Gegenüber der bisher in den amtlichen Kreisen, mit dem Reichskanzler an der Spitze, geübten Zurückhaltung in der polnischen Frage wird mancher nicht ohne Grund fragen, weshalb gerade in dem gegenwärtigen Augenblick die vorstehende Erklärung erschienen ist. Grundsätzlich bringt sie nämlich, soweit es sich um die polnische Frage als solche handelt, nichts Neues. Schon aus der Rede des Reichskanzlers im April d. J. erfuhren wir nämlich, daß auf dem Boden der polnischen Frage zwischen Wien und Berlin Verhandlungen stattfinden und daß sowohl Deutschland als auch Österreich-Ungarn, die — wie der Reichskanzler sagte — die polnische Frage nicht aufrollen wollten, jetzt diese Frage gemeinsam zu lösen beabsichtigen.

Darüber hinaus haben wir aber bisher nichts mehr erfahren. Sogar die von einem bestimmten Teil der polnischen Presse als „aufklärend“ bezeichnete Erklärung des Grafen Tisza im ungarischen Reichsrat war nur allgemein gehalten. Dabei ist die Frage, nach welcher Richtung hin die Lösung des polnischen Problems erfolgen wird, welche Formel die Mittelmächte hier wählen werden, eine der wichtigsten Fragen, auf welche jeder Pole mit Spannung eine Antwort erwartet.

Die beteiligten Regierungen üben aber, wie wir das schon oben bemerkten, Zurückhaltung. Wir brauchen nicht zu betonen, daß unter solchen Verhältnissen auch für das polnische Volk einzig und allein Zurückhaltung geboten ist. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß sich unter ihrer Lösung auf keinen Fall Passivität, die auf Erfahrungen und Erscheinungen des Augenblicks nicht reagiert, verfallen darf. Aber wie in dem gegenwärtigen Augenblick jeder Tag eine grundsätzliche Änderung mit sich bringen kann, kann auch die Volksgesamtheit in der polnischen Frage, solange, bis bestimmte festgesetzte Normen in die Erscheinung treten, nur eine abwartende Haltung einnehmen und aufmerksam beobachten, welchen Lauf die Dinge nehmen.

Vor einigen Tagen teilten Telegramme aus Stockholm mit, daß nach dem „Rußkoje Slowo“ eine „kaiserliche Verordnung“ in der polnischen Frage erlassen werden würde. In dieser Verordnung soll auf drei Punkte hingewiesen werden. Sie soll erstens betonen, daß Rußland die polnische Frage nur als eine innere russische Angelegenheit erledigen könne, zweitens soll sie das bekannte Manifest des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch betreffend die Vereinigung aller polnischen Länder bestätigen und drittens eine breite Selbstverwaltung für Polen verkünden.

Wir wissen nicht, ob und wie weit diese Nachricht auf Wahrheit beruht. Das eine wissen wir aber, daß auch eine solche Erklärung des Zaren die polnische Volksgesamtheit nicht elektrisieren wird. Während der Kriege hat sie zu viel Erfahrungen gesammelt, um nicht eine jede Erklärung unter die Lupe der polnischen Interessen zu nehmen. Deshalb wäre es auch überflüssig, sich heute schon ernstlich mit dem etwaigen Manifest des Zaren, daß der polnischen Frage den internationalen Charakter nehmen und sie in den Rahmen einer inneren russischen Angelegenheit einzwängen will, zu befassen. Und das in einem Augenblick, in welchem Rußland über die polnischen Länder gar nicht verfügt!

Schon aus diesem Gegensatz ergibt sich, wie weit der Gedanke, die polnische Frage als eine innere russische Angelegenheit zu betrachten, von der Wirklichkeit abweicht. Darüber hinaus ist aber noch wichtiger

der Umstand, daß das etwaige, im gegenwärtigen Augenblick erlassene Manifest des Zaren entgegen den Absichten seiner Schöpfer, garnicht die innere russische Frage berühren würde, einmal deshalb, weil diese Frage unmittelbar der russischen Machtsphäre entzückt ist, dann aber auch, und das ist die Hauptsache, weil Deutschland und Österreich-Ungarn ihrerseits eine Regelung der polnischen Frage ankündigen. Und sie beherrschen die polnischen Länder.

Die polnische Nation steht nach hundert Jahren vor Problemen, denen gegenüber die Interessen der ehemaligen Teilungsmächte auseinanderstoßen. Es drängt sich daher elementar die Frage auf, wie ihre Rolle sein soll oder sein kann. Und wiederum lautet unsere Antwort so, wie wir sie schon oben erteilt haben. Nicht wir können die Karten der Zukunft ausspielen, wenn die Trümpe nicht in unsern Händen, sondern in denen der Teilungsmächte sitzen. Es scheint, daß man diese polnische Haltung namentlich in Berlin in Betracht zieht, da Berlin bis jetzt keine Frage gegenüber den Polen stellt.

Der „Dziennik Berlinski“ schreibt allerdings, daß es nicht nur nützlich, sondern geradezu notwendig wäre, auch die polnischen Vertreter zu befragen, welche ihre Wünsche sind und was neben den Interessen Deutschlands und Österreich-Ungarns auch das Interesse Polens erfordert, damit diese drei Interessen: Deutschlands, Österreichs und Polens unter einen gemeinsamen Nenner gebracht werden könnten. Im entgegengesetzten Falle muß, meint der „Dziennik Berlinski“, gezwiefelt werden, ob eine solche einseitige Lösung diejenigen, um die es sich hier namentlich handelt, zufriedenstellen und die polnische Frage endgültig regeln wird.

Es scheint jedoch, daß der „Dziennik Berlinski“ das eine übersehen, daß die endgültige Festlegung für die Mittelmächte noch nicht klar ist. Bereitet ihnen aber das solche Schwierigkeiten, dann ist es für das polnische Volk um so weniger angezeigt, sich vorzeitig gegenüber diesen sich erst bildenden Gestaltungen zu engagieren.

„Das Volk als ein lebendiger Organismus“ — schreibt der „Dziennik Berlinski“ — „ist ein zu ernster Faktor, als daß man in so wichtigen Augenblicken ohne ihn verfügen sollte oder wollte.“ Zweifellos ist das ein Grundsatz, den jeder um so mehr unterstreichen wird, als er in der Zeit des heutigen Triumphs der Nationalitätenidee umso mehr an Bedeutung gewinnt. Andererseits aber darf auch nicht übersehen werden, daß sich ein lebendiges Volk nicht in einen Rahmen, dem man ihm wider seinen Willen und ohne seine Mitwirkung aufdrängen möchte, einzwängen läßt. Der von unserer Reichstagsfraktion vertretene alte Grundsatz: „Jedes Volk hat das Recht, über sein Schicksal zu beschließen“, betrifft auch das polnische Volk und dies um so mehr, als auf beiden kämpfenden Seiten als Kriegsziel die freie nationale Entwicklung aufgestellt wird.

Auf Grund dieser Voraussetzungen kann man begreifen, wie schwierig die Lösung der polnischen Frage auf der internationalen Schaubühne ist. Diese Schwierigkeiten bedingen auch die Gemeinplätze, die bisher in dieser Materie von seiten der beteiligten Mächte aufgestellt worden sind. Diese Schwierigkeiten legen uns andererseits die Verpflichtung auf, an die Verantwortung zu denken, die wir gegenüber den künftigen Generationen haben. Wir bilden eine Art Übergangsetappe gegenüber der Zukunft. Gegenüber den sich widersprechenden Interessen, die auf dem Boden der polnischen Frage bestehen, müssen wir eine solche Haltung einnehmen, daß wir, wenn der Rahmen der polnischen Frage klar in die Erscheinung treten wird, für ihn einen, den grundsätzlichen nationalen Bedürfnissen möglichst weit Rechnung tragenden Charakter erlangen.

Aus Nr. 159 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 14. Juli 1916.

Die Zukunft Polens?

Unter dieser Überschrift gibt das Blatt die Notiz der „Berliner Politischen Nachrichten“ wieder, in welcher von den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn über die polnische Frage die Rede ist, und knüpft daran folgende Bemerkungen:

Wir sind der Meinung, daß es bei den Verhandlungen nicht nur nützlich, sondern geradezu notwendig sein würde, auch polnische Vertreter darum zu befragen, welches ihre Wünsche sind und was — neben den Interessen Deutschlands und Österreich-Ungarns — auch das polnische Interesse erfordert, um diese drei Interessen: — Deutschlands, Österreichs und Polens — unter einen gemeinsamen Namen zu bringen. Vereinenenfalls muß daran gezwweifelt werden, ob eine solche einseitige Lösung diejenigen, um die es sich namentlich handelt, zufrieden stellen und die polnische Frage endgültig regelt wird.

Wir hoffen, daß die maßgebenden Kreise, die an dieser Frage arbeiten, daran denken werden, daß man in der gegenwärtigen Zeit der hohen nationalen Aufklärung über ein Volk nicht wie über einen toten Körper — wie vor 100 Jahren — verfügen kann, sondern daß ein Volk als ein lebendiger Organismus ein zu ernstester Faktor ist, als daß man in so wichtigen Augenblicken ohne ihn verfügen sollte oder wollte.

Aus der Rede des Reichskanzlers Herrn von Bethmann-Hollweg, die er im August vorigen Jahres hielt und in welcher er von dem Herannahen einer neuen Ära in den polnisch-deutschen Beziehungen sprach und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Beseitigung der Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung bedeute, welche die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen beseitigen würde, kann man schließen, daß der Kanzler, um dieses Ziel zu erreichen, die Absicht habe, auch die Polen zu dieser Mitarbeit heranzuziehen. Denn nur durch eine gegenseitige offene Aussprache, durch die Äußerung seiner Wünsche und durch ihre Berücksichtigung seitens der einen und der anderen Partei ist die Schaffung einer „neuen Ära“ und die Beseitigung der alten Gegensätze möglich.

In der selben Angelegenheit schreibt das Blatt nach Wiedergabe des Artikels aus dem „Berliner Tageblatt“ vom 14. Juli 1916:

Was uns anbetrifft, so müssen wir als ein polnisches Blatt bemerken, daß wir uns schon gestern darüber, was die polnische Volksgesamtheit über diese Verhandlungen denkt, ausgesprochen haben. Wenn die deutschen Blätter behaupten, daß die Interessen und Hoffnungen der verschiedensten deutschen Kreise bei den Verhandlungen über die polnische Frage berücksichtigt werden sollten, so muß demgegenüber betont werden, daß die polnische Gesamtheit tausendmal mehr recht hat, das zu verlangen, weil es sich hier in erster Linie um das Fell der Polen und um die Zukunft Polens handelt. Wir wiederholen noch einmal, daß man über ein 25 Millionenvolk, das national aufgeklärt ist und hinsichtlich der Zahl die 6. Stelle in der Reihe der europäischen Völker einnimmt, nicht wie über ein Stück Vieh oder einen toten Körper ohne sein Einverständnis und wider seinen Willen entscheiden kann, wenn man diese Frage endgültig lösen und einen idealen Zustand schaffen will, von dem der Reichskanzler im August v. Js. im Deutschen Reichstag sprach.

An die Wiedergabe der vorstehenden Auslassungen des „Dziennik Berliński“ knüpft der Krakauer „Gaz“ in seiner Nr. 356 vom 17. Juli 1916 folgende Bemerkungen:

Die Frage, ob eine öffentliche Erörterung der polnischen Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt erwünscht ist, kann man unmöglich entscheiden, ohne den Stand der österreichisch-deutschen Verhandlungen zu kennen; vielleicht wäre aber eine solche Erörterung der Sache selbst mit Übergehung ihrer diplomatischen Verwicklungen angezeigt. Viele weniger bekannte Einzelheiten würden dann aufgeklärt werden, und es würde rasch ein reichliches Material entstehen, welches den Leuten, die dazu berufen sind, die endgültigen Entscheidungen zu treffen, die Aufgabe sehr erleichtern würde. Würde doch der größte Nutzen stets durch eine Mitwirkung der Polen erreicht werden, zumal da ein Volk, welches der Zahl nach das fünfte oder sechste in Europa ist und dessen Geschichte und Kultur bedeutend älter sind, als die englische und russische Geschichte und Kultur, bei der Entscheidung seines Schicksals nicht wie ein toter Körper übergangen werden kann.

Auch dessen muß man eingedenk sein, daß die Mittelmächte einen ehrenhaften, aber auch dauernden Frieden anstreben, der sie ein für alle Mal gegen solche Katastrophen, wie der gegenwärtige Krieg ist, sichern würde. Von der Dauer und der Festigkeit dieses Friedens hängt nicht nur die weitere wirtschaftliche Entwicklung der christlichen Welt, sondern der ganze Kulturfortschritt der Menschheit ab, und diese Verhältnisse kann man durch Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts erlangen, welches durch die Teilung Polens nicht nur erschüttert, sondern geradezu zunichte gemacht ist.

Aus Nr. 83 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 14. Juli 1916.

Die Alldeutschen lassen dem Kanzler keine Ruhe.

Völlig unerwartet begannen wieder von alldeutscher Seite die Angriffe gegen den Kanzler. Das Zeichen dazu gab ein gewisser Professor Brandenburg. Jener Professor Brandenburg, der Vorsitzender des sächsischen nationalliberalen Verbandes ist, veröffentlicht im „Leipziger Tageblatt“ eine Erklärung, in der er sagt, daß es schwer und gefährlich sei, dem Reichskanzler Vertrauen entgegenzubringen, solange er nicht klar und deutlich sagen werde, wie er sich den späteren Frieden vorstelle.

Nach unserer Ansicht bedarf es der ganzen alldeutschen Verblendung gegen den Kanzler, um im gegebenen Augenblick von ihm verlangen zu können, daß er sagen sollte, wie er sich den kommenden Frieden vorstelle, bzw. welches seine Kriegsziele seien.

Welcher bedächtige deutsche Politiker könnte es tatsächlich haben wollen, daß sich der Kanzler im gegenwärtigen Augenblicke in dieser Sache völlig klar äußern sollte! Es ist doch klar, daß die endgültigen Friedensbedingungen des Reichskanzlers abhängig sind von dem größeren oder geringeren Siege der deutschen Heere. Der Krieg geht doch aber noch nicht seinem Ende entgegen, und gerade der gegenwärtige Zeitabschnitt dieses Krieges ist der allergefährlichste.

Es könnte fürwahr scheinen, daß das Verlangen, der Kanzler solle öffentlich seine Kriegsziele bekanntgeben, nur von einem solchen Menschen gestellt werden kann, dem es vielleicht sehr um die grenzenlosen Kriegsziele zu tun ist, dem es aber noch mehr daran gelegen ist, dem Kanzler Schwierigkeiten zu bereiten, dem Kanzler, der nicht nach dem Sinn der alldeutschen Politiker ist, das Amt überdrüssig zu machen, ihn zu veranlassen, einem anderen den Platz zu räumen.

Mögen die Herren Alldeutschen sagen, was sie wollen, in diesem Zeitpunkte sind ihre Forderungen

hinsichtlich der Kriegsziele für jeden vernünftigen Politiker, welcher Richtung er auch angehören mag, geradezu unverständlich, ebenso wie ihr Geschrei unverständlich war hinsichtlich des U-Bootkrieges.

Angeichts der Erklärung des Professors Brandenburg schrieb die amtliche „Allgemeine Norddeutsche Zeitung“, daß der Krieg noch im Gange und der Sieg noch nicht davongetragen sei. Deshalb könne der Kanzler auch noch keine Schritte unternehmen, die ihm in diesem Augenblicke der einfache Verstand verbiete. — Die amtliche Zeitung gibt auch zu verstehen, daß das Verfahren der Alldeutschen keineswegs den Interessen des Staates diene.

Auf diese Worte des amtlichen Blattes, die zwar eine unangenehme Abfertigung für die Alldeutschen enthielten, brauste es im Lager der Alldeutschen auf.

Die konservative alldeutsche „Kreuzzeitung“ meint, man könne zum Kanzler kein blindes Vertrauen haben.

Die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ verlangt, der Kanzler solle sagen, wofür das Volk kämpfe, wofür es sein Blut vergieße und siege. —

Die „Deutsche Zeitung“ dagegen gibt zu verstehen, daß sie kein Vertrauen habe, daß der Kanzler aus dem Kriege alles herauschlagen würde, was sich aus ihm nur herauschlagen lasse.

Die alldeutsche konservative „Deutsche Tageszeitung“ verlangt hinsichtlich der Kriegsziele des Kanzlers Klarheit. Das Organ der Alldeutschen reizt es sehr, daß der Kanzler zu dem Abgeordneten Scheidemann gesagt hat, daß er mit den Annexionsplänen der 6 alldeutschen Organisationen nichts gemein habe, daß er diese Pläne weit von sich weise und sie entschieden verurteile. Die „Deutsche Tageszeitung“ ärgert sich auch darüber, daß der halbamtliche „Lokalanzeiger“ die Kriegsziele jener alldeutschen Organisationen — grenzenlose Annexionspläne genannt hat. Das alles habe, so sagt die „Deutsche Tageszeitung“, die breitesten Kreise des deutschen Volkes ungeheuer beunruhigt.

Es ist eine sonderbare Sache, daß die „Deutsche Tageszeitung“ und überhaupt die Alldeutschen jetzt nach etwa 3 Wochen, in denen Ruhe herrschte, auf die Sache zurückkommen. Muß das nicht so aussehen, als ob es den alldeutschen Kreisen um die Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Kanzler zu tun ist? Nach allem, was bis jetzt vorgefallen war, kann man schwer annehmen, daß der Kanzler von ihrer Seite angenehme Sachen zu erwarten hat.

Wir sind erstaunt, daß die Herren Alldeutschen den höchsten Beamten des Staates nicht in Ruhe lassen können, selbst in dem Augenblicke, in dem vielleicht für das deutsche Volk die gefährlichste Zeit hereingebrochen ist, die es während des ganzen Krieges gab, und wo dieser höchste Beamte des Staates fürwahr wichtigeres zu tun hat, als den Herren Alldeutschen Rede und Antwort zu stehen.

Auch das polnische Volk möchte wohl gerne von dem Reichskanzler etwas genaues darüber erfahren, wie er sich die Zukunft Polens denkt — aber doch weiß es, daß jetzt nicht die Zeit dazu ist und daß der Kanzler nichts genaues sagen könnte — denn das hängt nicht von ihm und auch nicht von Deutschland ab.

Das polnische Volk wartet deshalb die passendere Zeit ab.

Doch wir „Kanadier“ (wir wollten vielmehr sagen — wir Polen) sind, wie der deutsche Dichter sagt, bessere Leute.

Aus Nr. 84 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 16. Juli 1916.

Der Kampf der alldeutschen Zeitungen

gegen den Kanzler nimmt seinen Fortgang, ja er wird von Tag zu Tag heftiger. Die „Norddeutsche Allge-

meine Zeitung“ nimmt den Reichskanzler in Schutz. Im letzten Artikel haben wir darauf hingewiesen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ drohe, jene 6 alldeutschen Verbände würden bekanntgeben, was der Kanzler zu ihren Vertretern in Sachen der Kriegsziele gesagt habe.

In den Ausführungen des Kanzlerorgans hat für das polnische Volk der Absatz eine überaus große Bedeutung, der von Bismarck sagt, daß er nie daran gedacht habe, fremde selbständige Völker dem deutschen Reiche einzuverleiben.

Nach der amtlichen Zeitung denkt auch Herr v. Bethmann-Hollweg nicht daran, solches zu tun. Das wissen die alldeutschen Politiker — und daher ihre Abneigung und der Kampf gegen ihn.

Die denkenden polnischen Politiker haben allen Grund, den Kanzler, der einer solchen Meinung ist, nach Kräften zu unterstützen und ihm keine Hindernisse in den Weg zu legen, die ihm die Arbeit erschweren könnten.

Aus Nr. 85 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 19. Juli 1916.

Der Kampf zwischen den alldeutschen Zeitungen und der amtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hat sich verschärft. Die „Deutsche Tageszeitung“ macht dem amtlichen Blatte zum Vorwurf, es erhebe gegen sie falsche Vorwürfe; die „Deutsche Tageszeitung“ droht auch mit unliebsamen Darlegungen im Parlamente.

Es ist interessant, daß die „Deutsche Tageszeitung“ bei dem allen bestreitet, die Absicht zu haben, Mißtrauen gegen den Kanzler zu säen, was ihr seitens des amtlichen Organs vorgeworfen wird. Das alldeutsche Organ behauptet auch, es sei nicht wahr, daß es die Absicht hege, den Kanzler zu stürzen.

Es ist doch eine unerhörte Sache, wenn Zeitungen und einflußreiche deutsche Parteien den höchsten Beamten des Staates in der Zeit der blutigsten Kämpfe, in der für das deutsche Volk allergefährlichsten Zeit in so verbissener Weise einzig und allein deshalb angreifen, weil sich dieser höchste Staatsbeamte bei seiner Politik vom gesunden Verstande leiten läßt und von den Annexionsbestrebungen der alldeutschen Elemente nichts wissen will.

Aus Nr. 157 der Gazeta Ludowa (Rattowiz) vom 14. Juli 1916.

Weitere Angriffe gegen die Politik des Kanzlers.

Unter der obigen Spitzmarke schreibt das Blatt u. a. folgendes: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ polemisiert mit der „Deutschen Tageszeitung“ aus Anlaß der Betrachtungen, welche dieses Blatt über die neuesten halbamtlichen Deklarationen in Sachen des Vertrauens veröffentlicht hat. Das amtliche Organ schreibt: (Es folgt der Wortlaut der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ in der fraglichen Angelegenheit, alsdann die Stellungnahme der „Deutschen Tageszeitung“ dazu.)

Hierzu bemerkt die „Gazeta Ludowa“ nachstehendes: Über die Kriegsziele zu schreiben, gestattet die Zensur nicht; wir sehen jedoch, wie die „Deutsche Tageszeitung“, mit dem Kanzler polemisierend, es verstanden hat, ihre Kriegsziele auf das Papier zu bringen. Sie fordert ausdrücklich die Annexion des belgischen Landes; das Volk will sie nicht haben, denn es muß entsiedelt werden. Das bedeutet, daß ein Volk, das seit Jahrhunderten auf seinem Lande ansässig ist, aus seinen Heimstätten hinausgetrieben werden soll, denn das verlangt, wie die „Deutsche

Tageszeitung" sagt, die Sicherheit und die Gesundheit des deutschen Volkes. Man sieht, daß für die Alldeutschen moralische und menschliche Rücksichten nicht existieren.

Betrifft die Provinz Posen.

Aus Nr. 155 und 156 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 12. Juli 1916.

Fürst Bülow und die polnische Frage.

Unter dieser Überschrift macht das Posener nationaldemokratische Blatt bei Besprechung des die polnische Frage betreffenden Teils des Bülowischen Buches „Deutsche Politik“ u. a. folgende Bemerkungen:

Die deutsche Presse hat das Buch des Fürsten Bülow als eins der hervorragendsten politischen Werke in Deutschland begrüßt. Besonders aber beeilten sich die konservativ-nationalistischen Kreise mit einer eifrigen Billigung der Hauptleitgedanken des fürstlichen Verfassers, die in der Vorrede enthalten sind, wo Fürst Bülow als entschiedener Anhänger derjenigen Kriegsziele auftritt, welche die politische, wirtschaftliche und militärische Macht sowie die realen Garantien der Entwicklung Deutschlands vermehren sollen.

In seinem Buche widmet Fürst Bülow ein umfangreiches, denn 30 Seiten umfassendes Kapitel der polnischen Frage oder vielmehr der Ostmarkenpolitik, wie er sich selbst ausdrückt. Was Fürst Bülow als Reichskanzler auf diesem Gebiete dachte und tat, wissen wir sehr wohl. Wir würden auch in der gegenwärtigen Zeit kein Bedürfnis und keine Neigung empfinden, die Erinnerungen an jene Zeiten aufzufrischen. Wenn aber der Exkanzler mit seinem soeben erst herausgegebenen Buche seine Anschauungen über das Verhältnis des preußischen Staats zu den Polen von neuem und eingehend äußert, so können wir seine Ausführungen nicht mit Schweigen übergehen. Wir bemerken von vornherein, daß wir uns in eine grundsätzliche Polemik mit dem Fürsten Bülow nicht einlassen können und wollen, da wir das im Kriege geltende Gebot des Burgfriedens achten...

Wenn Fürst Bülow Bismarcks Auffassung (betreffend die etwaige Wiederherstellung des polnischen Staats) zitiert, so macht er sie sich offenbar zu eigen, wiewohl manches dafür spricht, daß der große deutsche Staatsmann seine Auffassung unter den heutigen Verhältnissen vielleicht ändern würde. Denn es ist bekannt, daß Bismarck in der Politik feste Dogmen nicht anerkannte. Fürst Bülow kann sich von der Vorstellung einer Stetigkeit des politischen Gegensatzes Preußens zu Polen nicht befreien, wie das aus den in seinem Buche enthaltenen Auffassungen über die etwaige Wiederherstellung eines selbständigen Polens hervorgeht...

Nach dieser Abweisung auf das Gebiet des politischen Pathos bietet Fürst Bülow einen Abriss der preußischen Politik gegenüber den Polen seit dem Jahre 1815. In diesen Ausführungen springt nur ein geschichtlicher Fehler dem Leser in die Augen. Bei der Besprechung der ersten Periode der Zustände gegenüber den Polen sagt nämlich der Verfasser: „Die Quittung dafür war der Aufstand im Jahre 1830.“ Es ist schwer zu verstehen, wie ein so ernster Verfasser den ausschließlich gegen Rußland gerichteten Aufstand als eine Antwort der Polen auf die preußische Politik jener Zeiten anführen kann...

Das Ergebnis, welches die Ansiedlungspolitik bisher gezeitigt hat, erachtet Fürst Bülow als befriedigend, weil der Rückgang der Zahl der Deutschen trotz des Kinderreichtums bei den Polen ein Ende genommen hat. „Seit Beginn des Jahrhunderts, als die verstärkte Ansiedlungspolitik begann, wuchsen die Deutschen zahlenmäßig mehr als die Polen“. Die

Ansiedelung hat nach Ansicht Bülows das große Verdienst, daß sie die Polonisierung der Ostmarken verhindert hat. Wenn diese preußische Politik nicht wäre, sagt Bülow, hätten wir heute im Osten nicht eine polnische Frage, sondern eine polnische Gefahr.

Aus Nr. 158 des Postep (Posen)
vom 14. Juli 1916.

Exkanzler Bülow und die polnische Frage.

Unter der vorstehenden Spizmarke schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Der ehemalige Reichskanzler, Fürst Bülow, widmet der polnischen Frage, oder wie er selbst sagt: der Ostmarkenpolitik einen umfangreichen Teil, der über 30 Seiten umfaßt, in seinem Werke „Deutsche Politik“, das erst neuerdings erschienen ist.

Dieses Werk hat für uns Polen nicht so viel Bedeutung als geschichtlicher Überblick, als vielmehr wegen des Programms der deutschen Politik hinsichtlich der polnischen Frage. Man muß hervorheben, daß Fürst Bülow, der als Kanzler stets ein Anhänger der Politik der starken Hand gegenüber den Polen war, der das Gesetz von der Enteignung und den Sprachenparagrafen durchgeführt hat, sich in seinem Verhältnis zu den Polen garnicht oder nur sehr wenig geändert hat. Wir stellen fest, daß die konservativ-nationalistischen Kreise das Werk Bülows mit großer Befriedigung begrüßt haben, die Kreise nämlich, welche die Politik des gegenwärtigen Kanzlers Bethmann-Hollweg bekämpfen. Das erklärt sich damit, daß Fürst Bülow als entschiedener Anhänger ihrer Kriegsziele auftritt und ein Lenker des Staatsschiffes nach ihrem Herzen und Verlangen wäre. Die Polen haben durchaus keinen Grund zu bedauern, daß gerade die polnischen Abgeordneten seinerzeit zum Sturze dieses Kanzlers beigetragen haben.

Aus Nr. 161 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 18. Juli 1916.

Fürst Bülow über die polnische Frage.

Der ehemalige Reichskanzler, Fürst Bülow, hat vor kurzem ein Werk, betitelt „Deutsche Politik“, herausgegeben. In diesem Werk behandelt er in einer umfangreichen Abhandlung die polnische Frage.

Trotz des Kriegsgewitters führt Fürst Bülow wie früher, so auch heute, dieselben Argumente an, die er vor einigen Jahren angeführt hatte, als er im preußischen Landtag das Enteignungsgesetz und im deutschen Reichstag den Sprachenparagrafen begründete. Auch heute verkündet er, daß die Hauptaufgabe der preußischen Politik gegenüber dem polnischen Element die Tätigkeit auf dem Gebiet der Ansiedelung und der Schule sein muß. Er behauptet wie ehemals, so auch jetzt, daß es sich hier nicht um einen Kampf gegen die Polen, sondern um die Befestigung und Förderung des Deutschtums handelt, daß ferner die preußische Politik in der Ostmark nicht eine parteipolitische, sondern eine allgemein nationale Frage ist, von deren Lösung nicht nur das Schicksal der Deutschen in den Ostmark, sondern auch die Zukunft Preußens, Deutschlands und des ganzen Deutschtums abhängt, und daß schließlich mit Rücksicht darauf der Staat die Pflicht hat, darüber zu wachen, daß die Deutschen im Osten von den Polen nicht verdrängt würden.

Fürst Bülow beruft sich auf die Zeit Friedrich des Großen, hebt die Verdienste Flotwells, Grolmans, Bismarcks und Miquels auf dem Gebiete der deutschen Ansiedlungspolitik hervor und schreibt wörtlich: (folgen Auszüge aus der Abhandlung über die Ostmarkenpolitik in polnischer Übersetzung).

Aus Nr. 86 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 18. Juli 1916.

Zu dem neuesten Werk des Fürsten Bülow „Deutsche Politik“ bemerkt das Blatt folgendes:

Mit Rücksicht auf den inneren Frieden können wir die Arbeit des Fürsten Bülow nicht mit völliger Freiheit besprechen; deshalb werden wir auch nur soviel sagen, daß bei dem früheren Kanzler der gegenwärtige Krieg in der Ansicht über die polnische Frage keine Veränderung herbeigeführt hat, denn er verteidigt heute noch die Ausnahmegeetze, die er uns gegenüber durchgeführt hat. Im allgemeinen sind die Ausführungen des ehemaligen Kanzlers auf den Kampston gestimmt, und sie sind von den alldeutschen Kreisen, den Gegnern des gegenwärtigen Kanzlers v. Bethmann-Hollweg, für den im gegenwärtigen Zeitpunkte Fürst Bülow ein gefährlicher Genosse werden könnte, mit großer Begeisterung begrüßt worden.

Aus Nr. 351 des Czas (Kraukau)
vom 14. Juli 1916.

Fürst Bülow und die polnische Frage.

Der Vorgänger von Bethmann-Hollwegs im Reichskanzleramt, Fürst Bülow, hat gegenwärtig ein Buch unter dem Titel „Deutsche Politik“ herausgegeben, welches nur eine erweiterte Ausgabe der früher in dem Sammelwerke „Deutschland unter der Regierung Wilhelm II.“ aufgenommenen Abhandlung ist. Der politisch literarische Wert des Buches ist nicht groß, der geschichtliche äußerst zweifelhaft, es hat jedoch auf der Basis der gegenwärtigen inneren Verhältnisse des deutschen Reichs eine gewisse Bedeutung erlangt. Die nationalistische Presse, welche über den gegenwärtigen Reichskanzler so fanatisch und pervers herfällt, hat seit einer gewissen Zeit begonnen, den Fürsten Bülow als Erben der Bismarckschen Überlieferung ostentativ in den Vordergrund zu stellen. Aus diesem Grunde eben hatte auch der neueste publizistische Auftritt des augenblicklichen Patrons der Annexionisten ein gewisses Augenmerk der deutschen politischen Kreise auf sich gelenkt. Uns können nur die Anschauungen des Fürsten Bülow über die polnische Frage fesseln, obgleich auch in dieser Beziehung sein Buch nichts Neues bringt. Wir wissen aber sehr gut, welches die Politik des Exkanzlers in der polnischen Frage war, des Exkanzlers, dem wir das Enteignungsgesetz und den Sprachenparagraphen verdanken. In seinem Buch wiederholt Fürst Bülow die bekannten Theorien von dem fortgesetzten Kampfe der Völker und der erobersüchtigen Expansion der „höheren Kultur“, wobei er ganz vergißt, daß die stärkste erobersüchtige Expansion seit 200 Jahren in Europa Rußland bekundet hat. Auf diesen Voraussetzungen operierend, kommt jedoch Fürst Bülow zu dem Schluß, daß die Germanisierung als Rückkehr zur Taktik Friedrich II. die kulturelle Hauptaufgabe des zeitgenössischen Preußens ist

Nach einer Wiedergabe der Stelle aus dem Buche Bülows über das Verhältnis Preußens zu den Polen macht das Kraukauer konservative Blatt folgende Schlußbemerkungen:

Fürst Bülow ist schon ziemlich lange vom öffentlichen Leben zurückgetreten, und sein letzte politische Aktion in Rom hatte keinen Erfolg, wobei ein Schlaganfall den einst kräftigen Organismus des Exkanzlers ein wenig geschwächt hat. Daher kann man schwerlich von ihm verlangen, daß er die durch den Krieg geschaffenen neuen Werte rasch empfunden und verstanden hat. Jedenfalls kann man sich wundern, daß ein Mann, der so viele Jahre hindurch für das Gesamtbild der deutschen Politik verantwortlich war,

eine so große und komplizierte Frage, wie die polnische ist, nach stark veralteten Schablonen und Losungen beurteilt und mit Redensarten operiert, die heute sogar in den Spalten der gewöhnlichen nationalistischen Presse schon fremd klingen. Daher vermerken wir auch das Erscheinen des Buches des Fürsten Bülow mehr aus publizistischer Pflicht, als seines inneren Werts wegen. Die deutsche katholische und fortschrittliche Presse verschweigt das Buch diskret oder sie führt allgemein gehaltene Abschnitte ohne Kommentare an.

Aus Nr. 48 des Kraj (Lissa)
vom 16. Juli 1916.

Die polnische Presse und die polnischen Abgeordneten in der alldeutschen Meinung.

Unter vorstehender Spitzmarke schreibt der „Kraj“ u. a. folgendes: Der Justizrat Dr. Bachem veröffentlichte in der Nummer 134 des Berliner Blattes „Der Tag“ einen Artikel in Verteidigung der polnischen Volksgesamtheit. Dieser Artikel gefiel der „Ostmark“ nicht, die daraufhin auf die Ausführungen Bachems nachstehendes erwiderte: (Es folgt der Wortlaut der erwähnten Ausführungen der „Ostmark“).

Der Artikel der „Ostmark“ kann von polnischer Seite aus nicht unbeantwortet bleiben. Es ist wohl wahr, das alles, was die „Ostmark“ schreibt, in der gegenwärtigen Zeit nicht in gehöriger Weise besprochen werden kann. Das ist aber auch nicht nötig.

Die „Ostmark“ greift die Stadtverordneten aus Posen dafür an, daß sie die Mittel für das Hindenburg-Museum nicht bewilligt haben. Sie hätte aber die Begründung des Standpunktes der Stadtverordneten anführen sollen, die da ausdrücklich erklärt haben, daß sie lediglich finanzielle Gründe dazu bestimmt hätten, den Fond für das Hindenburg-Museum nicht zu bewilligen. Die Stadtverordneten-Fraktion würde gut tun, wenn sie zum Zwecke der Vermeidung einer sich bildenden schädlichen Legende darüber an die Redaktion der „Ostmark“ schreiben wollte.

Unser Standpunkt in dieser Frage ist bekannt, denn wir haben wiederholt dargetan, daß die Posener Stadtverordneten die politische Seite des Antrages hätten berücksichtigen sollen. Wir nehmen an, daß sich für die polnischen Stadtverordneten noch Gelegenheit finden wird, ihre Anerkennung für den großen Heerführer Hindenburg zu dokumentieren, der durch die Vertreibung der russischen Heere die polnischen Lande vor der russischen Invasion und vor der Vernichtung bewahrt hat.

Die Insinuationen der „Ostmark“, als ob „diese Herren“ (man weiß nicht, ob die „Polen“ oder die Stadtverordneten gemeint sind) den russischen Überfall nicht so sehr gefürchtet hätten, in der Erwartung, daß die Soldaten des Zaren gewissermaßen als Freunde und Brüder der Slawen zu ihnen kommen würden, weisen wir in Ruhe, aber mit aller Entschiedenheit ab.

Wir haben dazu das Recht, denn wir können uns nicht allein auf unseren Standpunkt, sondern auf die ausdrückliche Erklärung der polnischen Presse berufen, unter der die wichtigsten Organe in Hunderten von Artikeln der Antipathie gegen die Russen und der Sympathie für die Zentralmächte, insbesondere für das Deutsche Reich, Ausdruck gegeben haben.

Die polnischen Posener Stadtverordneten haben aus öffentlichen Mitteln für das Hindenburg-Museum nichts beschlossen, aber die polnische Volksgesamtheit beteiligt sich an den Spenden für diesen Zweck. Es gibt, wer geben kann, kleine und große Beiträge. Die hervorragendsten Persönlichkeiten haben sogar ansehnliche Summen gestiftet, trotzdem man gerade von ihnen viele Beiträge zu verschiedenen Zwecken verlangt.

Die polnische Reichstagsfraktion hat ihre Stimmen für die Entlassung des Abgeordneten Liebknecht durch den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Abgeordneten begründet. Man kann damit nicht einverstanden sein. Wir haben das ausdrücklich hervorgehoben.

Niemand, also auch nicht die polnische Fraktion, hat jedoch die Person und die Taten Liebknechts verteidigt. Der Fraktionsredner hat das ausdrücklich erklärt. Heute, nachdem Liebknecht zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt ist, wird jemand von uns Liebknecht und seine Tat um so weniger in Schutz nehmen, Das ist klar.

Die „Ostmark“ hätte die Tatsache anführen sollen, daß die polnische Fraktion im Abgeordnetenhaus den preußischen Landtag von den skandalösen agitatorischen und schädlichen Reden der Sozialisten vom Zuschnitt des Adolf Hoffmann in derselben Liebknechtfrage durch das Verweigern der Unterschriften unter den sozialistischen Antrag, durch den die Liebknechtsche Angelegenheit auf die Tagesordnung kommen sollte, bewahrt hat. Die Abgeordnetenfraktion hat durch ihre Tat die Fehler der Reichstagsfraktion mehr als taktisch gutgemacht.

Die „Ostmark“ hat kein Recht, zu behaupten, als hätten die Polen die ihnen dargebotene Hand nicht angenommen. Die polnische Volksgesamtheit hat zugleich mit der polnischen Reichstagsfraktion schon am 4. August 1914 die ihr durch die Erklärung des Monarchen und des Kanzlers dargebotene Hand ergriffen. Die Volksgesamtheit ist mit ihren Söhnen auf den Ruf des Monarchen zum Kriegsausschrei getreten, und die Reichstagsfraktion hat für die Mittel zum Kriege gestimmt — ohne Einschränkung, ohne Protest — und hat zugleich eine loyale Haltung gegenüber dem Monarchen und dem Staate eingenommen.

Aus taktischen, zufälligen Fehlern zieht die „Ostmark“ (und das nicht zum ersten Male) Schlüsse, die wider uns sind. Dagegen müssen wir uns wehren — ruhig aber entschieden.

Das deutsche Volk, auf welches sich die „Ostmark“ beruft, hat die Stellung der polnischen Volksgesamtheit, die gegenwärtig mit Blut ihre Schulden dem Staate gegenüber, dem es angehört, zahlt, wohlverstanden.

Die Reichstagsfraktion hat nicht nur für die 50 Milliarden zu Kriegszwecken, für die Kriegssteuern gestimmt, ihre Haltung gegenüber dem Monarchen war nicht nur immer loyal, wenn sich dazu Gelegenheit bot, sondern es fehlte auch bei den Reden des Kanzlers von Seiten der polnischen Abgeordneten im Reichstage nicht an Bekundungen der Sympathie und an Befriedigung über seine Reden, die sich insbesondere auf die polnische Frage bezogen. Die Reichstagsfraktionen wissen, daß die polnische Fraktion mit ihnen in Eintracht arbeitet.

Die polnische Volksgesamtheit aber trägt als solche die Opfer an Gut und Blut ebenso wie die deutschen Bürger. Verschiedene unserer Institutionen, wie z. B. die Banken, Organisationen und andere, sind zu Kriegsdiensten bereit, sie beteiligen sich an der Kriegsarbeit je nach den Verhältnissen und Bedürfnissen. Das alles sieht das deutsche Volk; es kann aber sein, daß es infolge des neuen Auftretens der „Ostmark“ nötig sein wird, noch mehr davon zu schreiben und zu sprechen, sogar deutsch.

Die „Ostmark“ hat kein Recht, sich auf „Proteste einzelner kluger polnischer Politiker“ zu berufen und über eine angebliche gewaltsame Diskussion in der polnischen Presse und über alte Gegensätze, bekannt aus den Friedenszeiten, solange zu schreiben, solange sie nicht die Gesamtlage unserer Verhältnisse darstellt. Niemand von uns wird bestreiten, daß nicht alle polnischen Politiker einer und derselben Meinung sind.

Rücksichten taktischer Natur spielen manchmal eine überaus große Rolle bei uns — wie in jedem Lager.

Das sind unsere inneren Angelegenheiten — das sollte die „Ostmark“ wissen. Mit ihnen werden wir uns abfinden; insbesondere verteidigt der „Kraj“ von Anfang an die durch die Reichstagsfraktion am 4. August 1914 inaugurierte Politik. Der polnischen Volksgesamtheit ist gar sehr an der konsequenten Durchführung dieser Politik gelegen. Leider fehlt es manchmal in unserem politischen Leben an dieser Konsequenz. Die Folgen der Inkonsistenz sind verderblich. Die Politik ist namentlich in den Kriegszeiten, in denen die Schicksale des Volkes auf der Wagschale liegen, kein Spielzeug. Billige Phrasen lohnen sich nicht, sie schaden im höchsten Grade. In der Politik sollten Verstand und kalte Berechnung die Oberhand haben. Die Verantwortung eines jeden polnischen Politikers in der gegenwärtigen Zeit ist außergewöhnlich groß. Wer anderer Meinung ist, der möge mutig selbst die Konsequenzen tragen, der Volksgesamtheit aber keinen Schaden zufügen. Es handelt sich nicht um das Interesse des Einzelnen, sondern um das Interesse der Gesellschaft und des Volkes. Um dieses Interesse sollten wir fernerhin durch gewissenhafte und aktive Mitarbeit bedacht sein.

Aus Nr. 157 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 13. Juli 1916.

Die polnische Presse und die polnischen Abgeordneten in der Meinung der Alldeutschen.

Die „Ostmark“, welche auf den Artikel Dr. Bachem's, der im „Tag“ veröffentlicht wurde, antwortet, schreibt: „Solange der Staat im Kriege siegreich ist, der Feind nicht im Lande steht, ist die Loyalität einer sonst in Opposition zum Staate stehenden fremdnationalen Bevölkerung selbstverständlich; es sei denn, daß sie sich durch eine unerträgliche Bedrückung und Ausbeutung, wie sie den Iren durch die Engländer seit vielen Jahrhunderten widerfahren ist, zum Widerstande hinreißen lasse. Da die Lage der Polen im Deutschen Reiche so ganz anders ist, da sie vom preußischen Staate mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohltaten überhäuft worden sind und sich einer angesichts der deutsch-nationalen Grundlage des Staates verhältnismäßig weitgehenden nationalen Bewegungsfreiheit erfreuen, so ist es wirklich nicht als ein besonderes Verdienst zu betrachten, daß sie sich vor selbstmörderischen Streichen gehütet haben.“

Dagegen ist das Verhalten der polnischen Presse, auf das wir bereits mehrfach hingewiesen haben, und namentlich auch der offiziellen polnischen Fraktionen, um so bemerkenswerter. Es sei nur an die Ablehnung der Mittel für das Posener Hindenburg-Museum durch die Fraktion der polnischen Stadtverordneten erinnert, eine Herausforderung des deutschen Nationalgefühls, die um so auffälliger wirkt, als der große Feldherr, dem die Polen die wohlverdiente Ehrung verweigerten, doch auch ihre Fluren vor russischer Verwüstung bewahrt hat. Oder haben die Herren einen russischen Einfall vielleicht gar nicht so sehr gefürchtet, haben sie erwartet, daß die Truppen des Zaren als Freunde und slawische Brüder zu ihnen gekommen wären?

Sehr bezeichnend war es auch, daß die Polen im Reichstage als einzige Partei außer der Sozialdemokratie für die Haftentlassung des wegen Hochverrats festgenommenen Abgeordneten Liebknecht stimmten. Natürlich allein aus Besorgnis um die Freiheit der Abgeordneten; merkwürdig bleibt nur, daß die anderen Parteien, auch die liberalen und demokratischen, in dieser Verhaftung keinerlei Gefährdung der Freiheit der Abgeordneten erblicken konnten.

Berechtigtcs Aufsehen erregte schließlich das kühle Schweigen der Polen gegenüber der Rede des Reichskanzlers vom 5. April, die ihnen doch wahrlich weit entgegenkam. Die Polen schlugen in die dargebotene Hand nicht ein zum Zeichen, daß sie nicht daran denken, sich realpolitisch nach der deutschen Seite hin zu orientieren. Sonst hätten sie doch die Erklärung des Reichskanzlers mit heller Freude begrüßen müssen.

Dieses Verhalten ist natürlich in einer Zeit hochgespannten deutschen Nationalgefühls viel zu befremdlich für das deutsche Volk und darum bedenklich für die Polen, um nicht den Widerspruch einzelner klügerer polnischer Politiker zu finden. So ist es denn kein Wunder, wenn in der polnischen Presse seit vielen Monaten die alten, aus Friedenszeiten her bekannten Gegenätze von neuem aufgebrochen sind und heftig erörtert werden. Darum aber vom Wachsen „konservativer“, deutschfreundlicher Strömungen unter den preußischen Polen zu reden, wie dies Dr. Bachem tut, ist nicht angängig.“

Man könnte polnischerseits mit der „Ostmark“ darüber streiten, ob alle ihre Behauptungen, insbesondere die in dem ersten Absatz des obigen Artikels, richtig sind oder nicht. Wir tun das aber nicht, erstens aus bekannten Gründen, dann aber auch deshalb, weil in den heutigen Zeiten, in denen die Augen der einen und der anderen Seite in die Zukunft gerichtet sind, die Besprechung „vergänger Erlebnisse“ keinen Zweck hat. Wir geben den Artikel der „Ostmark“ deshalb wieder, weil er gewissermaßen der Spiegel ist, welcher die Meinung der Alldeutschen über die polnische Presse und die polnischen Abgeordneten wiedergibt. Welche Argumente die interessierte Presse und die Abgeordneten auf den Artikel der „Ostmark“ auch anführen könnten, so werden sie doch nicht in der Lage sein, die Tatsache zu ändern, daß die Stellung mancher polnischen Blätter und Abgeordneten dazu gedient hat, eine solche Meinung über uns im deutschen Volke zu erzeugen, wie sie sich in der „Ostmark“ dartut. Man kann zwar den Alldeutschen nichts recht machen, es muß aber zugegeben werden, daß in den oben angeführten Angelegenheiten die Stellung der polnischen Abgeordneten und Stadtverordneten in Posen ohne Schaden für das Wohl der polnischen Sache hätte eine andere sein können. Mit einem Worte: Völlig unnötig haben manche Polen, und zwar nicht die ersten besten, den Alldeutschen gegen die Polen Material geliefert.

Die erste Aufgabe sowohl der polnischen Presse wie auch der polnischen Abgeordneten sollte heute sein, die deutsche Meinung für die Polen günstig zu stimmen. Wenn man einen grundsätzlichen Standpunkt vertritt, kann und muß man sich auf den realen Standpunkt der bestehenden Verhältnisse stellen. Das verlangt von uns allen die Rücksicht auf die Zukunft. Solche Aussichten für die Zukunft Polens, wie sie gegenwärtig bestehen, werden sich nicht mehr wiederholen. Wenn dieser Augenblick durch die Schuld der gegenwärtig lebenden polnischen Generation ohne Nutzen dahingehen sollte, dann würden unsere Nachkommen mit Recht den schwersten Vorwurf gegen uns erheben, den es nur geben kann, den nämlich, daß wir die Sache unseres eigenen Vaterlandes vernachlässigt haben. Diese Verantwortung sollte jeder Pole vor Augen haben, insbesondere sollten das die polnischen Zeitungen und die polnischen Abgeordneten in Berlin wissen.

Der „Dziennik Berlinski“ vom 8. Juli Nr. 154 knüpft an die Wiedergabe des Artikels aus der „Ostmark“ folgende Bemerkung:

Bekannte Rücksichten gestatten uns natürlich nicht auf diese Verdächtigungen der „Ostmark“ so zu ant-

worten, wie sie es verdienen. Es genüge, daß wir sie nur vermerken.

Dieselbe Bemerkung macht auch der „Dziennik Bydgoski“ in seiner Nummer 160 vom 15. Juli 1916.

Aus Nr. 159 des Kurjer Slaski (Gleiwitz) vom 15. Juli 1916.

Fürst Drucki-Lubecki

ist mit anderen Parlamentariern nach Bulgarien gefahren. Gefahren sind deutsche Abgeordnete, weshalb sollte nicht auch ein Mitglied der Herrenhauses, ein Pole, mitfahren!

Der „Kurjer Poznański“ hat sich darüber geärgert und eiligst berichtet, Fürst Drucki-Lubecki sei nicht auf Empfehlung und im Namen der polnischen Fraktion gereist, sondern er habe das auf eigene Hand getan. Diese Bemerkung des „Kurjer“ ist doch aber gar nicht berechtigt. Das Blatt hat keine Empfehlung von der Fraktion, sie zu repräsentieren und für sie irgend etwas zu erklären. Was es schreibt, das schreibt es auf eigene Faust.

Herr Dmowski, der Führer der „Kurjer“-Partei, reist nach verschiedenen Ländern. Herr Dr. Seyda, der Redakteur des „Kurjer“, fährt nach der Schweiz. Abgeordnete der nationaldemokratischen Richtung reisen nach Wien, Warschau und Krakau. Hat denn irgend eine Zeitung aus einem Lager, das dem nationaldemokratischen Lager entgegen steht, sich jemals gegen diese Reisen erklärt? Mögen sie doch fahren. Jedem steht es frei, zu fahren und zu tun, was er für richtig hält. Es ist das die ungezähmte Neigung der Nationaldemokratie, ihr „ja“ anderen aufzudrängen. Sie zeigt dabei, welcher Kleinmut die Anhänger dieser Partei befeelt.

Aus Nr. 156 des Dziennik Narodowy (Petrikau) vom 13. Juli 1916.

Betrifft die „Gazeta Narodowa“.

Aus Posen wird berichtet: Vom 1. September ab soll in Posen eine „Gazeta Narodowa“ erscheinen. Ihr Zweck ist, dem „Kraj“ entgegenzuwirken. Beteiligt sind daran die Herren Graf Kwilecki, Graf Mysielski, von Koscielski und von Jackowski. Redakteur wird Herr Janikowski vom Warschauer „Goniec“ sein. Die Richtung des Blattes soll den Zweck haben, die polnisch-deutschen Unterschiede auszugleichen.

* *

Diese selbe Nachricht veröffentlicht die Krakauer „Nowa Reforma“ vom 16. Juli 1916.

* *

In der selben Angelegenheit schreibt der „Dziennik Rujawski“ (Hohenstaufen) in seiner Nummer 163 vom 19. Juli 1916 im Anschluß an die Wiedergabe der einschlägigen Mitteilung im „Posener Tageblatt“ folgendes:

In der Sonntagsnummer der Krakauer „Nowa Reforma“ lesen wir, daß der Zweck der „Gazeta Narodowa“ sein soll, dem in Lissa erscheinenden „Kraj“, dem Organ des Fürsten Drucki-Lubecki sowie des Abgeordneten Dombek, entgegenzuwirken. Diese Nachricht ist nach unseren Informationen falsch, wie dies übrigens die Zusammenfügung der dem Fürsten Lubecki politisch nahestehenden Gründer der „Gazeta Narodowa“ beweist. Dies sind — nach der „Nowa Reforma“ — die Herren Dr. von Jackowski, Graf Kwilecki, Wladislaus von Koscielski und nach unseren Informationen noch die Herren von Turno und von Koczowski, demnach überwiegend Persön-

lichkeiten aus dem vor dem Kriege bekannten sogenannten Lager der Kasino-Konservativen, in welchem Fürst Lubeczki eine nicht minder wichtige Rolle spielte (ob er sie noch spielt, wissen wir nicht).

„Diese ideelle Verbindung zwischen dem „Kraj“ und der „Gazeta Narodowa“ stellt auch die Auswahl der Hauptleiter des Blattes fest. Zu ihnen gehören außer Herrn Janikowski vom Warschauer „Goniec“ auch Herr Ignaz Zminski von der „Gazeta Grudziadzka“.

Nach Wiedergabe der einschlägigen Mitteilungen aus dem „Posener Tageblatt“ und aus dem „Dziennik Kujawski“ schreibt der „Kurjer Poznanski“ in seiner Nummer 164 vom 21. Juli 1916 zu der Gründung der „Gazeta Narodowa“ folgendes:

In der selben Angelegenheit erhalten wir einen Brief aus Großgrundbesitzer-Kreisen, in welchem wir folgende Bemerkungen finden, die mit den Informationen des „Dziennik Kujawski“ fast vollständig übereinstimmen:

„Immer lauter spricht man auch bei uns von einem Blatte, welches in Posen unter dem Namen „Gazeta Narodowa“ zu erscheinen beginnen soll. Es soll dies ein Organ der Richtung der Herren von Jackowski und von Turno sein. . . . Das neue Blatt wird vor allem bemüht sein, in die Kreise der Großgrundbesitzer Eingang zu finden. Sein Programm soll konservativ-katholisch sein. Ich meine allerdings, daß bei uns die ganze polnische Presse katholisch und im gewissen Sinne auch konservativ ist, sofern dies nicht eine Parteieigenschaft bezeichnet. Indes würde ich Blätter mit einer ausgesprochenen Parteitendenz gerade in der gegenwärtigen Zeit nicht für opportun halten. Übrigens steht das politische Programm der Herren Jackowski und Turno dem unlängst gegründeten „Kraj“ sehr nahe. Es wird also zwei Pilze in der Suppe geben. Sollte die Person des Fürsten Drucki-Lubeczki die Ursache dessen sein, daß die genannten Herren ein neues Organ gründen? — Wir werden sehen!“

Aus Nr. 343 des Głos Narodu (Kraśau)
vom 16. Juli 1916.

Unberechtigte Vorwürfe.

Die in Dombrowa Gornicza erscheinende „Gazeta Polska“ predigt der Presse in folgender Weise Moral:

Während des Krieges hat die Presse noch die eine wichtige Pflicht, den Willen und die Kraft des Volkes zu mehren. Stimmen des Seufzens und Weinens haben den Seufzenden noch niemals geholfen. Die seufzende Presse hilft auch ihrem Volke nicht, sondern — was noch schlimmer ist — sie entkräftet es noch mehr und schadet ihm sehr ernst. Eine gute Presse stöhnt nicht und operiert nicht mit Nachrichten, die geeignet sind, Verwirrung und Bestürzung hervorzurufen, besonders wenn diese Nachrichten aus den Fingern gezogen und nach Quellen sehr zweifelhaften Werts wiedergegeben sind. In dieser Beziehung hat z. B. die Posener Presse viel gesündigt, dem Volke dadurch keinen Nutzen, dagegen aber manchen schweren Schaden gebracht.

Wir sind weit davon entfernt, die verständige und tüchtige Posener Presse in Schutz zu nehmen. Das wäre ganz überflüssig. Wir sind jedoch überzeugt, daß es in keinem Falle Aufgabe der polnischen Presse ist, zwischen den Teilgebieten Zwist zu säen. Von den Schäden aber, welche der ernste Standpunkt der Posener Presse angerichtet haben soll, ist in Polen nichts bekannt.

Aus Nr. 19 des Robotnik
(Beiblatt der „Gazeta Grudziadzka“ Graudentz)
vom 14. Juli 1916.

Zu den Ausführungen des Arbeitersekretärs Fr. Sejrowski-Posen in der Nummer 144 des „Kurjer Poznanski“ vom 27. Juni d. Js. über „Aktuelle Bedürfnisse“ (siehe Nr. 27 des „Gesamtüberblicks“, Seite 684—685) schreibt das Blatt folgendes:

Mit Recht appelliert Herr Sejrowski an den Nationalrat. Denn wozu hat denn der Nationalrat seinen wirtschaftlichen und sozialen Ausschuß? Nach unserer Meinung zu dem Zwecke, um sich mit Angelegenheiten, wie die oben angeführte, zu befassen. Leider blieb der Nationalrat während der ganzen Zeit des Krieges unter dem ausschließlichen Einflusse einer gewissen politischen Richtung, deren Hauptvertreter für unsere Volksgesamtheit die Lösung von der Tatenlosigkeit herausgegeben haben. Weil außerdem für Leute ohne zivilen Mut Tatenlosigkeit am bequemsten ist, so beharrt der Nationalrat — abgesehen die Aktion in Sachen der Hungernden im Königreich Polen — bis auf die Gegenwart in Tatenlosigkeit. (Wir haben natürlich nicht das Bureau des Rats im Sinne, das stets beschäftigt gewesen ist. Die Redaktion.) Auch an jene Tätigkeit in Sachen der Hungernden wäre der Nationalrat nicht herangegangen, wenn nicht die „Gazeta Grudziadzka“ und der „Dziennik Kujawski“, sowie die ganze polnische Presse dazu gedrängt hätten — und wenn insbesondere nicht die beiden braven Frauen gewesen wären, die mit ihrem Beispiele den Vorstand des Nationalrats belehrt haben würden, daß man auch in den schwierigsten Verhältnissen für das Volk arbeiten könne. Diese beiden Frauen waren Frau Dr. von Niegolewska aus Posen und Frau Rose aus Berlin.

Wir sind deshalb auch nicht ganz sicher, daß der Nationalrat genug starken Willen haben wird, um sich mit der oben erwähnten Angelegenheit zu befassen. Wir werden aber darauf dringen. Und wenn auch andere Zeitungen das ihrige tun werden, dann werden wir alle doch vielleicht imstande sein, den Nationalrat zu irgend einer Tat zu veranlassen.

Auch jene politische Richtung scheint jetzt genug von der Tatenlosigkeit zu haben, die sie durch ihre Lösung herbeigeführt hat. Sogar der „Kurjer Poznanski“ ruft gegenwärtig, die polnische Volksgesamtheit solle ihre Passivität beiseite lassen, wenn sie ihre Interessen nicht schädigen wolle.

Möge jedoch der „Kurjer Poznanski“ wissen, daß es gar nicht so leicht ist, die Tatenlosigkeit zu beiseite zu rufen, die dank der bekannten Lösung die ganze Volksgesamtheit beherrscht. Weil die Leute im allgemeinen zur Trägheit neigen, so nehmen sie jede Gelegenheit wahr, sich dem süßen Nichtstun hinzugeben.

So ist es bis jetzt gewesen. Gegenwärtig muß es aber anders werden, und das sollte auch der Nationalrat begreifen. Die Kosten dieser Angelegenheit können nicht groß sein; denn zunächst könnte man sich auf die Bureaus unserer Arbeiter-Organisationen stützen. Dann aber werden die Interessenten gerne etwas bezahlen, wenn sie nur tatsächlich einen Nutzen davon haben. Selbst wenn größere Kosten entstehen würden, sollte die Volksgesamtheit Mittel für einen so wichtigen Zweck finden.

Aus Nr. 157 des Dziennik Kujawski (Hohenhausen)
vom 12. Juli 1916.

Und nun?

In den letzten Nummern unseres Blattes haben wir den Bericht über die letzte Reise, die Herr Rasmir Bromsford im besetzten Gebiet ausgeführt hat,

veröffentlicht. Herr Brownsford schloß seine Ausführungen mit dem Appell zur weiteren Opferwilligkeit, da fast alle Fonds des Komitees zur Hilfeleistung für die Kriegsoffer im Königreich Polen erschöpft seien. Zweifellos werden aus dem Fonds für die Obdachlosen dem Komitee Mittel zur Verfügung gestellt. Gegenwärtig sind aber die Kassen des Komitees fast ganz leer. Und die Ausgaben wachsen von Tag zu Tag. Deshalb ist es uns nicht erlaubt, sich diesem Appell gegenüber gleichgültig zu verhalten, sondern nach Möglichkeit für diesen edlen Zweck weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Aus den Berichten, die uns das Komitee von Zeit zu Zeit zugehen läßt — und auch aus dem letzten — konnten wir uns überzeugen, wie sparsam und haushälterisch man mit den vom Posener Komitee aufgebrauchten Mitteln umgeht. Wir sehen, daß man vor allem bemüht ist, dort zu helfen, wo die Not am größten ist und daß man außerdem noch darauf sieht, daß diese Hilfe der bedürftigen Bevölkerung entsprechende Vorteile bringt. Wir sehen auch, daß das Königreich Polen diese brüderliche Gabe zu würdigen weiß. Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß diese Gabe nicht nur eine Widerspiegelung des Gefühls, sondern auch eine aus dem Pflichtgefühl entspringende Tat sein sollte, daß wir, die wir von dem Schrecken des Krieges verschont geblieben sind und genügend Brot und Geldmittel besitzen, verpflichtet sind, zu opfern, damit unsere Brüder am Leben bleiben. Denn auf uns lastet die Verantwortung dafür, ob die im Königreich Polen vom Kriege heimgesuchte Bevölkerung die Kriegszeit überdauern wird. Und indem wir darauf blicken, wie zielbewußt und vortrefflich sich dort die soziale Hilfe entwickelt, glauben wir, daß unsere Brüder diese Zeit überdauern werden. Wir blicken auf sie mit Bewunderung und notieren mit voller Anerkennung die Tatsache des Entstehens einer jeden neuen Einrichtung, die entweder die Fackel der Aufklärung dem Volke vorantreiben oder die wirtschaftlichen Grundlagen des Landes befestigen soll. Alle diese Erscheinungen aber überragt die Notwendigkeit, daß diejenigen, zu dessen Wohle die betreffenden Einrichtungen entstehen, uns überleben müssen. Und hier sehen wir, daß sich im Kampf gegen das Kriegsgeleit unsere Brüder selbst nicht behaupten können. Hierzu bedürfen sie unserer Hilfe, die wir ihnen vorderhand nur in der Form des Opfergroschens erteilen können. Denken wir daran, daß, als wir in Not geraten waren, oder es sich darum handelte, unsere nationale Zusammengehörigkeit darzutun, von jenseits der Grenzpfähle, aus Warschau und aus dem Königreich Polen, reichliche Opfer für unsere Bedürfnisse eingingen. So kommt mithin zu allen anderen Ursachen auch der Grund hinzu, sich dankbar zu erweisen und darzutun, daß auch auf unserer Seite der Geist der nationalen Zusammengehörigkeit lebt, der in dem Bedürftigen an der Weichsel, Bura und am Bug seinen auf denselben Boden und unter denselben Himmel lebenden Bruder sieht.

Möge mithin unsere Opferwilligkeit nicht aufhören. Möge sich unser bürgerliches Gewissen nicht damit beruhigen, daß die Rechte schon ein- oder zweimal gegeben hat. Hier gilt es drei-, fünf-, zehnmal zu geben. Und es gibt unter uns noch viele, die dem Elend unserer Brüder gleichgültig gegenüberstehen. Mögen auch zu ihnen die in der Presse veröffentlichten Berichte des Hilfskomitees reden. Mögen auch sie ihre Stirn in Verehrung und Anerkennung vor dem spontanen Zielbewußtsein beugen, mit der uns das Königreich Polen voranleuchtet. Mögen auch sie Beispiele zur Opferwilligkeit anregen. Wir zweifeln nicht, daß unser — wenn es sich um edle Zwecke handelt — stets opferwilliges Rußland auch weiterhin reichliche Mittel aufbringen wird. Denn kann es ein edleres Opfer geben, als die Arbeit an der Be-

festigung der nationalen Fundamente, damit unsere Brüder das Kriegsgewitter siegreich überdauern? Mögen mithin die Opfer fließen!

Aus Nr. 158 des Wielkopolanin (Posen)
vom 14. Juli 1916.

Für die Obdachlosen.

Immer weitere Kreise umfaßt die Opferwilligkeit, die Neigung, unseren Landsleuten, die im Elende sind und Hunger leiden, zu helfen. Unsere Leser geben, obwohl unter ihnen nicht viele Begüterte sind, nach ihren Mitteln Beiträge. Gegenwärtig erhielten wir aus dem Gefangenenlager in Wahn eine Spende mit einem Aufruf, den wir hier wiedergeben.

An die gefangenen Kameraden!

Kameraden, Gefangene! Wir wenden uns an eure Herzen, denn in jedem von Euch schlägt ein Herz, das für das Elend unserer Brüder fühlt. Wir Gefangenen empfinden mit ihnen, — wir sind betrübt über unser Land und über unsere Familien. Beeilen wir uns daher, ihnen Hilfe zu bringen. Wir sind überzeugt, daß niemand seine Hilfe versagen wird, daß jeder Gefangene, der sich in anderen Lagern befindet, wenn auch nur einen kleinen Beitrag für sie spenden wird. Andere Völker beeilen sich, ebenso wie unsere Landsleute, unseren Familien Hilfe zu bringen, wir Gefangenen haben aber bis jetzt geschlafen. Wenn wir uns auch in der Gefangenschaft befinden, so lesen wir doch Zeitungen und wissen, daß unsere Familien fürchterlichen Hunger leiden und sich im Elende befinden — und wir waren doch ihre Ernährer. Auch aus der Gefangenschaft kann man ihnen Hilfe bringen; ist die Gabe auch nicht groß, so kommt sie doch von Herzen.

Unsere Herzen weinten über das Mißgeschick unserer Familien, als wir aus dem „Wielkopolanin“ ersehen, daß die Kinder in den Schulen und Bewahranstalten Pfennige sammeln, die ihnen die Eltern für die nötigsten Bedürfnisse gaben, und die sie nun für ihre Altersgenossen als Opfergroschen darbringen. Wenn wir auch nicht viel besitzen, wenn das Schicksal des Gefangenen auch traurig ist, so müßt Ihr, Kollegen, dem Beispiele dieser Kleinen folgen und unseren Familien Hilfe bringen. Möge jeder von den in der Gefangenschaft verdienten Pfennigen einen kleinen Betrag spenden. Aus ihnen entstehen Hunderte und Tausende von Mark. Stehet nicht zurück, Ihr gefangenen Kameraden, und sendet das Geld an die Redaktion des „Wielkopolanin“ in Posen, Pasadowkystraße Nr. 39. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Beiträge durch die Hände der wachhabenden Unteroffiziere oder Soldaten gehen.

Wir senden Euch, gefangene Kameraden, brüderliche Grüße.

Stanislaus Szymanski aus Warschau.

Kasimir Agaciak aus Lodz.

Johann Lemieszkyt aus Warschau.

Die im Dorfe Rübersdorf, Kr. Meyen, Arbeitenden haben zusammengelegt: K. Agaciak 1 M., Szymanski 1 M., Lemieszkyt 1 M., Michalak 1 M., Lewinski 1 M., Bendzimonz 1,40 M., Wroblewski 40 Pf., Winkowski 30 Pf., D. Stapienko 50 Pf., Szytkow 50 Pf., Ciurakow 20 Pf., Sorotin 40 Pf., Szalinow 20 Pf., Putkow 40 Pf., Bolaskow 30 Pf., Anigin 50 Pf., Perasimof 20 Pf., Alkymow 20 Pf., Wojarczuk 50 Pf., Logak 60 Pf., Bastrykin 70 Pf., Chmielewski 50 Pf., Gerasow 50 Pf., Bobriuk 10 Pf. = 13,40 M.

Die Redaktion des „Wielkopolanin“, welche den Aufruf der Gefangenen aus Wahn warm unterstützt, regt ihrerseits an, Beiträge für unsere Hunger leidenden

Landsleute zu sammeln. Mögen die Gefangenen anderer Lager und alle Leser unseres Blattes nicht vergessen, Opfer zu bringen und Beiträge, wenn auch nur in kleinen Beträgen, zu geben. Körnlein zu Körnlein — und es sammelt sich ein Maß. Wir sagen allen für die Beiträge im Namen unserer obdachlosen Landsleute eines herzlichen
„Gott bezahl's!“

Aus Nr. 13 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. Juli 1916.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Das 19. Jahrhundert hat im Leben der Völker eine große Umgestaltung hervorgerufen. Während im Mittelalter jedes Volk mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen war und seine Bedürfnisse durch eigene Erzeugnisse zu befriedigen suchte, haben sich im letzten Jahrhundert die Völker und gewissermaßen die einzelnen Teile der Welt einander genähert, wobei Handel und Gewerbe wohl die Hauptrolle spielten. Das hat günstig auf die Gestaltung der freundschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Völker eingewirkt. Andererseits aber wiederum ist dadurch auch eine ungeheure gegenseitige Konkurrenz zum Zwecke der Gewinnung der Weltmärkte an den Tag getreten.

Die gegenwärtige Zeit soll auch für Polen einen weiteren politisch wirtschaftlichen Gesichtskreis bilden. Wie diese verwickelte Frage schließlich gelöst werden wird, darüber werden der zukünftige Friedenskongreß bzw. die in Frage kommenden Staaten entscheiden.

Es ist nicht meine Absicht, hier in die Geheimnisse der rechtlich-politischen Natur, der endgültigen Regulierung des politischen Problems des zukünftigen Polen einzudringen. Ich beabsichtige vielmehr in erster Linie, die kulturell-wirtschaftlichen Angelegenheiten unseres Landesteiles zu berühren, die uns Handelsgehilfen in nicht allzu ferner Zeit, so Gott will, interessieren müssen und sollen. Der polnische Handel und das polnische Gewerbe in des Wortes weiterer Bedeutung sind erst neueren Datums und befinden sich noch in den Anfängen; bis jetzt hatten sie sich vorwiegend auf das Gebiet der Staaten beschränkt, in denen das gegebene Individuum wohnte. Und deshalb wußte von Natur der Sache aus die Welt weniger von uns. Selbst in solchen Fällen, wo wir Export oder Import mit diesen oder jenen Waren trieben, betrachtete man uns in den betreffenden Ländern als Bürger des gegebenen Staates und bediente sich im Verhältnis zu uns der Sprache des Staates, dem der genannte Exporteur oder Importeur angehörte.

Unser Volk und unser Land war einstmal groß, reich und mächtig. Ein ganzes Jahrhundert hindurch waren wir sodann gewissermaßen vergessen, und unser Land war von der Karte Europas gestrichen. Es soll nun aber wieder auf die breitere Bahn der politisch-kulturellen Entwicklung übertreten. Unsere schöne Sprache ist bis jetzt gleichsam stiefmütterlich behandelt worden, sie soll auch jetzt wieder mehr Geltung gewinnen und wenigstens zum Teil die ihr zustehenden Rechte wiedergewinnen. Die Angelegenheit betreffend die Achtung unserer nationalen Würde, die Berücksichtigung der polnischen Sprache im größeren Maße wie bisher, und zwar beim Handel im Lande und im Auslande, sollte eine wichtige Stelle unter unseren zukünftigen nationalen Postulaten einnehmen. Das wird für uns von doppeltem Vorteile sein:

- a) wir werden bei den kulturellen Völkern ein größeres Interesse für die Gestaltung des zukünftigen Polen wecken;

- b) fernerhin werden zahlreiche polnische Korrespondenten und Repräsentanten entsprechende und gut bezahlte Stellen im Auslande erhalten.

Deshalb müssen wir auch rechtzeitig unsere Vorbereitungen nach dieser Richtung hin treffen. Für uns kaufmännische Jugend erachte ich als eine der wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen Zeit eine gründliche Kenntnis der polnischen Sprache in Wort und Schrift; andererseits ist es auch nötig, sich fremde Sprachen anzueignen, neben der deutschen die französische, englische und russische, die für Arbeiter in Fabrikfontoren und industriellen Anlagen nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse in Europa unumgänglich notwendig sein werden.

Jeder, der die Verhältnisse in unserem Gebietsteile kennt, wird zugeben, daß in dieser Beziehung noch sehr viel zu wünschen übrig bleibt. Die kaufmännische Jugend, welche in der Schule nicht Gelegenheit hat, die Muttersprache gründlich kennen zu lernen, muß sich erst im späteren Alter selbst bemühen, den Mangel zu beseitigen.

In unseren einzelnen Vereinen könnten sich mit der Zeit lose Zirkel bilden, in denen die Mitglieder sich mit der polnischen Sprache, Literatur und Geschichte bekanntmachen könnten. Nach dem Kriege sollten die betreffenden Faktoren daran denken.

Aus Nr. 16 des Robotnik (Posen)
vom 16. Juli 1916.

Es ist Zeit, munter zu werden.

Es schien, daß die Anstrengungen vor dem Kriege vergeblich gewesen wären, daß das Kapital der Arbeit, das in unsere Vereine und insbesondere in unseren Verband hineingelegt worden ist, keine Frucht bringen würde; die letzte Zusammenkunft der Delegierten aber bestätigte das Gegenteil davon.

Wieviel eifrige Mitglieder gab es, welche die Hände in den Schoß legten und begannen, an unserem Werke zu zweifeln, bis der erste Faktor unserer Organisation, die Zusammenkunft der Delegierten anfang, zum Durchhalten anzuregen und alle Schwierigkeiten zu überwinden.

Gehoben am Geist sind wir nach Hause gefahren, wir sind eifrig an die Arbeit in unseren Vereinen herangetreten. Es schien uns, daß der erhebende Verlauf der Versammlung, die Weisungen des Hauptvorstandes, die Anregung und die Begeisterung von seiten der Delegierten alle mit einem Male zur Tat, zu der früheren Begeisterung anregen würden.

Leider! Die guten Absichten sind schnell wieder verrauht, die Frucht der Delegiertenversammlung ist gering. Verschwunden ist die Begeisterung. Solche aber ist nötig zur Durchführung einer jeden guten Sache.

Dereinst haben alle weltlichen Behörden geschworen, den Namen Christi auszurotten, doch aber haben die ersten Christen den Sieg über die ganze Welt davongetragen. Ihnen haben wir es zu danken, daß sich der Bau der heiligen Kirche auf so feste Fundamente stützt, denn es sind die Fundamente ihres Glaubens, ihrer Hingebung und ihrer Liebe. Auch in unserem Verbands bedarf es der Begeisterung und Hingebung.

Nur spärlich gehen die Berichte ein. In denen aber, die zu uns gelangen, wird darüber Klage geführt, daß sich die Vereine nicht entwickeln, daß sie sogar dem Verfall entgegengehen.

Was ist die Ursache dafür?

Ohne Zweifel hat der Krieg manch einem Verein manch harten Schlag versetzt.

Es sind in den Krieg gezogen die Jüngeren und die Kräftigen, sie haben ihre Lieben zu Hause gelassen

Aber doch nicht alle sind hinausgegangen. Warum arbeiten nun diejenigen, die daheim geblieben sind, nicht mit Eifer in unseren Vereinen?

Manche Mitglieder sagen, es sei Not, man könne deshalb keine Beiträge zahlen. Was, diese wenigen Pfennige soll man nicht zahlen können? Andere tun es doch auch, und wie es scheint, sind sie dadurch nicht ärmer geworden. Es handelt sich doch nur um leere Ausreden.

Die wahre Ursache des Verfalles unserer Vereine ist die Gleichgültigkeit unserer Mitglieder, der Mangel an Begeisterung für unsere gute Sache.

Wir arbeiten, um unter dem Arbeitervolke Aufklärung zu verbreiten, um seine Herzen und Seelen zu veredeln. Redereien und Kriegsnachrichten können das nicht tun. Wir werden das Ende des Krieges nicht herbeiführen, wir werden ihn nicht entscheiden.

Mögen daher an den Krieg diejenigen denken, die dazu berufen sind. Verwenden wir die Zeit des Krieges dazu, um uns in unseren Vereinen zu bilden, die Würde unseres Standes zu heben, um unsere heiligsten Schätze zu verteidigen, die uns die unbeschränkten und falschen „Freunde“ des Arbeiters auszureißen gedenken.

In unseren Zeiten brauchen wir vor allen Dingen Männer von unbeugsamem Willen, verständige und aufgeklärte Leute, Männer starken Glaubens und unbefleckter Sitten, Männer, die der katholischen Kirche treu ergeben sind. Wenn es uns nach zehn, zwanzig Jahren an solchen fehlt, dann werden wir in der Tat verloren sein.

Die Saumseligen und Verschlafenen sollen munter werden!

Aus Nr. 47 des Kraj (Lissa)
vom 15. Juli 1916.

Der „Kraj“ befaßt sich mit dem Gesetze von der Kapitalisierung der Kriegszrente und schreibt dazu u. a. folgendes:

Jeder Kriegsinvalide, der die Landwirtschaft kennt, eine Familie hat, oder eine solche gründen will, sollte vor allen Dingen ein Stück Land, ein Häuschen usw. an einem entsprechenden Orte in der Heimat suchen. Es ist ihm gestattet, Grund und Boden von unseren Landbanken oder von Privatbesitzern zu erwerben. Wenn er auf der erworbenen Parzelle bauen will, dann soll er sich dieserhalb sofort an den Distriktskommissar oder an den Amtsvorsteher wenden und den Antrag um den Baukonsens stellen — er muß ihn bedingungslos erhalten.

Aus Nr. 22 des Echo Polskie (Moskau)
vom 29. Mai (11. Juni) 1916.

Alänge aus der gegenwärtigen Zeit.

Welche Wendung die Ereignisse auch nehmen werden, auf welchem Wege sich auch das Werk der kriegerischen Auseinandersetzung bewegen wird, die Frage des Posener Landes wird unzweifelhaft einer der schwersten Knoten der Schwierigkeiten sein, die sich vor der europäischen Diplomatie aufhäufen.

Für die Deutschen ist es die peinlichste Sache, vor allem aus strategischen Gründen. Die Ostmark — so sagen sie — ist ihnen durchaus notwendig, da sonst Berlin zu nahe an der Grenze gelegen wäre, und die Heere der östlichen Nachbarn, wer dies auch sein möge, einen allzunahen Weg in das Herz Preußens haben würden.

Aber nicht nur aus strategischen Gründen. Die tausendjährige Geschichte des teutonischen Drangs nach dem Osten hat an der Ausbreitung der deutschen ethnischen Grenzen bis über Riga hinaus an den

Gestaden der Ditsche, über die Weichsel und Warthe hinaus in die Tiefe des nördlichen Kontingents gearbeitet. Das Zurückweichen der deutschen Wege über die Grenzen Brandenburgs hinaus würde der schwerste der deutschen nationalen Staatsreizen verfehlte Schlag sein, ein Schlag, mit welchem das deutsche Geistesleben sich auf keinen Fall auszuföhnen vermag.

Andererseits vermag sich jedoch das polnische Geistesleben auf keinen Fall mit dem Gedanken der Verzichtleistung auf die uralten Sitze des Polentums auszuföhnen, deren Bevölkerung von Geschlecht zu Geschlecht unter den schwierigsten Verhältnissen einen national-zivilisatorischen Abwehr-, Positions- und Schützengrabenkampf führt, und zwar im allgemeinen siegreich. Alle polnischen Herzen haben diesen Kampf immer mit dem Rhythmus der heißesten Solidarität begleitet.

Solange das Posener Land von der teutonischen Willkür nicht befreit sein wird, solange kann von der Lösung der polnischen Frage keine Rede sein, so lange wird direkt im Herzen Europas ein Glutherd der Erbitterung stecken, dessen Funken früher oder später die Welt mit einem unheilverkündenden Brande umfassen können.

Welche Rettung wäre zur Milderung der Schärfe dieser Gegensätze zu finden? Wie wird die Diplomatie diese Aufgabe der Sättigung des Volks und der Rettung seines Opfers lösen? Das ist bestimmt, daß bei dem heutigen System der polnischen Grundsätze und der staatlichen Einrichtungen in Europa eine solche Lösung nicht leichter ist, als die Lösung der Quadratur des Kreises.

Die Posener Frage weist deutlicher als irgend eine andere darauf hin, daß eine oberflächliche Liquidation des Krieges zu nichts führen wird und daß, wenn wirklich ein „dauernder Friede“ die Frucht der furchtbaren Ernte des Todes und der schon über 20 Monate dauernden Verwüstung sein soll, er sich einzig auf eine prinzipielle Reform der politischen Grundsätze und der staatlichen Einrichtungen der Gesamtgestalt des europäischen Lebens stützen kann.

Bei dieser Sachlage kann Posen — „nomen, omen“ — vielleicht die heilbringende Quelle des „Erkennens“ der Wege werden, die zu einer besseren vernünftigeren Zukunft in den menschlichen Verhältnissen führen. Europa hatte schon seit längerer Zeit die Möglichkeit, das Los des Posener Landes als eine solche Quelle anzusehen, und ein wesentlicher Teil seines heutigen Leidens quillt aus der Unfähigkeit, von dieser Quelle Gebrauch zu machen.

Der Grundsatz, sich in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten nicht einzumischen, wurde von den europäischen Politikern als eines der Hauptgebote der Staatsklugheit betrachtet. Deswegen war auch die Ansiedlungspolitik des derzeitigen Preußens für die geehrten Lords im Foreign Office und für die bürgerlichen Intellektualisten auf dem Quai d'Orsay ganz gleichgültig. Sogar die „Zwangsent eignung“, gegen welche Sienkiewicz das moralische Gewissen des gesitteten Westens zu empören versuchte, ging ohne besonderen Eindruck an den amtlichen Kreisen Londons und Paris vorüber.

Seit der Zeit, als ein aufgeklärter Reichsvater Maria Theresia erklärte, es zieme sich zwar nicht, einen Ochsen oder Esel zu begehren, der das Eigentum des Nächsten sei, aber das habe nichts gemein mit der Begierde, sein Gebiet durch den Raub von Nachbargebieten abzurunden, hat die „Zwangsent eignung“ auf Grund der höheren Interessen des Staates den Charakter eines legalen politischen Gewerbes erworben.

Der Kanzler Bülow hat am 26. November 1907 bei der Einführung des Gesetzes über die Enteignung polnischen Bodens sogar den Mut gehabt, zu sagen, dieses Gesetz solle gegen die Demoralisation wirken,

die durch die Verteidigungsaktion der Polen hervorgerufen worden sei. Er umgab also das Raubgesetz nicht nur mit einer legalen, sondern auch mit einer moralischen Auresole.

Als man damals die Aufmerksamkeit des Auslandes auf die unheilverkündenden Folgen dieser Art Vergiftung der Grundbegriffe der Sittlichkeit in der Politik lenkte, als man es darauf aufmerksam machte, daß die selben Praktiken leicht auch nach außen hin übertragen werden könnten, mit dem einzigen Unterschiede, daß die Handlungen des Gerichtsvollziehers der Ansiedlungskommission, der die Menschen aus dem heimatlichen Wohnhause einzig deswegen wegjagt, weil dieses Dach von dem deutschen Staate gebraucht wird, im Auslande den Oberbefehlshabern der Armeen aufgetragen werden könnten, da nahm man diese Warnung mit Achselzucken auf und legte sie der polnischen anti-germanischen Hysterie zur Last.

Heute wurden die Belgier aus Belgien, die Serben aus Serbien, die Franzosen aus den nördlichen Departements Frankreichs „zwangsweise enteignet“, und man übertrug das „Besitzrecht“ auf das Königreich Polen, Litauen und den südwestlichen Teil von Rotrußland auf das deutsche Konto. Der Zusammenhang zwischen den Vorgängen innerhalb und außerhalb Preußens ist sogar für einen ganz geblendeten Blick sichtbar. Die Notwendigkeit, die sittlichen Normen in der Politik zu beachten, wurde das gemeinsame Interesse aller Völker.

Eine internationale Exekutive, welche die Antastung dieser Normen als „lesse humanite“ betrachten, ihr im Reime entgegentreten und ihre unmittelbare Bestrafung als die gemeinsame Pflicht der Anstrengung der ganzen Menschheit betrachten würde, ist die nächste Forderung der Zukunft. Wenn in einer gut eingerichteten Volksgemeinschaft Strafgerichte das materielle und moralische Wohl der Bürgerschaft hüten müssen, so kann ein recht eingerichtetes Zusammenleben der Menschheit ohne einen solchen Gerichtshof, dessen Urteilspruch eine absolut bindende Kraft besäße, sich nicht begeben.

Im Jahre 1848 durchlebten wir eine Phase des Glaubens an den deutschen Beistand bei der Wiedergeburt Polens. Als Niegolewski in Frankfurt a. M. erschien, brachte er eine interessante Vollmacht mit:

„Das polnische Nationalkomitee im Großherzogtum Posen hat, nachdem es die Anregung des großen Werkes der Wiederherstellung Polens auf dem Wege einer militärischen und bürgerlichen Reorganisation vor allem des Großherzogtums Posen unter der Hut und der Oberhoheit Preußens auf sich genommen hat, — gestützt auf das Mitgefühl und den Beistand des deutschen Volkes, den ein freies Deutschland, wie zu hoffen ist, der polnischen Sache erweisen wird, den Dr. der Rechte v. Niegolewski delegiert und ihn mit der Vollmacht versehen, die polnische Sache bei den deutschen Völkern und Regierungen zu vertreten.“

Bei der damaligen Erörterung über die deutsche Verfassung erklärten die polnischen Abgeordneten, daß das Großherzogtum Posen als ein auf dem Wiener Kongreß von dem damaligen Teil des Großherzogtums Warschau abgetrennter und an Preußen angeschlossener Teil des Landes, wenngleich es an der Erörterung über die Verfassung teilnehme, dennoch auf seinen durch den Wiener Kongreß verbürgten Rechten bestehe.“ Es waren das damals schon in den Wind gesprochene Worte.

Die Verfassung garantierte dem polnischen Volke keine Rechte, und die polnischen Abgeordneten lehnten den Eid ab. Es erscholl damals nach der Richtung Deutschlands hin das warnende Wort, daß die große polnische Nation, welche das Recht zum selbständigen Bestehen im Schoße Europas habe, nachdem sie die Befriedigung ihrer Forderungen von seiten des wiedererstehenden Deutschlands nicht gefunden habe, sich naturgemäß früher oder später auf die slawischen Völker

stützen werde, mit welchen sie durch das Band des Blutes und der Sprache verknüpft sei.

Der von Heinrich Szuman verfaßte „Geschichtliche Abriß der Anfänge und Reime des polnischen Parlamentarismus in Preußen“ bietet ein düsteres Bild von der Gleichgültigkeit, welcher die polnischen Stimmen sogar in dem liberalen Lager des Frankfurter Parlaments, sogar unter den rheinischen Katholiken begegneten. Die deutsche Presse schloß ihre Spalten für die polnischen Federn, und es liehen ihnen nur wenige populäre Blätter zweiten Ranges einzig für unverschämte Schmiergelder Raum.

So war es im liberalen, idealistischen, humanitären, heute schon weit zurückliegenden und nicht mehr wiederkehrenden Deutschland!... Die Memoiren Bismarcks — erzählen, welche unermessliche Bedeutung er dem beizumaß, in Petersburg die schwachen Neigungen zur Schaffung eines „modus vivendi“ mit den Polen in der Ära Wielopolski zu bekämpfen, als was für einen Triumph er die Beseitigung dieser Neigungen betrachtete und in welchem Grade er dieses Moment als Fundament der ganzen durch den französischen Krieg gekrönten Arbeit an der Einigung Deutschlands ansah.

Ein deutscher Geschichtsschreiber, ein Spezialist für die Angelegenheiten des Kampfes mit dem Polentum, Prof. Ludwig Bernhardt, stellt fest, daß bis zu dem Augenblicke des Bismarckschen Triumphes das Ziel der polnischen Politik gewesen sei, „eine staatliche Selbständigkeit“ zu erringen. Seit dem Jahre 1864 ist nach Ansicht Bernhards dieses Ziel aus den Blättern der Geschichte verschwunden. Die Polen hätten sich gleichsam eine leichtere Aufgabe gestellt: die Requisiten der staatlichen Existenz zu hüten und zu entwickeln. Die Blätter der Geschichte wenden sich wiederum.

Das alte Posen nimmt treu, nüchtern, ausdauernd — an dem Fieber der Orientierungstauschungen nicht teil. Es hat soviel durchlebt, soviel gegen seine Brust gerichteten Geschosse aufgefangen. Ehe es die Quelle der „Erkenntnis“ für Europa werden wird, möge es vor allem diese Quelle der Erkenntnis für uns selbst sein. Aus dieser Quelle wollen wir alle moralische Festigkeit und unverbrüchliche Treue für die alte geschichtliche Überlieferung schöpfen.

Aus Nr. 22 des „Echo Polskie“ (Moskau)
vom 29. Mai (11. Juni) 1916.

Die nationale Aufklärung in Polen.

Die Deutschen haben seit dem Augenblick der Gründung des Kaiserreichs alle Lebenserscheinungen der staatlichen und militärischen Idee untergeordnet, vor allem alle zivilisatorischen und religiösen Ideen, die Schule, die Kunst und die Arbeit in die Rahmen des Kasernenreglements eingeschlossen. Das Muster war für sie, wie gewöhnlich, Preußen, dessen Hegemonie besonders hinsichtlich der Bildung und der Wissenschaft überall sein Siegel aufdrückte und dessen Versuchsfeld die unglücklichen polnischen Landesteile wurden.

Zusammen mit dem von Bismarck ein Jahr nach der Besteigung des Hohenzollernthrones durch Wilhelm II. gegen die polnische Volksgemeinschaft verkündeten Kreuzzuge und mit der angestregten Tätigkeit der Ansiedlungskommission, sowie verwandter Geseze, welche auf die Auspauperung und die materielle Vernichtung Großpolens abzielten, beginnen die Germanisierungsaktionen der Regierung in Kirche, Schule und Amt, in Vereinen und Versammlungen, im öffentlichen Leben.

Angeichts der Abhängigkeit der katholischen Kirche von den Staatsbehörden nach dem Kulturkampf hing die Aufrechterhaltung der nationalen Sonderstellung in der heiß und aufrichtig an der geistlichen Hierarchie hängenden Bevölkerung vor allem von dem bürgerlichen Empfinden der Geistlichen ab. Im all-

gemeinen muß man zugeben, daß die polnische Geistlichkeit auf der Höhe der Aufgabe stand. Seit dem Augenblick der bekannten Bulle Leo XIII. über die soziale Arbeit der Diener der Kirche nahm die Geistlichkeit einen bedeutenden Teil der wirtschaftlichen und sozialen Positionen in den großpolnischen Organisationen ein; und sie hielt den nationalen Geist im preussischen Teilgebiet aufrecht und stärkte ihn.

Die preussische Regierung setzte jedoch kraft der in den Verhandlungen Bismarcks mit der römischen Kurie errungenen Rechte alles daran, um durch Begünstigung der deutschen Geistlichkeit Einfluß auf die Kirche zu gewinnen und das Volk durch Kanzel und Beichtstuhl zu germanisieren. Auf diese Weise verdrängten sie die Domkapitel in Gnesen, Posen, Pielplin und Kulm, von Breslau ganz abgesehen. Die destruktive Arbeit der deutschen Geistlichen trat besonders nachdrücklich in West-, Ostpreußen und Schlesien zutage. Zum Glück lähmt die ständig fortschreitende Volksbildung zum Teil die Arbeit der wütenden Germanisatoren im geistlichen Gewande.

Viel stärkere Trümpe hatte die Regierung in der Schule. Das preussische staatliche System kennt kein Schulgesetz. Den Lehrgang ordnen Ministerialerlasse, die durch den König sanktioniert werden. Sie liegen oft jahrzehntelang im Staube der Vergessenheit, bis sie auf der Bildfläche erscheinen im Falle der Notwendigkeit, Widerpenstigen einen Schlag zu versetzen. Der Schulstreik der polnischen Kinder im Jahre 1906/07 aus Anlaß der Abschaffung des polnischen Gebets und der Einführung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache, brachte eine in Vergessenheit geratene ministerielle Verfügung aus der Zeit vor hundert Jahren hervor.

Da die Regierung die Möglichkeit besaß, die Schule von der Zustimmung des Landtages vollständig unabhängig zu machen, so gab sie den großpolnischen Schulen eine Ausnahmestellung. In ihnen ist alles auf systematisches Germanisieren und Protestantisieren der Kinder berechnet. Die Volksschulen unterhält die Gemeinde, doch wurde aus ihnen der Einfluß der Kirche und der Eltern vollständig beseitigt. Die Lehrer erhalten für erfolgreiches Einprägen des Deutschtums Ostmarkenzulagen und Prämien; besondere Belohnungen sind ihnen für die Änderung der polnischen Vor- und Zunamen zugesichert. Die Pädagogen polnischer Herkunft versetzt man tief nach Deutschland; soweit sie im Heimatlande verbleiben, müssen sie unwiderlegliche Beweise für ihre Loyalität erbringen durch Verheiratung mit Protestantinnen und durch deutsche Erziehung der Kinder.

Von dem Augenblicke an, in welchem das sechs-jährige polnische Kind über die Schwelle der Schule tritt, umgibt es das Deutschtum, das auf alle mögliche Art und Weise eingepaukt wird: Durch die Anschauungsmethode, durch die Verdrehung der polnischen Vor- und Zunamen, durch das Verbot des Anwendens polnischer Erklärungen, durch „patriotische Spiele“, durch Prämien, für Denunziationen betreffend Polnischsprechen des polnischen Nachbarn und durch den Stock. Dieses System wird mit geringen Änderungen in den Zwangs- und Fortbildungsschulen und in den Handwerker-Abendschulen vom 14. bis 18. Lebensjahre gefördert, bis nach einer kurzen Unterbrechung beim Militär eine neue Dressur einsetzt, später auf den Dörfern durch den Gendarmen und Kommissar, in den Städten durch die Verwaltungs- und Zivilbehörden. Die Kontrolle sogar der Berufsversammlungen durch die Polizei und das Maulkorbgesetz krönen das wahrhaft teuflische Werk des Germanisationssystems.

Auf welche Weise wehrt sich das polnische Kind, auf welche Weise lernt der Jüngling die polnische Sprache und Geschichte kennen, durch welche Anstrengungen retten die polnischen Eltern den polnischen Charakter des häuslichen Herdes?

In der Geschichte des Martyrertums des polnischen Volkes ist das eins der rühmlichsten Blätter.

Die polnische Fibel, welche von Aufklärungsorganisationen geliefert, aber von den Gendarmen und Lehrern ausgerottet wird, würde keine ausreichende Bürgschaft zur Erlernung der Sprache bieten. Eine ungeheure Rolle spielt hier die Katechisation der Kinder während der Vorbereitung zu den hl. Sakramenten durch die patriotische Geistlichkeit, sowie das Gebetbuch in den abgearbeiteten Händen der Eltern.

Der Schulzwang in Preußen hilft unwillkürlich dem Privatunterricht, welcher nur geduldet wird, soweit er außerhalb der Schule von den Eltern selbst erteilt wird. Jeder andere Privatunterricht der polnischen Sprache wird mit Gefängnis bestraft. Nicht weniger behilflich sind bei der Erteilung des Privatunterrichts die Volks- und Wanderbibliotheken mit der Zentralorganisation in Posen und mit den Kreiskomitees in der Provinz. Kleine Bibliotheken befinden sich meistens bei der Dorf- oder Stadtkirche, von wo aus das Volk die Bücher nach Beendigung der Beratungen des Volks- oder landwirtschaftlichen Vereins nach Hause mitnimmt. Ein besonders ausgearbeitetes System der Erneuerung und prozentuellen Vergrößerung der Bibliotheken, die Organisation und die Zusammenkünfte ihrer Leiter sowie der „Przewodnik oświatowy“ als ihr Organ regeln diese Seite der Verteidigungsaktion genau. Heute besitzt jedes Dorf und jede Pfarodie eine Volksbibliothek. Ein Aufklärungsverein befindet sich in jeder Provinzstadt.

Ein zweiter mächtiger Faktor auf dem Gebiete der Volksaufklärung ist die Presse. Volkszeitungen erscheinen im preussischen Teilgebiet zehn und einige. Alle erfreuen sich eines großen Leserkreises, und manche von ihnen, wie die „Gazeta Gruzdzka“ und der „Przewodnik Katolicki“ zählen über 100 000 Abonnenten. Einige Zehntausend Leser haben auch die Verlage des „Katolik“ in Schlesien, des „Pielgrzym“ in Pielplin und des „Goniec Wielkopolski“ in Posen. Ihren Wert haben besonders neben Beilagen aus dem praktischen Leben eine im Abschnitt beigefügte Fibel, eine Beilage für die Kinder und Erzählungen aus der vaterländischen Geschichte. Die Betonung der nationalen Sonderstellung in dieser ganzen Presse, die Wahlagitation in der Zeit der neuen Land- und Reichstagswahlen und volksrümliche Belehrungen aus dem Bereich der Politik sowie der sozialen Aufgaben bilden den Inhalt, der mit Hilfe von Kolportage und von Vertrauensmännern administrativ glänzend organisierten großpolnischen Zeitungen. Wenngleich öffentliche Versammlungen in polnischer Sprache nur in der Zeit während der Wahlen gestattet und die Versammlungen sogar von Berufsvereinen unablässigen Schikanen von seiten der unteren Behörden ausgesetzt sind, so findet doch auch hier der Geist Nahrung und Stärkung. Eine große Bedeutung haben die sogar jetzt schon auf den Dörfern veranstalteten Liebhabervorstellungen besonders seit dem Augenblicke, als man dem einzigen ständigen Theater in Posen das Bereisen der Provinz verbot. Eine nicht unbedeutende Hilfe bei der Verbreitung der Volksaufklärung erweisen die Gesangsvereine, mit der Zentrale des Verbandes und ihrem eigenen Organ in Posen. Diese Vereine, deren ausschließliche Aufgabe die Förderung des polnischen Gesanges ist und welche in ihren Gau- und allgemeinen Versammlungen ein Examen über ihre Tätigkeit ablegen, spielen die größte Rolle unter dem Auswanderertum im Westen Deutschlands. Dieser Vereine zählt der Posener Verband über 400.

Endlich reiht sich noch der großpolnische Sokol mit 300 Vereinen, mit seiner Einteilung in Gawe und mit seiner Verbandszentrale, sowie mit dem eigenen Organ in Posen an. Ursprünglich wurde in ihm nur Gymnastik getrieben. Als aber die Regierung

den Sokol zu den politischen Organisationen zählte und ihn der polizeilichen Kontrolle unterwarf, organisierte er für seine über 18 Jahre alten Mitglieder gegenseitigen Unterricht in der polnischen Sprache, Literatur und Geschichte und wurde ein gymnastisches und Aufklärungsinstitut zugleich.

Die nationale Aufklärung in Großpolen stützt ihre Tätigkeit und Entwicklung auf zwei grundsätzliche Grundlagen: Auf eine weitreichende Organisation und auf das Pflichtgefühl, dessen Förderer hauptsächlich die Frauen, die polnischen Bürgerinnen sind. Durch Verfolgungen, Strafen und Gefängnis nicht abgeschreckt, tragen sie die Fackeln der Aufklärung in die preußische Finsternis, bilden sie Ligen der Mütter und Vereinigungen der Arbeiterinnen und tragen sie die Bibel in die Hütten und Dachstuben. Hand in Hand mit ihnen geht die patriotische polnische Geistlichkeit, welche zu einem bedeutenden Teile aus dem Volke hervorgegangen ist und des Volkes getreuer und unermüdlicher Beschützer ist.

Die Volksaufklärung wirkt Wunder! — Diese durch die polnische Presse und die großpolnischen Agitatoren unablässig wiederholten Worte sind trotz der mit allen Mitteln, mit Macht und Hinterlist, Depravation und Bestechung forcierten Germanisierung kein leerer Schall in dem Teilgebiet der Piasen geblieben.

Hart und holprig klingt oft schon die Muttersprache in dem Munde des Kindes und des Erwachsenen, welche von der Wiege bei der Eintragung in die Standesregister an bis zu der Aufschrift auf dem Grabkreuze der preußische Verfolger begleitet. Doch das Polentum vermochte ihm das ganze eiserne System nicht aus dem Herzen und aus der Seele zu reißen.

Das aufgeklärte großpolnische Volk wartet auf seine Zukunft. P i a s t.

Aus Nr. 19 des Echo polskie (Moskau)

vom 8. (21.) Mai 1916.

Noch zwei Tatsachen.

Über die polnische Sache in Deutschland wollen wir uns zwei Tatsachen notieren.

1. Das Blatt „Landwirtschaftlicher Anzeiger für Ost-Deutschland“ teilt mit, daß das Gut Gosciejewo (Wülowsthal) im Kreise Obornik in den Besitz der Ansiedlungskommission übergegangen ist. Der bisherige Besitzer war Hübner aus Thorn-Mocker. Die Übernahme ist schon erfolgt.

2. Der „Katolik“, G. m. b. H. in Beuthen O.-Schles. (Hauptbesitzer der Aktien ist Adam Napieralski) hat sein Anlagekapital von 200 000 M. auf 700 000 M. erhöht. Das berichtet die „Berliner Buchdrucker-Woche“ (Nr. 8).

Wir haben schon wiederholt von den Verlagsgeschäften des Herrn Napieralski geschrieben; wir wußten, daß die preußische Regierung der größte Abnehmer seiner Wische ist, davon jedoch, wie sich Herr Napieralski seine „Überzeugungen“ gut bezahlen läßt — zeugen beredt die obigen Ziffern. Während die Mehrzahl der polnischen Blätter heute kaum bestehen kann, erhöht Herr Napieralski sein Anlagekapital um das dreieinhalbfache. Und das gerade in dem Augenblick, in welchem die „Idee“, deren Apostel er ist, zum mindesten um das Ebenjovielfache an ihrem Umlaufswert eingebüßt hat.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 163 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 19. Juli 1916.

Unter der Überschrift:

„Frankhafte Erscheinungen“

knüpft der „Dziennik Berliński“ an das von dem holländischen Organ der Liga der Friedensfreunde an die Vertreter der einzelnen an dem Friedenskongreß im Haag beteiligt gewesenen Staaten, versandte Rundschreiben und an die auf dieses Rundschreiben von dem Professor der Universität München, Freiherrn von Stengel, erteilte Antwort, in welcher der Verfasser betont, daß Deutschland nach dem Kriege in Europa tonangebend sein wird, folgende Bemerkungen:

So antwortete nicht der erste beste, sondern ein deutscher Gelehrter, der die deutsche Regierung auf verschiedenen Friedenskongressen vertreten hat. — Diese Melodie ist uns leider nur zu gut bekannt. Es ist dies der frankhafte Chauvinismus, der leider schon einen bestimmten Teil der deutschen Volksgesamtheit ergriffen hat und der sich seit längerer Zeit uns gegenüber so fühlbar macht und uns das Zusammenleben mit den Deutschen trotz ihrer großen Vorzüge erschwert. Es ist dies der selbe deutsche Chauvinismus, der gegenwärtig eine förmliche Hege gegen den Kanzler veranstaltet und diesen Staatsmann für seine relative Zurückhaltung und Mäßigkeit in den Anschauungen über die künftigen Friedensbedingungen am liebsten stürzen möchte.

Die aufsehenerregende Abfertigung, die der Kanzler im Reichstag vor kurzem diesen reaktionären Dunkelmännern zu geben gezwungen war, beweist klar, in welcher Weise jeden verständigen deutschen Patrioten ein solcher, mit wahren Patriotismus nichts gemein habender, vielmehr an Wahnsinn grenzender Chauvinismus, der die Zahl der Feinde Deutschlands immer noch vermehrt, förmlich in Schrecken zu setzen beginnt.

Und daher wird auch diese, von einem hervorragenden die deutsche Jugend heranbildenden Gelehrten, erteilte Antwort zu einer geradezu beunruhigenden Erscheinung für die Zukunft dieses Landes. Das deutsche Volk, das seit Ausbruch des Krieges so viel Beweise ungewöhnlicher Tapferkeit erbracht hat, kann eine solche Art des Selbstentzückens und des Selbstlobes, die geradezu ein Gefühl des Mißbehagens hervorruft, entbehren. — Entschieden hat der Herr Professor mit seiner Antwort, die wahrscheinlich ihren Weg durch die Presse ganz Europas nehmen wird, dem Vaterlande keinen Dienst erwiesen.

Aus Nr. 163 des Wiarus Polski (Bochum)

vom 18. Juli 1916.

Die Delegiertenversammlung des Verbandes der gegenseitigen Hilfe der polnisch-katholischen Vereine für Westfalen, Rheinland und die benachbarten Provinzen

findet am Sonntag, den 6. August 1916, im katholischen Gesellenhause in Bochum statt. Die Versammlung beginnt pünktlich um 12 Uhr mittags.

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Tagung.
2. Feststellung der Zahl der anwesenden Delegierten.
3. Debatte über die eingesandten Anträge.

4. Bericht des Verbandes für die Jahre 1914 und 1915
 - a) über die Geschäftstätigkeit,
 - b) " " Verbandskasse,
 - c) " " Kasse des Verbandsblattes.
5. Diskussion über den Bericht.
6. Wahl des Verbandsvorstandes.
7. Debatte über die allgemeine Lage des Verbandes und der Vereine.
8. Schluß.

Betrifft die besetzten Teile Polens.

Aus Nr. 345 des Czas (Kraakau)
vom 11. Juli 1916.

Unter der Okkupation.

Die in Lausanne erscheinende Zeitschrift „Wyzwolenie“ (Befreiung) bringt unter der Überschrift „Ein Blick auf die Okkupations-Verhältnisse“ folgende Bemerkungen:

Ganz genau bekannt waren uns die Mängel, sei es die vorübergehenden, sei es diejenigen tieferer Natur, welche die deutsche und die österreichische Okkupation in den Gebieten des Königreichs Polens verriet. Wenn wir auf sie wiederholt hinwiesen, die Quellen suchten, woher sie kamen (folgen 2 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen), so taten wir das in der Überzeugung, daß ein längerer Aufenthalt der Okkupationsbehörden in unserem Lande ihnen die Augen auf die sittlichen und politischen Schäden öffnen wird, die Schäden, welche auf ihre Urheber zurückfallen und zurückfallen müssen; daß sie also ihr eigenes besser verstandenes Interesse zu einer Reformierung (folgt eine gestrichene Zeile) der Anordnungen bewegen wird. Übergehen kann man hier alle aus militärischen Gründen angewandten Mittel, weil sie sich leichter verschmerzen und verstehen lassen (folgen 3 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen). Wichtiger dagegen waren diejenigen ausschließlich politischen Maßnahmen, welche weder mit den Operationen des Heeres, noch mit der Ernährung oder Unterbringung etwas gemein hatten: (folgen 22 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen).

Nach außen waren auch die Folgen leicht voranzusehen. Es genügt, in die russischen, französischen oder englischen Publikationen einen Blick zu werfen (folgen 8 gestrichene Zeilen)... dann tritt deutlich die Furcht in den Vordergrund, daß der Eroberung Polens „manu militari“ seine moralische Unterwerfung auf dem Wege, daß ihm die Freiheit und Selbstverwaltung gewährleistet wird, folgen werde. Daher die dringenden Warnungen vor der deutschen „Falle“ von der Neva her; daher der — übrigens erfolglose — Druck, welchen die französische Presse in einem gewissen Zeitpunkt auf die russische Regierung ausüben wollte, damit diese durch Zugeständnisse, vorläufig sogar durch platonische Zugeständnisse den Effekt (folgt eine gestrichene Zeile) der unter den Okkupationsregierungen erlangten Freiheiten ausgleiche.

Ein Verdienst der Okkupanten ist es, daß sie (folgt eine gestrichene Zeile) und mit männlicher Entschlossenheit den Weg der Besserung betreten haben. Es ist vorläufig gleichgültig, ob sie dies nach gegenseitiger Verständigung oder jeder auf eigene Faust taten, gleichgültig ist ferner auch die Frage, wem der Vorrang, eine mehr bestimmte Linie des Vorgehens inauguriert zu haben, gebührt? Wir wollen keine Parallele zwischen den Okkupanten ziehen, nicht eine Woche nach der andern beurteilen, wo und wann das Maß der neuen Zugeständnisse für die Polen freibiger war, wo und wann die politische Bilanz des

Polentums sich günstiger darstellte? Fern liegt uns auch der sadenscheinige Gedanke fern, auf diese Weise einen Bundesgenossen gegen den anderen auszuspielen und dadurch nur dem „tertius gaudens“, der auf eine etwaige Gestaltung im Bereiche der Gruppen der Mittelmächte spekuliert, einen Dienst zu erweisen.

Wir wollen lieber die beiden Verwaltungen gemeinsame Tatsache feststellen: Seit einem Monat ist das Tempo der Reformen und zwar sehr weitgehender Reformen in beiden Gebieten rascher geworden. Die Aufklärung, das Gerichtswesen, die Selbstverwaltung nehmen einen immer mehr einheimischen Charakter an.

Der Personenwechsel unter dem Verwaltungspersonal, die Milderung des Tons in der beiderseitigen Fühlungnahme der Okkupanten mit der örtlichen Bevölkerung sind ebenfalls mit diesem neuen Kurs harmonisch verbunden. Im letzten Monat gibt es fast keinen Tag, der in der bisherigen Strenge hier und da nicht eine gewisse Erleichterung, eine Anerkennung, die Errichtung oder Wiederrichtung einer polnischen Institution bringen würde.

Die Liste ist nicht abgeschlossen, aber der Anfang ist gemacht und der tote Punkt glücklich überschritten (folgen 22 von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen).

Beide Mittelmächte haben wahrgenommen, daß die Okkupation im russischen Teilgebiet ihnen in weit höherem Maße, als die Besetzung Belgiens oder der französischen Departements, in der schöpferischen Arbeit oder im Geiste örtlicher nationaler Maßnahmen freie Hand ließ. Die russische Verwaltung in den polnischen Landen war nicht nur ein künstliches Reis auf unseren Organismus, sondern sie stand auch mit den Wiener Verträgen und mit der Verfassung vom Jahre 1815 im Widerspruch. Sie behauptete sich durch die Stärke und durch die Übermacht. Sie mußte daher vor einer noch größeren Macht weichen und gleich einer Seifenblase zerplagen. Das Land verlassend, beraubte sie es aller, tatsächlich aller allgemein rechtlich-öffentlichen Organe, in dieser großen Leere Organe von zweifelhaft rechtlichem Wert, in der Eile improvisiert und mit einer nicht minder zweifelhaften Machtbefugnis ausgestattet, zurücklassend. Vor den Okkupanten erschloß sich hier leichter als anderswo der Weg zu dem Werk der Restaurierung, zu einem allmählichen politischen Wiederaufbau des Landes, sei es durch Wiederherstellung früherer polnischer Institute, sei es durch Schaffung ebensolcher ganz neuen Institute, sei es durch Polonisierung der gebliebenen Überreste (wie Gemeinden und Gemeindeggerichte), sei es durch Verleihung eines rechtlich-öffentlichen Charakters an bisher ausschließlich soziale und bürgerliche Institute.

Was gewann an einer solchen Aktion breiteren Stils die polnische Volksgesamtheit selbst? Nach der langjährigen Knechtschaft und der sie begleitenden Verkümmern begann sie, ihre geknebelten Glieder wieder zu recken. In dem Maße, als in gewissen zeitlichen Zwischenräumen die Erfüllungen verschiedener Wünsche, die in russischen Zeiten zu den „frommen“ Wünschen gehörten, auf einander folgten, legte man sich darüber Rechenschaft ab, daß dies der Weg einer grundsätzlichen Lösung der polnischen Frage noch nicht sei — der Weg, eine magische Formel zu verkünden, welche die Gesamtheit der politisch-nationalen Verhältnisse erfaßt, aus denen schon nur kraft der logischen Deduktion die Schlußfolgerungen für die einzelnen Lebensgebiete sich ergeben sollten. Der von den Okkupanten außersehene Weg war vorläufig der empirische Weg, der abwechselnd bald auf dem Gebiete der Schule, bald auf wirtschaftlichem, administrativem und jurisdiktischem Gebiete mit Zugeständnissen besät war. Aber angenommen, daß sich dieser Weg, ohne Einbuße des Inhalts vor der Volksgesamtheit immer neue Perspektiven eröffnend und eine Entladung der ver-

borgenen Tatkraft bewirkend, längere Zeit hinziehen werde, wurde es klar, daß er auf Seiten der Nation ein immer ansehnlicheres Kapital an Freiheiten anhäufen werde, so daß sich die am Anfang nicht gewonnene magische Formel am Ende dieser Wanderung als das letzte — das Werk der vorherigen Entwicklung krönende — Glied finden wird. Das inaugurierte System appellierte zwar an die Fonds des Glaubens und der Geduld unserer Volksgesamtheit, aber es war besser als vor dem Kriege das: „Lasciate ogni speranza!“ In Ermangelung der nicht erhaltenen „gemauerten Garantien“ hatte unsere Volksgesamtheit wenigstens einen offenen Weg, um sich immer selbständiger zu fühlen und selbständiger zu werden.

Einen nicht geringeren politischen Vorteil hatten infolge dieses Systems beide Mittelmächte. Auch hier wollen wir wieder keinen Unterschied machen zwischen den besondern politischen Gewinnen, die von beiden Staaten in ihrem Okkupationsgebiet beabsichtigt oder erlangt worden sind. Wichtiger, grundsätzlich ist der gemeinsame Vorteil, der sogar von Deutschland in dem österreichischen Gebiet und von Oesterreich-Ungarn im deutschen Gebiet durch die so erwünschte tatsächliche Stärkung der russenfeindlichen Front erreicht worden ist. Die Erinnerung an die früheren Verfolgungen und Leiden aus der russischen Zeit erwies sich allein als ungenügend für die Errichtung einer solchen Front. Der ausschließliche Appell an die nicht weit zurückliegende Vergangenheit war ein Argument, welches entweder durch die Greuel des gegenwärtigen Krieges abgestumpft ist oder sich mindestens mit Leichtigkeit abwenden läßt. Erst die Besitzergreifung neuer Werte, die Verfügung über neue bisher verbotene Freiheiten konnte in unserer Volksgesamtheit das mächtige Verlangen, sie unter den Schlägen der zurückkehrenden russischen Invasion nicht wieder einzubüßen, wachrufen und entwickeln. Je mehr das eigene freiheitliche Kapital wuchs, als ein umso schrecklicherer Alp mußte die etwaige Perspektive erscheinen, auf dem Boden und im Rahmen der russischen inneren Politik durch die Hand der russischen großmütigen gesetzgebenden Kammern dieser Freiheiten beraubt zu werden.

Dieses tief in unsere Volksgesamtheit eindringende Bewußtsein von der Bedeutung der schon erlangten und noch erhofften weiteren Freiheiten ist für beide Mittelmächte ein bedeutend wertvoller Gewinn geworden, als die ursprünglich erwarteten, so heiß erwünschten, im Grunde genommen aber leeren und unfruchtbaren Erklärungen von der russenfeindlichen Front seitens unserer Politiker.

Ob diesen mittelbaren Vorteil ein anderer unmittelbarer begleiten wird, (folgen 3 von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen), diese Frage steht fortwährend offen. Nicht minder zweifelhaft erscheint es (folgen 7 von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen), ... daß unser Volk durch seine eigene freiwillige, bewußte und zielbewußte Entschließung nicht verfehlen wird, dem zukünftigen, mitteleuropäischen Bündnis beizutreten. Dies hat Graf Andrassy sehr wohl gefühlt, als er in seiner Rede vom 15. Juni bemerkte: „Unsere und unserer Bundesgenossen Ehre verlangt es, daß, wenn es uns gelingt, die Russen aus Polen zu verdrängen, dies nicht den Charakter einer Eroberung, sondern das Merkmal der Befreiung hätte“. Nicht minder hat auch Graf Tisza in seinem Schreiben an Erzellenz Bilinski vom 20. Juni die starke Hoffnung ausgedrückt, „daß es den erprobten Führern der polnischen Nation gelingen wird, ihre Wünsche mit den gegebenen Möglichkeiten in Einklang zu bringen, und daß wir mit gemeinsamen Kräften ein dauerndes Werk zum gemeinsamen Wohle schaffen werden“.

Aus Nr. 145 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 10. Juli 1916.

Auf dem Wege der Konsolidation der Parteien in Warschau.

(Von unserem Gewährsmann.)

Warschau, den 8. Juli.

Wie schon bekannt, hat sich der Wahlausschuß auf der in der Bürgerresourse am 29. Juni abgehaltenen Konferenz der Parteien als Sekretariat der zwischenparteilichen Delegation der Parteien bezeichnet.

Was das Verhältnis der Vertreter der Parteien in dem Ausschuß anbelangt, so schwebten eine gewisse Zeit Unterhandlungen, da beide Vereinigungen der Parteien, d. i. das Nationale Zentralkomitee und die zwischenparteiliche Fraktion, die in ihrer Vereinigung je 6 Parteien vereinigen, der Liga des polnischen Staatswesens eine ihrer politischen Bedeutung entsprechende Zahl von Delegierten nicht einräumen wollten, es vielmehr vorzogen, die Angelegenheit so zu lösen, daß auf jede Partei ohne Rücksicht auf die Anhängerzahl je 3 Delegierte entfallen würden. Dem widersetzte sich entschieden die Liga des polnischen Staatswesens, und es wurde schließlich folgendes Verhältnis festgesetzt:

Die zwischenparteiliche Fraktion erhält 21 Delegierte, das Nationale Zentralkomitee 18 Delegierte, die Liga des polnischen Staatswesens 15 Delegierte.

Ob sich die auf diese Weise erlangte Konsolidation behaupten wird, darüber sind die Meinungen geteilt. Die Linke baut auf sie viel — die Rechte übt Zurückhaltung. Jedoch sind aller Wahrscheinlichkeit nach die Elemente nahe daran, sich für eine Politik der Tat zu entschließen. Diese Vermutung bringen die Eingeweihten mit dem Bericht eines hervorragenden Vertreters der Rechten in Verbindung, der von seiner Auslandsreise äußerst interessante Nachrichten mitgebracht hat. Er hatte nämlich mit den leitenden Kreisen der in östlicher Richtung orientierten Gruppe konferiert, die ihm sagten, daß auf Rußland nicht zu rechnen sei. Die gegenwärtige Regierung sei in der polnischen Frage sehr reaktionär veranlagt, im Falle eines Sieges könnte man außer der städtischen Selbstverwaltung höchstens eine ländliche Selbstverwaltung in irgend einer Form, die nicht minder merkwürdig wäre als die der städtischen Selbstverwaltung, erwarten. Wenn sogar die Elemente des Zentrums, die Kadetten, zur Macht gelangen, sei eine Besserung des Verhältnisses nicht zu erwarten. Milukow sei äußerst polenfeindlich gestimmt. Wielopolski und seine Gruppe seien gezwungen (!), in alter Weise zu handeln und sich mit der russischen Regierung zu verständigen, es sei jedoch ganz richtig, daß sowohl Galizien als auch das Königreich Polen auf dem Boden der Unabhängigkeit stehen und bemüht seien, sich mit Wien und Berlin zu verständigen. Die maßgebenden Kreise in London seien in der polnischen Frage sehr schwach unterrichtet, in Paris sei man ihr im allgemeinen sehr abhold.

Über den inneren Zustand in Rußland brachte der Informator Berichte mit, welche die Nachrichten von der Desorganisation, von dem wirtschaftlichen Niedergang, von dem Arbeitermangel, der Teuerung, von vier fleischlosen Tagen, von der allgemeinen Niederergeschlagenheit und dem Mißtrauen auf den Sieg bestätigen.

In den im Vorstehenden angeführten Berichten erblicken die Warschauer Politiker die Ursachen des bekannten Artikels des Zweigroschenblattes (Gazeta Poranna) vom 1. Juli unter der Überschrift „Polen und Rußland“ (siehe Nummer 27 des Gesamtüberblicks Seite 691), welcher in Warschau, als die Ankündigung eines Wechsels in den bisherigen Anschauungen der Nationaldemokratie Sensation hervorgerufen hatte.

Aus Nr. 351 des Goniec (Warschau)
vom 15. Juli 1916.

Der Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens.

Unser politisches Leben wurde von Rußland unter die Erde getrieben. Unsere Ziele befanden sich in einem Gegensatz zu der russischen Herrschaft in unserem Lande. Das Ziel unserer Bestrebungen mußte der polnische Staat sein. Keine Frage, sei es aus dem Bereich der Entwicklung unserer Erzeugungskräfte, sei es der unseren nationalen Bestrebungen entsprechenden Teilung der Reichtümer, konnten wir verwirklichen, wenn wir kein grundlegendes Organ der Wirtschaftspolitik, keinen Staat besaßen.

Rußland hatte 80 Prozent unseres früheren geschichtlichen Gebiets inne. Durch Losreißung eines bedeutenden Teils des russischen Teilgebiets von Rußland könnten Bedingungen zu unserer politischen Wiederherstellung geschaffen werden. Daher der grundsätzliche unversöhnliche Widerspruch zwischen unseren staatlichen Bestrebungen und Rußland. Der gegenwärtige Krieg schneidet uns von Rußland ab, hat durch die verbündeten Heere einen bedeutenden Teil des früheren russischen Teilgebiets abgeschnitten, hat Landgebiete abgeschnitten, aus denen man einen polnischen Staat schaffen kann.

Wir wurden unter verhältnismäßig sehr unbedeutender Mitwirkung unsererseits abgeschnitten. Unsere Regionen sind nur der Ausdruck des Strebens nach Selbständigkeit, aber sie sind, da sie etwa 1 Prozent der verbündeten Heere ausmachen, kein strategischer Faktor, wie man ihn von einem großen Volke erwarten mußte. Aber gewöhnlich sind unterjochte Völker nicht durch eigene Anstrengung befreit worden. Nicht nur die mechanisch wirkende fremde Übermacht, sondern auch die Nieder geschlagenheit, die Angst, die Demütigung — alles das, was ein Erzeugnis der Knechtschaft ist, schwächte ihre Aktivität in der Zeit der Befreiung. „Stehe auf, elender Sklave! Sieh auf den Engpaß — sind das nicht die Thermopylen!“ — rief Byron den Griechen während des griechischen Aufstands zu. Nicht dem russischen Heere, sondern dem türkischen brachten die bulgarischen Bauern am häufigsten Hilfe im Kriege 1877, welcher Bulgarien die Befreiung gebracht hatte. Jedoch ist kein Volk ohne eine gewisse wenigstens manifestierende Mitwirkung seinerseits befreit worden. Die napoleonischen Kriege griffen Österreich wiederholt an und rüttelten an den Grundfesten dieses Staates, aber sie rückten die ungarische oder tschechische Frage nicht in den Grade in den Vordergrund, wie die polnische, weil die Tschechen und sogar die Ungarn keine nationalen Freiheitlichen Bestrebungen an den Tag legten.

Eine Rundgebung solcher Bestrebungen ist bei uns für unsere zukünftige Existenz unentbehrlich. Wir werden nicht auf Einzelheiten eingehen, wir wollen die Aufmerksamkeit auf eine gewisse bisher wenig berücksichtigte Seite der Frage lenken.

Wenn wir von einem polnischen Staate reden, so reden wir von einer Reihe von Einrichtungen, die sich herausbilden sollten. Die Okkupationsbehörden sind der mit dem Kriege verbundene vorübergehende Bau. Nach dem Kriege hat das okkupierte Land drei Möglichkeiten vor sich: Die Rückkehr zum früheren Zustand, die Annexion oder die Schaffung eines staatlichen Organismus aus ihr.

Der siegreiche Krieg, die Erklärung des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg, des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza — alles das schließt eine Rückkehr aus; es bleibt die Annexion oder die Selbstständigkeit.

Das Verhältnis der Okkupationsbehörden zu unseren nationalen Bestrebungen, die Genehmigung zum

Wachrufen unserer staatlichen Bestrebungen durch die Feier des 3. Mai, die Genehmigung zur Wiederherstellung des Volksschulvereins, die Eröffnung der polnischen Universität und der technischen Hochschule — das sind zahlreiche Rundgebungen, die darlegen sollen, daß unsere nationalen und politischen Bestrebungen keiner Bedrückung unterliegen sollen.

Hierzu kommt eine neue sehr wichtige Rundgebung. Die Behörden haben die Satzungen der politischen Organisation „des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens“, bestätigt, die Satzungen, welche von den Herren Wladislaus Studnicki und Siegismond Makowiecki ausgearbeitet und von ihnen in den ersten Tagen des Mai zur Bestätigung eingereicht worden sind.

Dies wird eine politische Organisation derjenigen Polen der deutschen Okkupation im Königreich Polen sein, welche die Existenz eines polnischen Staates wünschen, wie der bloße Name der Organisation beweist, der Polen, welche, wie im § 1 gesagt wird, Polen an die Mittelmächte anlehnen wollen.

Die Prüfung der polnischen Frage in ihrer Gesamtheit und in ihren einzelnen Erscheinungen sowie die Arbeit an der Verwirklichung unserer staatlichen Bestrebungen werden die Aufgabe der neuen Organisation, des Klubs der Anhänger des polnischen Staats, sein.

Dies ist eine sehr wichtige Rundgebung. Die Deutschen wollen unseren staatschöpferischen Aktionen nicht entgegenwirken. Von dem „status praesens“ zum polnischen Staat geht man durch eine Reihe von Einrichtungen, in welchen das polnische Element mit dem Okkupationselement koordiniert werden muß. Bei der Schaffung dieser Einrichtungen kann die neue politische Organisation eine sehr wichtige Rolle spielen, sofern sie nur bei der polnischen Volksgesamtheit Verständnis und Unterstützung finden wird.

Wladislaus Studnicki.

Aus Nr. 160 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 17. Juli 1916.

Nachrichten aus Warschau.

(Von unseren Berichterstattern.)

Warschau, den 15. Juli.

Vorsitzender des Gemeinderats soll nach allgemeiner Meinung Universitätsrektor Brudzinski werden. Eine Reihe ernster Informanten teilt mit, daß Rechtsanwalt v. Dziembowski diese Kandidatur vor dem Vertreter eines der Wahlkomitees mit folgenden Worten unterstützt habe:

„Ihr müßt auf dem Posten des Vorsitzenden des Gemeinderats einen unparteiischen, einen volkstümlichen, einen solchen Mann haben, welcher den polnischen König würdig empfangen könnte, wenn dieser in Warschau einziehen wird, — ein solcher ist gerade Rektor Brudzinski.“

Von dem Aufenthalt des stellvertretenden Reichskanzlers Helfferich wird erzählt: Der Aufenthalt des stellvertretenden Reichskanzlers Helfferich im Königreich Polen hat keine Sensation gebracht. In Sosnowice fand eine Versammlung mit Vertretern der Industrie statt. Aus den vom stellvertretenden Reichskanzler in Sachen der Entwicklung neuer Industriezweige erteilten Ratshlägen geht hervor, daß er eine wirtschaftliche Selbstständigkeit des Königreichs Polen und eine Zollgrenze zwischen dem Königreich und Deutschland voraussieht.

Aus Nr. 156 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 13. Juli 1916.

Brief aus Warschau.

Unter dieser Überschrift wird dem Petrikauer Blatt aus Warschau unter anderem folgendes geschrieben:

Der stellvertretende Reichskanzler Dr. Helfferich wollte während seines Aufenthalts in Warschau zwecks Auszahlung der Requisitionsquittungen eine Art Schätzungscommission organisieren. Er wollte örtliche Elemente hinzuziehen, um dieser Einrichtung Unparteilichkeit zu verleihen. Die Absicht des stellvertretenden Reichskanzlers schlug vollständig fehl, weil die Wahl auf ungeeignete Personen fiel.

Außerst charakteristisch dafür, wie hoch die Zionisten die Aussichten der polnischen Sache schätzen, ist folgende Äußerung eines Politikers:

Herr Seidemann, ein in Warschau bekannter zionistischer Politiker, sagte in der Versammlung, in welcher die Wahlkonsolidation und die Kandidaturen zum Gemeinderat endgültig besprochen wurden, indem er sich an die Gruppe der Nationaldemokraten wandte: „Noch niemandem von Ihnen ist das Wort Unabhängigkeit oder irgend ein Kampf um sie über die Lippen gekommen, während wir auf Kongressen und in großen Versammlungen in ganz Europa, was ich durch Dokumente bestätigen kann, die Überzeugung ausdrückten, daß eine gemeinsame Verständigung und ein Zusammenleben der Polen und Juden nur auf dem Boden der staatlichen und sozialen Unabhängigkeit Polens möglich sei. Jetzt suchen wir diesen Gedanken in die Tat umzusetzen.“

Aus Nr. 156 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 13. Juli 1916.

Betrifft die Selbständigkeit des Schulwesens.

Aus Kutno wird uns geschrieben: (Folgen etwa 10 von der österreichischen Zensur gestrichene Zeilen.)

Der Verbandstag bat den Landrat, den Zentralbehörden das Urteil zu übersenden, daß die Bevölkerung dafür halte, daß die Angelegenheiten des Schulwesens der Volksschulverein (Macierz Szkolna), zu dem allein die Bevölkerung Vertrauen hat, leiten sollte.

Aus Nr. 188 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 3. Juli 1916.

Zwei Rundgebungen.

Die Wahlagitation fördert eine Reihe mehr oder weniger bereiteter Aufrufe zu Tage, in denen sich nicht nur das schriftstellerische Temperament, sondern auch das intellektuelle Niveau ihrer Verfasser wieder spiegelt.

Abgesehen davon, daß Warschau auf diesem Gebiete gewissermaßen ein Neuling ist, nimmt die Wahlstilistik mit jedem Tage immer kräftigere Töne, immer erhabeneren Worte an und beinahe erreicht die Phantasie im Bestimmen der Aufgaben des Stadtrats die geflügelte Vorstellung der Dichter.

In den Wahlausrufen und in den Beschlüssen verschiedener sogenannter Gruppen und Verbindungen könnte man neben den abweichenden Forderungen ebenso eine gewisse Eigenart erwarten, die von der Bildung und Kultur der betreffenden Gruppen abhängt.

Man könnte zum Beispiel meinen, daß sich die Wähler der dritten Kurie zu Revolutionen und Aufrufen aufschwingen werden, die dem Bildungsniveau und dem bürgerlichen Bewußtsein entsprechen würden,

die schon die Wahlordnung selbst voraussieht, indem sie eine besondere Intelligenzkurie gebildet hat.

Doch gerade hier kommen ungewöhnliche Überraschungen vor.

Wir haben die Rundgebungen des Wahlkomitees der Lehrervereine vor uns, das den Verein der polnischen Lehrerschaft in sich schließt. Diese Verbindung der Lehrer, von denen sehr viele die Universitätsstudien beendet haben, und die alle die ehrenvolle Mission der Verbreitung der Wissenschaft unter dem Volke ausüben, hat ein gemeinsames Wahlprogramm angenommen, das an erste Stelle die politischen Fragen stellt.

Nach zwei einleitenden Paragraphen, die die grundsätzlichen politischen Pflichten des Stadtrats bezeichnen, folgen erst die fachmännischen, die Schulfragen, die Verstaatlichung der Straßenbahn und der Elektrizitätswerke, die Bekämpfung der Spekulation usw.

Nach Ansicht der Lehrergruppe, die zu der von der Wahlordnung hervorgerufenen Intelligenzkurie gehört, ist die höchste Aufgabe des Mitglieds des Warschauer Stadtrats eine ausgedehnte und verantwortliche nationale Politik.

Gerade ihr großen Männer des Volkes habt gefehlt, damit ihr für das ganze Volk denkt, spricht und politisiert. Die Lehrervereinigung wird dem Stadtrat diese Männer der Vorsehung senden, da sich andere finden werden, die Aufklärung der Analphabeten in der Stadt zu heben.

Denn ihr habt Wichtigeres zu tun.

Vielleicht findet sich einst ein zweiter Wyzpianski, der neben den Rednern und Purpurträgern im „Wyzwolenie“ auch Warschauer Ratscherrn mit nickenden Köpfen darstellt, wie ihr unaufhörlich das magische Wort: „Polen, Polen!“ wiederholt.

Doch wir haben eine zweite bescheidene Rundgebung vor uns, die Erklärung des Wahlkomitees der vierten Kurie, also von Handwerkern, Kleinrentnern und Händlern, kleinen Leuten, die keine Universitätsstudien hinter sich haben, die weder die öffentliche Meinung noch die Wahlordnung zur Intelligenz rechnet.

In den Räumen der christlichen Handwerkervereinigung fand die Versammlung der Wähler der 4. Kurie statt. Die Versammelten haben einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

Die am 6. Juli 1916 versammelten Wähler der 4. Kurie sprechen, indem sie die Wichtigkeit der Vereinigung aller Zweige der polnischen Gesellschaft anerkennen, die Hoffnung aus, daß der Stadtrat sich die Nationalisierung des Handwerks, des kleinen Gewerbes und Handels angelegen sein lassen und alle zu diesem Zweck möglichen Mittel ergreifen, vor allem die Bedürfnisse des Gewerbeschulwesens berücksichtigen wird.

In dieser so kurzen und bländigen Weise haben die Wähler dieser Kurie die Aufgaben ihrer Vertreter im städtischen Rat bezeichnet. In dieser Bestimmung haben sie die Forderungen ihrer Stellung abgeschlossen. Die Erfüllung dieser Postulate ist der wirkliche Bau Polens im Bereich der Aufgaben des Stadtrates.

Weite politische Ziele haben diese Handwerker und Industriellen den politischen Parteien überlassen. Haben sie sich jedoch nicht mit diesem Enthaltensamteitsakt das Zeugnis ausgestellt, daß sie besser und vernünftiger als gewisse Kreise der „Intelligenz“ die Bedürfnisse des Warschauer Lebens verstehen, und daß sie bestrebt sind, dem Vaterlande „intelligenter“ zu dienen?

Aus Nr. 196 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 16. Juli 1916.

Am Vorabend der Eröffnung des städtischen Gemeinderats.

Nach den vielfachen Versuchen und Anstrengungen, welche von dem die Wiederherstellung einer unab-

hängigen staatlichen Existenz wünschenden polnischen Volke unternommen worden sind, ist es verständlich geworden, daß Polen nur in einer allgemeinen europäischen Umwälzung die Wiedergeburt finden kann. Um einen allgemeinen Krieg betete Mickiewicz, und fühle Politiker dachten schon lange über die Möglichkeit und die Bedeutung eines europäischen Kriegs für Polen nach.

Es ist klar, daß ein solcher Krieg nicht jeden Tag kommt, daß er mit einer unendlichen Zahl von Opfern und Leiden verknüpft ist. Aber die Leiden und Opfer können nicht vergeblich sein.

Auf polnischem Boden vollzieht sich ein großes, seit einem Jahrhundert nicht gesehenes Spiel, in diesem Spiel kann Polen die Unabhängigkeit gewinnen.

Die Verhältnisse, unter welchen diese einzige wirkliche Gelegenheit einer Wiedergeburt für Polen gekommen ist, fanden es zersplittert, unvorbereitet, geschwächt, jeglicher Organisation, jeglicher natürlichen Vertreterschaft beraubt vor. Daraus erklärt sich, daß es vom ersten Augenblick an bei uns keine einheitliche leitende nationale Einrichtung gab, es entstanden ihre mehr oder weniger teilweisen und unvollkommenen Surrogate, daraus erklärt sich, daß wir bis jetzt noch nicht das erreichen konnten, was alle unsere Seelen mit einem Wunsch erfüllt.

Die Ereignisse vollziehen sich mit einer riesigen Geschwindigkeit, wir kennen weder den Tag noch die Stunde, und wir müssen fortwährend das Öl in den Lampen brennen haben, um den richtigen Zeitpunkt nicht zu verpassen.

Die Volksgesamtheit Warschaws hat dies verstanden, als sie die dargebotene Gelegenheit der Wahlen zum städtischen Gemeinderat bereitwillig benutzte, um sich bei diesen Wahlen unter der Losung der Unabhängigkeit Polens zu vereinigen, um in ihnen einen wichtigen Akt nationalen Selbstbewußtseins und nationaler Reife zu sehen.

Bevor auf Bemühen des Gemeinderats Warschau ein solch äußeres Aussehen und eine solche Verfassung des Lebens annehmen wird, die es auf die Stufe anderer Großstädte der Kulturwelt stellen werden, wird wahrscheinlich noch manche Anstrengung zu machen sein, um diesen Standpunkt grundsätzlich zu erfassen. Von der Haltung, von den Taten und Worten dieser heute einzigen Vertreterschaft einer Millionenbevölkerung der Hauptstadt und von 80 000 wahlberechtigten Bürgern kann dieser oder jener Lauf der grundsätzlichen Wege unserer Zukunft abhängen.

In entscheidenden Augenblicken, wie der heutige ist, kann und darf man keine Stellung, keine Arbeit, nicht die geringste Gelegenheit, kein Mittel gering-schätzen, welches in den Händen des Volkes ein Werkzeug seiner Wiedergeburt werden könnte.

Die polnische Gesamtheit versteht dies, und sie richtet sich entweder zu Akten politischer Arbeit empor oder sie scharf in solidariischen Erklärungen um politische Lösungen.

Ich verstehe, daß der formelle Kreis der Rechte und Grundsätze des Gemeinderats nicht groß ist, aber das Leben zerbricht so oft alle formellen Rahmen, indem es unerwartete und bedeutende Aufgaben in den Vordergrund stellt, bei deren Lösung man nicht zögern darf.

Der Wille Warschaws ist in den bisherigen Wahlergebnissen ausgedrückt, und die der ganzen Wahlaktion voranleuchtende Lösung zeigt, daß für den Gemeinderat breitere Aufgaben vorgesehen sind, als eifrige Wirtschaftlichkeit, daß er das Sprachrohr der nationalen Bestrebungen ihrem ganzen Umfang nach sein sollte.

Den polnischen national-schöpferischen Gedanken zu hegen, sich von den hundertjährigen Spuren der Knechtschaft zu befreien, leben und atmen zu verstehen,

wie ein freier Mann zu wünschen und erreichen verstehen, sich zu achten verstehen und die Erstgeburt nicht für ein Vinsengericht zu verkaufen, durch die Tat unsere Rechte und Fähigkeiten zur selbständigen Wirtschaft, zur sozialen Wirtschaft zu beweisen, die nicht dieser oder jener Gruppe oder Partei dienen, sondern auf der nationalen Höhe stehend, alle Interessen der sozialen Schichten, in erster Linie aber diejenigen umfassen würden, welche unter dem gegenwärtigen Zustand am meisten leiden, mit welchen das Schicksal am grausamsten umspringt — ist Aufgabe des Gemeinderats.

Eine geweckte, billige, breiteste Berücksichtigung der für die städtische Wirtschaft zugänglichen Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung, eine gebührende Beurteilung der völkischen Kräfte als erstklassiger nationaler Wert, eine sachkundige Koordinierung der Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen und Klassen in der Weise, daß sie einen Weg zur Verständigung bei der gemeinsamen nationalen Arbeit finden könnten, die der Augenblick fordert, sollte eine nach außen sachkundige Ausnützung des Augenblicks begleiten.

Ich verstehe, daß in nicht ferner Zukunft, vor Beendigung der Wahlperiode der gegenwärtig gewählte Gemeinderat vielleicht ganz zurücktreten wird; vielleicht wird er seine Aufgaben späteren Gemeinderäten mit weiteren Zugeständnissen übertragen oder nur in die Reihe anderer Gruppierungen treten, welche das polnische Volk in dem Kollektivakt und in der Kollektivarbeit an dem Bau der staatlichen Zukunft vertreten werden.

Wenn wir dies nicht verstehen und sagen würden, wären wir des großen Augenblicks, der uns alles geben kann, nicht würdig. Was immer Gutes oder Übles für das polnische Volk geschehen kann, wird der Gemeinderat der Hauptstadt Warschau nicht ohne Verantwortung sein. . . . W. Makowski.

Aus Nr. 190 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 11. Juli 1916.

Der „Kurjer Zagłębia“ in Sosnowice erörtert in seiner Nummer 150 vom 7. Juli 1916 unter dem Titel „Zusammenstellungen“

Die Aussichten Polens

und fordert zum Ausharren auf:

Es scheint, als ob die Kriegsergebnisse in ihrer augenblicklichen Gestalt und Entwicklung den baldigen entscheidenden Augenblick im Kriege näher rücken lassen, wenn nicht schon überhaupt für uns dieser Zeitpunkt unbemerkt eingetreten ist.

Die Reihen der monatelangen blutigen Kriegsstürme haben es nicht vermocht, uns aus dem Gleichgewicht zu bringen, im Gegenteil, sie machten uns zu umso größerer Ausdauer und Beharrlichkeit kräftiger. Sie lehrten uns viel, und obwohl sie zu der Summe all unserer Verluste und Leiden geradezu beängstigende Posten hinzufügten, angesichts deren sich unsere Wangen mit tödlicher Blässe bedeckten, so überzeugten sie uns doch andererseits, daß trotz des Verlustes unserer polnischen Existenz, trotz der tausend verschiedenen Hindernisse, von denen es schwer ist, sich eine Vorstellung zu machen, wenn man sie nicht selbst durchgemacht hat, wir in uns in einer etwas anderen Art und Weise, als andere Völker, das Gefühl des Maßes und des Rechnens mit der Wirklichkeit entwickelt haben.

Unser Land kam durch die Ereignisse unter die Okkupation der Zentralstaaten. Niemals haben wir jedoch angenommen, daß dies ein Zustand wäre, der als ein dauernder angesehen werden müßte. Der Krieg erstreckt sich auf ganz Europa, auf zwei Drittel der Erde, niemand wäre imstande, sein Ende oder seinen Aus-

gang voranzusehen. Im übrigen haben die Deutschen mehrmals durch ihren Reichskanzler ausgesprochen, daß sie den Krieg zur Verteidigung für ihr eigenes Leben und ihre Freiheit führen, daß sie ihn nicht hervorgerufen haben, daß sie ihn als einfache Notwendigkeit, der die Stirn geboten werden muß, hinnehmen, daß sie aber zugeben, daß der Krieg alte Abrechnungen zwischen den Nationen auslöschen und die strittigen Fragen regeln müsse... Den Grundsatz der Nationalität haben die Koalitionsmächte ziemlich deutlich hervorgehoben. Und so fielen von der einen und anderen Seite Versicherungen, daß die internationalen Verhältnisse in gehöriger Weise geregelt werden müssen, und daß den kleineren Staaten eine ungehinderte Entwicklung zuzubilligen sei. Wir waren überzeugt davon, daß die Okkupierenden in unserem Land nur Gäste sind und nichts weiter sein können in Anbetracht der obigen und noch anderer Gründe. Und diesen vorübergehenden Zustand in Polen haben die Deutschen selbst durch die maßgebende Persönlichkeit, nämlich durch ihren Reichskanzler betont.

Es scheint, daß, wenn wer weiß was für Veränderungen noch eintreten sollten, eins keiner grundsätzlichen Veränderung unterliegen würde, und das ist das Schicksal Polens. Der Optimismus verschleierte zuweilen den klaren Überblick über den eigentlichen Stand der Dinge, in diesem Falle sündigt jedoch derjenige nicht, der die Zukunft der Nation unter dem Standpunkt des Wiederauflebens unseres nationalen Seins, die Zusammenkittung unserer Länder, sieht.

Unser Verhältnis zu den Eroberern haben wir ziemlich deutlich ausgedrückt. Der Reichskanzler hat „die Lösung der polnischen Frage durch die Zentralstaaten“ angekündigt. Die Koalition spricht von „den Grundsätzen freier Nationen“. Die ganze Welt spricht von der Notwendigkeit der Erneuerung des polnischen Staates. Unsere hauptsächlichste, grundsätzlichsie Forderung ist — die Unabhängigkeit. Mit dieser Forderung kennzeichnen wir unser Verhältnis zu Rußland.

Die Ereignisse lenken die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich; für uns haben sie heute einen besonderen Wert. Unser warten schwere Augenblicke der Sammlung und des Ausharrens bis zum Ende, das doch kommen muß. Es bedarf, wenn wir das Hauptziel nicht aus den Augen lassen, viel kalten Blutes, der Ruhe und kalter Erwägung, zu der wir gerade an dieser Stelle auffordern.

Aus Nr. 19 des „Echo Polskie“ (Moskau)
vom 8. (21.) Mai 1916.

Die Deutschen und die Legionen.

Das Projekt Grabowsky's bildete das Maximum dessen, was wir von der deutschen Regierung und den in ihr leitenden Parteien zu erwarten haben. Von den Gefühlen der preussischen Regierung gegenüber den Polen erzählt uns beredt die Art und Weise, wie die Deutschen die polnischen Legionen behandeln.

Wir erinnern uns alle des Aufrufs des Obersten Nationalkomitees, der kurz nach der Einnahme von Warschau veröffentlicht wurde, des Aufrufs, in welchem mehr als deutlich zwischen den Zeilen eine große Enttäuschung herausklang, die Enttäuschung über den von den Preußen den Legionen infolge Nichtzulassens zu dem feierlichem Einzuge in die Hauptstadt des Königreichs versetzten Schlag. Wir erinnern uns gleichfalls noch dessen, daß die Deutschen ohne Zeremonien Biljudzki geboten, sich aus Warschau zu entfernen, als er im November mit einem kleinen Häuflein Legionäre dort eintraf und man dem Publikum jede Sympathiebekundung verbot. Der deutschen und polnischen Presse im Okkupationsgebiet hat man alle Äußerungen und Artikel über die Legionen und die Tätigkeit des

Obersten Nationalkomitees streng verboten. Alle diese Maßnahmen hatten den einzigen Zweck, nicht zuzulassen, daß in der polnischen Volksgemeinschaft irgend welche „Hoffnungen“ geweckt würden. Ja, die deutschen Blätter verbreiteten, wo sie konnten, durchaus nichts würdige und boshafte Bemerkungen über die Legionen, indem sie dieselben auf das Niveau gewöhnlicher Landwehr herabsetzten. Das war die teutonische Belohnung für des edelste polnische Blut. Gleichzeitig gestattete der Hemschnh der Zensur den polnischen Blättern nicht, auch nur mit einem Wörtchen dieser drakonischen Verhältnisse Erwähnung zu tun, unter denen man lediglich klar und deutlich von „polnischen Soldaten“, nicht aber von Legionären schreiben durfte.

Gelegentlich einer eintägigen Ablegung des Zensurmaulkorbes in Warschau, anlässlich des Begräbnisses der Legionen-Offiziere Mausperl und Kariski stellt die Presse fest, daß erst gegenwärtig der „Tygodnik Polski“ einen längeren informatorischen Artikel über die Tätigkeit des obersten Nationalkomitees und über seine Organisation bringen durfte. Damit kann aber von einer Frontänderung der Besatzungsbehörden gegenüber den Legionen nicht die Rede sein. Preussische Dankbarkeit!

Ausland.

Aus Nr. 351 des Czas (Krakau)
vom 14. Juli 1916.

Warschau — Krakau.

Das Juni-Fest der in Lausanne erscheinenden Zeitschrift „Wyzwolenie“ (Befreiung) stellt unter vorstehender Überschrift folgende Betrachtung an:

Vom dem so schrecklichen und langdauernden, so viele Werte vernichtenden Kriege erwartet jede Nation eine solche Sicherung ihrer Existenz, daß der Krieg für sie nicht ohne günstige Wirkung vorübergehe, d. i. daß er in Zukunft das zu sein aufhöre, was er während seiner Dauer war, d. i. ein Unglück. Worin soll unsere Sicherung in der Zukunft bestehen? Welches Minimum unserer Wünsche soll erreicht werden, damit wir die Gewähr hätten, daß die Wunden heilen werden und der Organismus einen Prozeß der Regeneration wird beginnen können? Dies ist die Frage, vor welcher wir seit Kriegsbeginn stehen, die aber mit jedem uns seiner Beendigung näher bringenden Augenblick lebhafter wird.

Warschau und Krakau! Eine Vereinigung dieser beiden dem polnischen Herzen so teuren Hauptstädte, die künstlich auseinandergerissen, durch fremde Perversität, durch eigenen Leichtsinn so oft einander gegenübergestellt worden sind, wäre für die durch den heutigen Krieg geschlagenen Wunden der einzige Balsam, der die Gewähr, wenn nicht einer glänzenden, so doch wenigstens einer normalen nationalen Entwicklung für die Zukunft bieten würde. Verschwinden würde dann die Besorgnis, die ein so drückender Alp ist, die Besorgnis, daß sich zwei, wenn nicht drei polnische Nationen herausbilden werden, die nur eine gemeinsame Sprache haben, aber unter einander durch die Überlieferung, durch die innere Kultur und die Bestrebungen verschieden wären. Verschwinden würde die heutige Zersplitterung in besondere Gruppen, von denen sich keine mit den eigenen zu geringen Kräften diesen großen Kulturproblemen unterziehen kann, die nur ein Duzend und mehr Millionen zählende Nationen lösen können, Nationen, die sich selbst regieren, die bewußt an der Erhaltung ihrer Eigenart arbeiten und dazu genügende Mittel in der Hand haben. Wir würden Einfluß auf die Entwicklung der allgemeinen europäischen Angelegenheiten gewinnen und aufhören,

die Trümpfe zu sein, welche ein europäischer Spieler gegen den anderen ausspielt, was schließlich unsere Bedeutung fast gleich Null macht. Der Zusammenschluß eines großen, zahlreichen, einheitlichen Kerns der Nation um die beiden geschichtlichen Hauptstädte wäre im Vergleich zu den heutigen Verhältnissen unserer Existenz ein so großer Schritt von vorwärts, daß er die Jahre von Blut, Feuerbrünsten, Verwüstungen, Epidemien und Hungernöten, die wir heute durchmachen, hundert Mal vergelten würde.

Man kann dreist sagen, daß die bisherigen Kriegsergebnisse und die auf ihnen beruhenden politischen Perspektiven (selbst wenn man die Ereignisse der letzten drei Wochen berücksichtigt) keineswegs eine Illusion sind, wenn man auf die Möglichkeit einer Konsolidierung Warschaus und Krakaus zu einem politischen Ganzen rechnet, von der Voraussetzung ausgehend, daß nur eine solche Kombination die Mittelmächte vor dem russischen Anschlag schützen und den beiden Verbandsmächten Frankreich und England erlauben wird, die heutige Kriegskarte in Osteuropa als die Grundlage eines Friedensschlusses anzuerkennen, ohne sich demütig zu einer Niederlage bekennen zu müssen. Die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und des Grafen Tisza, die in den letzten Zeiten abgegeben worden sind, betonen noch mehr die Realität dieses Programms, welches zustande kommen muß, wenn die europäischen Mächte tatsächlich einen dauernden und ehrenhaften Frieden schließen wollen. Das Interesse der Mittelmächte drängt sie in der Richtung unserer Konsolidation. Um ihres eigenen Wohls willen dürfen sie uns weder an Rußland zurückgeben, noch an uns eine neue Division vollziehen, wie dies Graf Andrássy so klug und zutreffend hervorgehoben hat. In Anbetracht der Gefahren, welche über ihnen schweben, in Anbetracht der Möglichkeit der auf den weiteren Kontinenten sich eröffnenden Entwicklung sollte ihnen der eigene Verstand gebieten, die vor dem Kriege bestehenden nationalen Gegensätze zu vergessen und ihre polnische Politik einer Revision zu unterziehen. Dies gilt natürlich vor allem für Deutschland, aber auch in Österreich werden die uns weniger freundschaftlichen Elemente nach dem Kriege mit uns eine Verständigung suchen müssen. Daher lassen wir uns von dem von Anfang an gewählten Wege nicht durch diejenigen verschiedenen Tatsachen ablenken, die sich in dem letzten Jahre angehäuft haben und welche der Vorsitzende des polnischen Klubs und die politische Kommission jüngst in ein einziges systematisches Bild zusammengefaßt haben.

Das so einfache und natürliche Programm einer Verbindung Krakaus und Warschaus sollte in der polnischen Nation selbst auf ernstlichere Gegensätze nicht stoßen, wenn es ein anderes in nationaler Beziehung vorteilhafteres Programm nicht gibt. Wäre es doch Selbsttäuschung, wenn wir behaupten würden, daß die polnische Volksgemeinschaft seine Bedeutung genügend empfunden habe und es mit derjenigen Begeisterung aufnehme, mit welcher es vor Jahren, in den früheren Zeitabschnitten unserer Geschichte nach den Teilungen, vielleicht aufgenommen worden wäre. Es ist vielleicht nicht an der Zeit, diese so heikle Frage gegenwärtig näher zu betrachten und zu entscheiden, wieviel Schuld daran die Volksgemeinschaft oder Einzelpersonen haben und wieviel geschichtliche Notwendigkeit dabei im Spiele ist. Tatsache ist es, daß der Sieg eines allgemeinen polnischen Programms in der Seele und in den Gedanken der Nation — und das ist unter den heutigen Verhältnissen das Programm der Vereinigung Krakaus und Warschaus — erschwert wird durch das Gift, welches in das Fleisch und Blut des heutigen Geschlechts eingefloßt worden ist. Am gefährlichsten vielleicht ist „das Gift der Knechtschaft“, vor welchem der Psalmist seine polnische Nation gewarnt hat.

Man muß dreist und aufrichtig die Krankheit nennen, wenn man mit ihr einen erfolgreichen Kampf aufnehmen will. Und wir meinen, daß die Aufnahme dieses Kampfes in diesem Augenblick eine ebenso dringende und weittragende Angelegenheit ist, wie die Betonung der Rechte Polens, die in Budapest, Wien, Berlin unternommen wird. Wir müssen gleichzeitig mit dieser Aktion und parallel zu ihr unser eigenes Leben von den krankheitserregenden Elementen reinigen. Vor allem muß man jede schädliche journalistische und im Verborgenen geführte politische Arbeit, welche die bestehenden Gegensätze der Teilgebiete schürt und zur Bekämpfung der politischen Gegner auszunützen sucht, bekämpfen und beleuchten.

Leider fehlte es an solchen Versuchen in den letzten Zeiten nicht. Offen und versteckt wurde im Königreich Polen gegen die so weittragende in Galizien vollzogene Konsolidation der polnischen Parteien gearbeitet, indem durch nichts gerechtfertigte Verdächtigungen erhoben wurden und die ganze Aktion als Wert einer provinzionellen Politik hingestellt wurde. Kein Wunder, daß solche Vorwürfe in manchen Kreisen des Königreiches Polen Unruhe und eine Gegenbewegung hervorgerufen haben, welche den Zweck hatte, die Konsolidation durch moralische Unterstützung ihrer Gegner zu erschweren. Die Politiker des Königreiches Polen waren natürlich irreführt und handelten selbst in gutem Glauben, aber der Mißbrauch dieses guten Glaubens durch Parteinut oder persönliche Wut, die sich durch nichts schützen kann, gehört zu den traurigeren Episoden dieser traurigen Zeit. Gegen weitere derartige Versuche sollte sich die öffentliche Meinung mit ganzer Entschiedenheit wenden. Zu den sehr dringenden Forderungen gehört auch das Zustandekommen einer persönlichen und vertraulichen Fühlung zwischen den Männern, welche das politische Leben beider großen Teile unserer Nation leiten. Ein freier und aufrichtiger Gedankenaustausch muß die so böswillig verbreiteten Besorgnisse hinsichtlich des Strebens nach der Hegemonie der einen über die anderen, hinsichtlich der Beherrschung des Königreiches Polen durch Galizien beseitigen. Wir nehmen nicht ohne Grund an, daß in dieser Richtung manches geschieht und daß die Wirkung günstig sein muß. Niemals mehr am Platze war die Losung: „Lernen wir uns kennen“. Ihre Ausführung, die Erreichung eines gegenseitigen Erkennens und Durchdringens des Gedankens wird manchen ungeschickten Schritt, der am häufigsten durch die Unkenntnis der psychischen Verhältnisse und Stimmungen des anderen Teilgebiets hervorgerufen wurde, vermeiden lassen.

Am wichtigsten ist, über allen anderen Forderungen steht die Möglichkeit, daß sich im Königreich Polen eine klare entschiedene politische Organisation herausbildet. — Wir wissen alle, was für Hindernisse dabei vorhanden sind. Wir wissen auch, daß die Beseitigung mancher augenblicklich schwierig ist. Aber es gehört zu den wichtigsten und dringendsten Pflichten des laufenden Zeitabschnitts, an der Verminderung dieser Schwierigkeiten, an der Schaffung von Bedingungen zur Umschreibung eines gemeinsamen Programms aller wichtigeren und an Zahl größeren Gruppen des russischen Teilgebiets zu arbeiten. Eins dieser Hindernisse — das russenfreundliche Programm — liegt schon ganz begraben und von Trümmern verschüttet da. Eine bestimmte Erklärung der Mittelmächte hinsichtlich des zukünftigen Geschicks Polens würde das zweite Hindernis beseitigen, welches bisher auf dem Kreuzwege liegt, den wir gehen. Eine derartige Erklärung in Wien und in Berlin hervorzurufen, wie die Erklärung von der Unmöglichkeit der Zurückgabe der genommenen Gebiete zu Gunsten Rußlands hervorgerufen wurde, wäre auch in ihren Folgen ein großer Schritt nach vorwärts zur Erreichung einer völligen Harmonie zwischen den polnischen Teilgebieten, zu ihrer Vereinigung auf

dem Boden gemeinsamer politischer Bestrebungen. Die Gewährleistung der Ganzheit des Königreichs Polen, das ist, so wie die Dinge heute liegen, die Bedingung einer allgemein polnischen Verständigung, und die die Donaumonarchie nach außen vertretenden Faktoren, denen daran gelegen sein muß, daß sich die ganze polnische Volksgesamtheit im Laufe der Zeit auf den Boden des Augustus-Aufrufs des polnischen Klubs stellt, werden im Laufe der Zeit, wie wir hoffen, imstande sein, diese Lage zu durchdringen und zu einer Überwindung dieser Schwierigkeit zu verhelfen. Ist es doch in der ersten Zeit, die wahrscheinlich über das Schicksal Mittel- und Osteuropas auf Jahrhunderte entscheiden wird, nicht genügend, das Schwert allein auf die Waagschale zu werfen. Nur derjenige Sieg wird dauernd und unzerstörbar sein, welcher sich auf die Berücksichtigung der Rechte und Bestrebungen stützen wird, die unsere Nation mit so vollem Recht hegt. Jede andere Lösung muß vorübergehend und vulkanisch mangelnd sein. In dem Glauben, daß diese Wahrheit von den heutigen leitenden Faktoren der Mittelmächte empfunden wird, warten wir auch mit Ruhe den geeigneten Zeitpunkt ab, in welchem sie auf ihren Boden offen stehen werden. Und damit glauben wir auch, daß wir Boden zu einer Vereinigung des österreichischen und russischen Teilgebiets erlangen werden, was für uns die einzige Bürgschaft ist, daß sich vor der polnischen Nation Gesichtsfreie einer friedlichen und strahlenden Zukunft erschließen werden.

Aus Nr. 343 des Czas (Krakau)
vom 10. Juli 1916.

Das polnische Programm Rußlands.

Wiederum trifft aus Petersburg die Nachricht ein, die russische Regierung beabsichtige, „die polnische Frage zu lösen“ mit Hilfe einer Autonomie unter der Bedingung, daß dies eine innere russische Angelegenheit sei. Sowohl diese Ankündigung als auch diese Bedingung haben wir seit Kriegsbeginn schon so viele Male gehört, daß man sich nur wundern kann über die Ausdauer, mit welcher das offizielle Rußland ein und die selben inhaltslosen Versicherungen fortgesetzt wiederholt. Der Aufruf des Großfürsten wird demnächst das zweijährige Jubiläum seines Erlasses begehen, und trotz der verflossenen Zeit, die zur Ausarbeitung und zum Erlaß von Dutzenden von Verfassungsgesetzen genügt hätte, ist er immer ein toter Buchstabe geblieben. Die russische Regierung kann sich nicht einmal mit den Kriegereignissen entschuldigen, da die Verdrängung der Russen aus Kongreßpolen und Litauen erst ein Jahr nach dem Erlaß des Aufrufs erfolgt ist, und trotzdem ist es nicht dazu gekommen, eine Autonomie zu verleihen. Erst jetzt, nachdem die russischen Parlamentarier in allen Hauptstädten der verbündeten Staaten, die sie besucht haben, über Polen gefragt wurden, da die Diplomatie der Entente einen delikaten, aber ständigen Druck auf Rußland ausübt, indem sie es dazu bewegen will, sich mit der polnischen Frage zu befassen, gehen die Herren Stürmer und Sazonow daran, den Entwurf einer Autonomie auszuarbeiten, jedenfalls lassen sie einen solchen Entwurf durch Vermittlung ihrer Leibespreste ankündigen.

Dies ist freilich ein etwas verspätetes Handeln, da Rußland gegenwärtig nur noch einen Grenzstreifen der Lande der früheren polnischen Republik innehat, daher wird diese Autonomie nur „in partibus“ verpflichtet; wie sie aber sein kann, das wissen wir schon von dem Gesetz über die städtische Selbstverwaltung, dem einzigen politischen Akt aus der Kriegszeit, der sich auf die Polen bezieht. Eine solche Autonomie kann nur die

Karikatur einer Verfassung, ein gesetzgeberisches Fragment sein, welches die polnischen Bedürfnisse und die polnischen Bestrebungen in keiner Weise befriedigen wird. Man muß nämlich wissen, daß die russische Regierung, selbst wenn sie den guten Willen hätte, den polnischen Wünschen Rechnung zu tragen und Polen diejenigen Verfassungsfreiheiten zu verleihen, welche seinen geschichtlichen Überlieferungen und seiner politischen Kultur entsprechen, dies nur unter der Gefahr, sich den Zorn ihrer eigenen Volksgesamtheit zuzuziehen, tun kann. Das Tragische der polnisch-russischen Beziehungen besteht nämlich darin, daß ein mit Rußland verbundenes Polen nicht mehr Rechte und Freiheiten erhalten kann, als das eigentliche Rußland, Polen wird sich aber niemals mit den Freiheiten begnügen, welche die Bedürfnisse des russischen Volks befriedigen. Die Geschichte nach der Teilung lehrt uns, daß, so oft die polnischen Landesteile im russischen Teilgebiet in einem gewissen Umfang staatsrechtliche auf freiheitlichen Grundlagen beruhende Einrichtungen besaßen, alle Bemühungen der russischen Regierung darauf gerichtet waren, die polnische Verfassung aufzuheben, was eher oder später zu einem blutigen Konflikt führte. So war es im Jahre 1831, so im Jahre 1863.

Ist übrigens noch irgend jemand in Polen, der glauben würde, daß ein siegreiches und triumphierendes Rußland irgend welche Verpflichtungen gegenüber den Polen halten wird? Und wenn es sogar unter dem Druck Englands und Frankreichs Polen bedeutendere Zugeständnisse machen würde, wer wird ihre Dauer sicherstellen, wer kann sie sicherstellen? Ein 15 Millionen-Staat, dem Riesen einer Bevölkerung von 150 Millionen angegliedert, kann auf die Duldsamkeit und auf die Achtung seiner Rechte nicht rechnen, wenn er es mit der russischen Bürokratie und mit dem russischen Volke zu tun hat, welches sich unter so verschiedenen Verhältnissen entwickelt, welches in den Vorstellungen, Überlieferungen und Einrichtungen so verschieden ist. Rußland jedoch denkt nicht einmal daran, einen polnischen Staat zu schaffen, sondern es denkt nur an irgend eine Autonomie, die nach irgend einer Schablone zugeschnitten ist und die für die Polen eine neue Demütigung, eine Quelle neuer gefährlicher Konflikte zwischen beiden Nationen wäre. Allerdings haben die Mittelmächte Rußland die Lösung der polnischen Frage ungeheuer erleichtert, indem sie die Hauptgebiete des früheren Polens besetzt und aus ihnen das russische Tschinownikum, diesen giftigen Pilz, diesen Schmaröber seit einem halben Jahrhundert auf unseren Organismus vertrieben haben. Daher kann die russische Regierung sogar breit angelegte Umrisse einer polnischen Autonomie verkünden; sie ist nämlich sicher, daß diese ihre Pläne nicht werden verwirklicht werden. Da sie aber alle sich bietenden Möglichkeiten voraussetzt, bedingt sie sich feierlich aus, daß die polnische Frage eine innere russische Angelegenheit sei.

Wir kennen sehr wohl diese politische Doktrin „ad usum delphini“, welche die russische Diplomatie jedes Mal verkündete, wenn sich in Anbetracht der gar zu trassen in Polen verübten Gewalttaten in Europa schüchterne Stimmen des Protestes erhoben. Für Rußland war die polnische Frage eine innere Angelegenheit sogar schon auf dem Wiener Kongreß, noch mehr aber nach dem Feldzug 1831 und nach dem Aufstand 1863; und jetzt, da die Kriegereignisse den internationalen Charakter der polnischen Frage voll und ganz hervortreten lassen, hat Rußland, durch die Möglichkeit einer Intervention der eigenen Verbündeten in der polnischen Frage beunruhigt, wiederum zu der für seine heuchlerischen Pläne so bequemen diplomatischen Formel Zuflucht genommen. Nur ist gegenwärtig die Lage eine ganz andere, wie bei allen früheren Konflikten auf polnischer Basis. Rußland ist

nicht mehr der entscheidende Faktor, mit welchem der europäische Arcopag gewissenhaft rechnen mußte, da es sich nicht bei Kräften fühlt, seinen Willen durchzuführen. Gegenwärtig haben die Mittelmächte in dieser Frage die entscheidende Stimme, und ohne ihre Zustimmung wird keine Regelung der polnischen Verhältnisse eintreten; ihre Anschauungen in dieser Beziehung hat aber der deutsche Reichskanzler in seiner bekannten Rede dargelegt, in welcher er feierlich erklärte, daß die polnischen Provinzen in keinem Falle Rußland zurückgegeben werden würden.

Für wen bereitet also die russische Regierung ihre Autonomie vor, oder wen will sie vielmehr dadurch irreführen? Wahrscheinlich vor allem die mit ihr verbündeten Mächte, welche, den Wert der polnischen Frage unparteiisch beurteilend, von Rußland verlangen, daß es wenigstens seine in dem Aufruf des Großfürsten enthaltenen Versprechungen erfüllen möge. Sodann handelt es sich um diejenigen Polen, welche noch in Polen geblieben sind und sich, wie die Stimmen der dortigen Presse beweisen, den russischen Versprechungen in der polnischen Frage gegenüber immer skeptischer zu verhalten beginnen. Die Ankündigung einer Autonomie soll ihr Mißtrauen zerstreuen und ihre wachsende Unzufriedenheit beschwichtigen. Ob sie dies fertig bringen wird, daran darf man zweifeln. Wir verstehen die gegenwärtige Lage unserer Landsleute im russischen Teilgebiet, und wir wissen, daß man unmöglich von ihnen eine Kundgebung verlangen kann, die gegen Rußland gerichtet wäre; alles aber, was über die jetzige Haltung zu uns gelangt, läßt vermuten, daß sie Rußland gegenüber unmutig sind, daß sie seinen guten Absichten hinsichtlich der polnischen Frage keinen Glauben schenken. Das Verbot des „*Oziennik Petersburski*“ beweist, daß auch die russische Regierung die Gefühle der Polen so beurteilt.

Die von Stürmer und Sazonow angekündigte Autonomie wird keinen Teil der Polen anziehen und befriedigen, am wenigsten aber kann ihnen die Behandlung der polnischen Frage als einer inneren russischen Angelegenheit entsprechen. Die Polen haben diese politisch und geschichtlich falsche Theorie, die für sie ebenso demütigend, wie gefährlich war, niemals anerkannt; sie erkennen sie auch heute nicht an. Zum Glück für Polen und für Europa wird nicht Rußland über die polnische Frage als seine „innere“ Angelegenheit entscheiden, und nicht die russische Autonomie wird Polen zuteil werden. Seine bisherige bevorzugte Stellung in Polen verdankte Rußland nur der brutalen Übermacht, anders ist aber seine Bedeutung in der polnischen Frage heute, nachdem sein für die europäische Kultur so gefährliches Übergewicht so stark geschwächt worden ist.

Aus Nr. 197 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 18. Juli 1916.

Das neue Autonomieverprechen Sazonows.

Wir geben nachstehend im Auszug die wichtigsten Äußerungen der polnischen Presse über die neue Erklärung Sazonows, den Polen Autonomie zu gewähren, wieder:

„*Goniec Wieczorny*“ vom 18. Juli:

Wie man der „*Rossischen Zeitung*“ aus Stockholm berichtet, soll in diesen Tagen ein neuer russischer Ukas in der polnischen Frage veröffentlicht werden. Dieser Ukas zerfällt in drei Teile. In dem ersten wird vermerkt, daß die polnische Frage ausschließlich eine innere Angelegenheit ist, in dem zweiten Teile wird der Aufruf des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch aus dem Jahre 1914 wiederholt, in dem dritten wird vermerkt, daß die Krone ernstlich beschloßen hat, den Polen eine weitgehende Autonomie zu gewähren.

Und das ist alles.

„*Kurjer Polski*“ vom 14. Juli:

Dieser Ukas ist, wie wir oben bemerkt haben, bisher noch nicht veröffentlicht worden. Der oben genannte Korrespondent will jedoch aus ganz sicherer Quelle erfahren haben, daß noch im laufenden Monat die Veröffentlichung erfolgen wird. Es ist dies ein weiterer Schritt, der polnischen Frage die Färbung zu nehmen, welche ihr die Kriegsergebnisse gegeben haben. Heute ist die Lösung der polnischen Frage nicht mehr irgend jemandes innere Angelegenheit, und das weiß wohl mit Sicherheit die ganze Welt. Die polnische Frage ist bereits über die Grenzen einer Autonomie hinausgeschritten.

„*Kurjer Polski*“ vom 12. Juli:

Der Telegraph verbreitete durch die Welt, daß die russische Regierung beabsichtige, an die Lösung der polnischen Frage heranzutreten. Das Königreich soll eine wirkliche und wahrhaftige Autonomie erhalten, die sowohl seinem späteren politischen Leben als auch seiner gewerblichen und wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt ist.

Woher diese plötzliche Besorgtheit? Zwei Jahre sind seit der Verkündung des Aufrufes des Großfürsten her. Solange das Königreich sich im russischen Besitz befand, tat die russische Regierung nichts, was auf eine ehrliche Verwirklichung der Absichten dieses Aufrufes schließen ließe. Den Augenblick der Inbesitznahme Galiziens benutzte man dazu, dorthin Eulogius und seine Kumpane zu schicken. Das Versprechen der Autonomie kommt zu einer Zeit, in der das Königreich und die angrenzenden Provinzen durch das Heer der Zentralstaaten besetzt sind. Mit Recht bemerkt der Krakauer „*Czas*“, daß diese Autonomie nur die Karrikatur einer Verfassung sein könnte mit einem Gesetzgebungsprogramm, welches keinesfalls die polnischen Bedürfnisse und die polnischen Wünsche befriedigen würde. Denn selbst wenn die russische Regierung den guten Willen hätte, die polnischen Wünsche zu befriedigen und Polen solche verfassungsmäßigen Freiheiten zu geben, welche seiner historischen Tradition und politischen Kultur entsprechen würden, so würden sie dies nicht tun können, ohne sich den Ärger und Widerstand seitens der russischen Nation zuzuziehen.

„Darin liegt ja das Tragische der russisch-polnischen Verhältnisse, daß Polen verbunden mit Rußland niemals mehr Rechte und Freiheiten erlangen kann, als das eigentliche Rußland. Und es wird sich niemals mit den Freiheiten zufrieden geben, welche die Bedürfnisse der russischen Nation befriedigen. Die Geschichte nach der Teilung lehrt uns, daß, so oft die polnischen Gebiete unter russischer Herrschaft in gewissem Sinne staatsrechtliche, auf freierlichem Fuße aufgebaute Einrichtungen hatten, alle Bemühungen der russischen Regierung dahin gerichtet waren, die polnische Verfassung zu beseitigen, was früher oder später zu einem blutigen Konflikt geführt hat. So war es im Jahre 1831, so auch im Jahre 1863.“

Herr Sazonow läßt keine Gelegenheit vorüber, um zu betonen, daß die polnische Frage eine innere Angelegenheit Rußlands sei; es ist offenbar, daß sich die russische Regierung durch die Möglichkeit beunruhigt fühlt, daß die eigenen Bundesgenossen in der polnischen Frage intervenieren. Sie nehmen deshalb zu der alten diplomatischen Formel, die in den Jahren 1831 und 1863 angewendet worden ist, ihre Zuflucht. Glücklicherweise ist heute die Lage eine andere. Rußland wird bei dem Friedensschluß kein entscheidender Faktor sein. Die Erklärung des Grafen Tisza unterstreicht kräftig den internationalen Charakter der polnischen Frage. Die harten Geschehnisse des 19. Jahrhunderts haben uns gelehrt, was wir von dem Werte russischer Versprechungen und von der Dauer seiner Gnade zu halten haben. Der Druck und die Verfolgung haben

in den polnischen Seelen das heilige Feuer der großen politischen Ideale nicht erlöschen lassen. Es genügt eine Änderung der Verhältnisse und etwas Freiheit, dieses Feuer die ganze polnische Masse erfassen und entflammen zu lassen. Die Versprechungen der Petersburger Regierung werden heute in Polen niemanden mehr täuschen.

Aus Nr. 190 des Nowy Kurjer Łódzki (Łódź)
vom 14. Juli 1916.

Immer dasselbe.

Rußland beginnt schon wieder über Polen etwas vor sich herzumurmeln. Das passiert ihm während des Krieges selten, aber immer noch öfter, als vor dem Kriege. Sasonow verspricht uns wieder die Selbstverwaltung, eine wirkliche Selbstverwaltung; er versichert, indem er gleichzeitig „urbi et orbi“ verkündet, daß die polnische Frage eine innere Angelegenheit Rußlands sei.

Auf das polnische Volk macht dieser neue Zirkussprung des russischen Staatsmannes keinen Eindruck mehr. Die russischen Erklärungen voller Hinterlist und Heuchelei haben das an sich, daß sie sehr langweilig und eintönig sind und sich andauernd wiederholen. Es gibt wenig Leute in Polen, die die „russischen Versprechungen“ und die russischen Manifeste ernst nehmen und mit ihnen rechnen. Schlimm ist nur, daß diese Erklärungen ohne Rücksicht darauf, ob sie vom Zaren, von seinem Onkel oder von den Vertretern des allmächtigen Bureaukratismus herrühren, schon angehört haben, heiter und drollig zu klingen und durch ihre Gedankenlosigkeit geradezu zu langweilen beginnen und als Schlafmittel dienen können.

Wir haben uns schon an diese lauten und prahlenden russischen Aufrufe und Proklamationen so sehr gewöhnt, daß wir uns garnicht wundern würden, wenn Marja Teodorowna morgen im Namen ihres erlauchtesten Sohnes die Unabhängigkeit Polens proklamieren würde.

Nur eins gibt jedem gesunddenkenden Menschen zu denken. Sollte die russische Regierung sich wirklich nicht klar darüber sein, wie lächerlich sie sich vor Europa und der ganzen Welt macht, wenn sie andauernd Versprechungen und Pläne bekanntgibt, an die sie nicht nur selbst nicht glaubt, sondern über die die Diplomaten hinterwärts lachen und die die ganze polnische Nation vor aller Welt verhöhnt?

Wenn man die Psychologie der russischen Seele und insbesondere der russischen Bureaukratie nicht kennen würde, so könnte man annehmen, daß alle russischen Politiker und Staatsmänner Psychopathen, oder hinsichtlich ihres Geisteszustandes erblich belastete Leute sind.

Das Wesen dieses Ergusses der Versprechungen der Russen liegt aber wo anders. Der russischen Natur ist zynische Gemeinheit, gepaart mit wirklicher östlicher Heuchelei und Hinterlist eigen.

Peter der Große entbande mit Zynismus zum Wohle Polens nach der Republik seine Horden und unterhandelte mit August II. über die Teilung Polens. Katharina die Große drängte sich den Polen, um ihren Staat zu retten, als ihre Bürgin auf, förderte im Lande Anarchie, Zügellosigkeit und politische Demoralisation und vernichtete, um ebenfalls Polen zu erlösen, die Konstitution des 3. Mai. Alexander I. zerstörte im Namen der Menschlichkeit und aus Sympathie für die Polen das unabhängige Großherzogtum Warschau und riß es unter der Bezeichnung „Königreich Polen“ an sich. Die „slawische“ Liebe gebot seinem Bruder Nikolaus, Polen der Reste seiner Selbständigkeit und Freiheit vollends zu berauben.

Mit dem Ausbruch des europäischen Krieges erließ Nikolaus Nikolajewicz einen Aufruf an die Polen, entsandte, um Polen zu erlösen, Popen und Beamte nach Lemberg und stürmte die Mauern des „bedrückten“ Krakaus!

Und jetzt verhöhnt uns Sasonow dreist und vermessen, indem er Polen die Selbstverwaltung verspricht! Aber: rira bien, qui rira le dernier.

St. Lenartowicz.

Aus Nr. 160 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 15. Juli 1916.

In Erwartung von Erfüllungen.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die in Petersburg unter der Leitung des bekannten polnischen Politikers St. Rozicki und im Verlage des Grafen Broel-Plater erscheinende „Sprawa Polska“, das Organ der Nationaldemokratie in Rußland, in dem die hervorragendsten Theoretiker und Politiker wie Sigiemund Balicki, Roman Dmowski, Professor Stanislaus Grabski, Abgeordneter Johann Harusiewicz und viele andere ihre Artikel ständig zum Abdruck bringen, nachstehenden bemerkenswerten Aufsatz:

In einer Polenik mit den Ausführungen des Artikels der „Virz. Wied.“ unter der Überschrift: „Unverbrüchliche Versprechungen“, in welchen wir auf der Basis der Schilderung des gegenseitigen Verhältnisses Rußlands zu Polen nach dem Aufzählen einiger Tatsachen, die nicht in Taten, sondern in Worten ihren Ausdruck fanden, lesen, „daß eine solche logische Reihenfolge dieser Tatsachen von den Polen entsprechend gewürdigt und daß deshalb ihrerseits alles daran gesetzt werden wird, um mit Rußland bis zu einem glücklichen Ende dieses titanischen Ringens mitzuarbeiten“, schreibt die „Sprawa Polska“:

„Bedarf es denn noch der Beweise für diese Mitarbeit? Ist denn das Verhalten Rußlands gegenüber den Polen seit Kriegsbeginn ein solches, demgegenüber sich die „Virz. Wied.“ für berechtigt hält, von den Polen ihre Mitarbeit zu erhoffen, die Polen zu dieser Mitarbeit anzuregen?“

Das bundesgenössische Verhältnis der Polen zu Rußland seit den ersten Tagen der Kriegserklärung bedarf wohl keines Kommentars. Sowohl mit der Waffe in der Hand, als auch außerhalb des militärischen Dienstes, sowohl in den Grenzen des russischen Staates, als auch in dem von den feindlichen Truppen besetzten Teilen des Königreichs Polen — überall erbrachten und erbringen die Polen hierfür Beweise. Das Verhältnis der russischen Politik zu Polen aber ist gekennzeichnet durch eine logische Reihenfolge aufeinanderfolgenden Handlungen. Diese Logik konnte nicht eine Ursache der Anregung, sondern leider eher der Entmutigung der Polen sein.

Ankündigungen, Versprechungen, Mitgefühl und die Anerkennung guten Willens... Und weiter nichts. Keine Tatsache, kein Beweis dafür, daß diese guten Absichten aufrichtig sind. Nichts, was darauf deuten würde, daß diese Versprechungen nicht nur leere Worte sind, sondern daß Rußland in der Tat an ihre Verwirklichung denkt und entsprechende, wenn auch nur einleitende Vorbereitungen trifft.

Im Gegenteil, es sind sogar entgegengesetzte Erscheinungen zu vermerken. Trotz der angekündigten Selbstverwaltung für das Königreich Polen, werden nicht nur weiterhin die aus dem Königreich Polen evakuierten Dienststellen beibehalten, sondern es haben schon während des Krieges Ernennungen von neuen russischen Beamten für verschiedene Ämter in den Gouvernements des Königreichs stattgefunden. Solche

Tatsachen können in uns nicht den Glauben befestigen und die Hoffnung aufrechterhalten, daß für das polnische Volk wirklich die Morgenröte eines neuen Lebens anbricht.

Versprechungen sind Versprechungen nicht gleich. Diejenigen, die, wenn sie auch nicht von der Höhe des Throns selbst kommen, so doch mit Genehmigung des Monarchen gegeben und später ausdrücklich auf seinen Befehl bestätigt wurden, sollten jeden Zweifel ausschließen. Aber unseren Glauben an die Allerhöchsten Versprechungen und Worte sucht die Regierung und hier und dort auch die russische Volksgesamtheit zu untergraben. Hatte doch das Allerhöchste Toleranz-Edikt vom 17. April 1905 keine Entscheidung in der religiösen Frage gebracht, wie dies im ersten Augenblick scheinen konnte. Eine Anzahl von Verordnungen auf dem Verwaltungswege in zahlreichen konfessionellen Fragen waren imstande, den Inhalt und die Bedeutung dieser Allerhöchsten Verordnungen bedeutungslos zu machen.

Ein unbedingtes Versprechen ist, vorausgesetzt, daß es von glaubwürdiger Seite gegeben ist, hundertmal mehr wert, als ein bedingtes Versprechen, dessen Erfüllung von nebensächlichen Umständen abhängig gemacht wird. Aus dem erwähnten Artikel der „Virz. Wied.“ erfahren wir, daß die in der letzten Zeit den Polen gegebenen Versprechungen für umso glaubhafter gehalten werden sollten, als sie Rußland freiwillig und nicht unter dem Einfluß der Notwendigkeit, die Polen für sich zu gewinnen, gibt, „denn der Gegner hat in der letzten Zeit seinerseits nichts besonderes unternommen, was die Polen auf seine Seite hinüberziehen würde.“

Sollte die „Virz. Wied.“ annehmen, daß man zur Erfüllung von Versprechungen durch den Feind gezwungen werden muß? Eine solche Stellung der Frage seitens der „Virz. Wied.“, dieser eventl. von dem Blatt zugegebene Zwang, ist sicherlich kein Beweis eines breiten politischen Gedankens.

Überdies deuten auch die Konzessionen, die Preußen den Polen gemacht hat, die russischen Politiker auf ihre Art. Sie behaupten, daß die Eröffnung der Universität in Warschau und die Freiheiten auf dem Gebiete der Religion und der Sprache eine Befriedigung untergeordneter Aspirationen der Polen, daß sie ein Linsengericht seien, von dem zu reden es sich nicht verlohne. Sie vergessen aber, daß dieses Linsengericht die russische Regierung den Polen nicht im Laufe der 11 Monate zu verabreichen sich entschließen konnte, die seit dem Erlaß des Aufrufs des Großfürsten bis zur Einnahme Warschaws durch die deutschen Truppen vergangen sind. Sie überlegen sich ferner nicht, daß, insoweit für die Politiker nur das Problem des allgemeinen Staatsorganismus von erstklassiger Bedeutung ist, freiheitliche Fragen auf dem Gebiete der Konfession, der Schule und der Sprache für die Massen des Volkes durchaus nicht untergeordnet sind, weil sie die Hauptgrundlagen der nationalen Existenz bilden.

Während die preußische Regierung diese untergeordneten Konzessionen unverzüglich nach der Einnahme des Königreichs Polen machte, denkt die russische Regierung bis heute nicht an eine Aufhebung der Einschränkungen, die für die Polen in Litauen und in Rotrußland und hier und dort auch im ganzen Zarenreich gelten. Sie will nicht diejenigen rechtlich gleich stellen, die sie Brüder nennt und von denen sie möglichst große Anstrengungen in diesem titanischen Kampf für Rußland erhofft.

Indem wir das alles zusammenfassen, müssen wir leider zu anderen Schlüssen, als die „Virz. Wied.“ in ihrem Artikel vom 25. Mai d. J., kommen.

Der „Dziennik Kijowski“, der diese Ausführungen wiedergibt, setzt seinerseits hinzu:

„Die obigen Worte bedürfen keines Kommentars und keiner Ergänzung. Wir geben sie als Ausdruck der Überzeugung desjenigen Lagers wieder, das mit eiserner Konsequenz das sich einmal gestellte Ziel verfolgt und deshalb nicht beschuldigt werden kann, infolge Gereiztheit das Gleichgewicht verloren zu haben.“

Wir unsererseits können hinzufügen, daß die Ausführungen der „Sprawa Polska“ sehr bezeichnend sind. Denn sie stammen aus einem Lager, das die Erlösung Polens im Zusammenhang mit der Koalition und in der Anlehnung an Rußland erblickt. Wenn man berücksichtigt, daß diesen Artikel ein in Petersburg erscheinendes Blatt veröffentlicht hat, das der Zensur untersteht, so kann man leicht den Schluß ziehen, wie wenig an die Aufrichtigkeit der russischen Versprechungen sogar diejenigen glauben, die die politischen Gegner als unverbesserliche Russenfreunde verschrien haben.

Aus Nr. 46 des Kraj (Lissa)

vom 14. Juli 1916.

Den Neutralisten.

Über die Frage der Gestaltung des zukünftigen Schicksals der früher unter russischer Herrschaft stehenden polnischen Lande verkünden die Neutralisten in Lausanne und anderwärts die Nachricht, daß, unabhängig von Rußland und seinem Programm, unzweifelhaft auch in der englischen, französischen und italienischen Meinung der Gedanke von der Notwendigkeit der Schaffung eines selbstständigen politischen Organismus aus Polen immer mehr Anhänger gewinne.

Das verbreiten die Neutralisten wohl wider besseres Wissen. Wenn sie nur das berücksichtigen wollten, was in der letzten Zeit die Presse angeführt hat, so sollten sie doch eine andere Vorstellung von der Wirklichkeit der Verhältnisse gewinnen.

Man wird deshalb die Stimmen der Entente-meinung bekannt geben müssen.

Die englische Tageszeitung „South Wales Daily Post“ hebt hervor, daß Rußland niemals mit der Unabhängigkeit Polens einverstanden sein werde, da der Augenblick dieses Zugeständnisses das Ende des Bestehens des russischen Zarentums wäre. Rußland werde niemals den Finnen, Litauern, Polen, Letten und den kaukasischen Völkern die Unabhängigkeit geben.

So hat uns denn dieses englische Blatt auf eine Stufe gestellt mit den kaukasischen Völkerschaften.

Im „Daily Telegraph“ erklärt Herr Pares in einer Korrespondenz aus Petersburg, indem er das Schicksal Polens erörtert: „Die Polen haben zwar alle Rechte, die Unabhängigkeit zu verlangen, diese Unabhängigkeit ist jedoch „unmöglich.“

Und weiter:

„Das Wiedergewinnen Polens aus den Händen der Deutschen kann nur das Werk der russischen Armee sein, und wenn das Wiedergewinnen Polens Rußland zufällt, so fällt auch diesem Lande nur das Recht zu, die Polen zu vereinigen. Die polnische Frage wird durch Rußland einzig und allein im Sinne seiner Interessen traktiert werden.“

Die Situation wird immer klarer. Für uns ist nichts nützlicher und notwendiger, als ein genaues Verstehen der uns feindlichen politischen Gestaltung.

Die Gestaltung Rußlands wird augenscheinlich nichts ändern, auch kein Friedenskongreß, denn es wird wohl keinen geben. Wenn er aber stattfinden sollte, könnte dann wohl jemand annehmen, daß England, Frankreich und Italien das siegreiche Rußland zwingen würden, das Königreich Polen als Staat wiederaufzubauen?

Der Bundesgenosse Rußlands muß einzig und allein mit Rußlands Interesse einverstanden sein — und deshalb kann er nicht unsere Postulate unter-

stügen. Alle Bahn-Gebilde sind, nach dieser Richtung hin, objektiv gesagt, eine unerhörte politische Dummheit.

Die Hauptsache ist: Wir haben nicht nur kein Vertrauen zu Rußland, sondern wir wissen, daß es zugleich mit der Entente geschlagen ist.

Wir stehen auf der Seite der Zentralmächte, namentlich auf der Seite Deutschlands — und sind überzeugt, daß im Interesse des Reiches das polnische Reich gegen Rußland aufgerichtet werden wird. Schließlich vertrauen wir den feierlichen Versprechungen des Monarchen und seines Kanzlers.

Aus Nr. 158 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 13. Juli 1916.

Einen historischen Rückblick über

Die Bemühungen in Sachen der Lebensmittelzufuhr nach dem Königreich Polen

gibt in dem in Moskau erscheinenden „Echo Polskie“ das Mitglied des Zentralbürgerkomitees, Graf Wlad. Sobanski, der diese Aktion geleitet hat. Wir lesen dort u. a.:

„Dank der Zuvorkommenheit des Grafen W. Sobanski, der sich in Sachen der Lebensmittelzufuhr nach Polen an der Hilfsaktion im Ausland beteiligt hat und in diesen Tagen nach Moskau zurückgekehrt ist, können wir den Lesern des „Echo Polskie“ authentische Informationen über den Verlauf und über den heutigen Stand dieser Angelegenheit erteilen, einer Angelegenheit, deren Bedeutung nicht nur für Polen selbst, sondern auch für das Verhältnis der Koalition, der Mittelmächte, der Vereinigten Staaten und der neutralen Länder zu Polen aktuell ist.

Nachdem dank den Bemühungen der Grafen Siegismund und Wladislaus Wielopolski, des Barons Kronenberg und des Herrn E. Dobiecki die russische Regierung in Sachen der Verproviantierung des Königreichs Polens unter der Bedingung ihre Unterstützung zugesagt hatte, daß das erforderliche Getreide nicht aus Rußland ausgeführt und die Aktion einen rein privaten Charakter haben werde, wurden die Herren R. Dmowski, M. Zamojski und Graf K. Plater beauftragt, die entsprechenden Schritte nach dieser Richtung hin in London zu unternehmen. Anfangs nahm die englische Regierung eine ablehnende Haltung ein, indem sie von der Voraussetzung ausging, daß die Bereitstellung von Lebensmitteln für die polnische Bevölkerung Aufgabe der Okkupationsbehörden ist und daß jede Hilfe von außen unmittelbar dazu beiträgt, den Gegner zu unterstützen.

Gleichwohl haben die Berichte der amerikanischen Delegierten über ihre Reise im Königreich Polen und die öffentliche Meinung der amerikanischen und der englischen Volksgesamtheit die Regierung in London veranlaßt, ihren anfangs eingenommenen Standpunkt zu ändern. Lord Robert Cecil erklärte im Namen seiner Regierung dem Herrn Dmowski und Grafen Plater, daß er im Prinzip mit der Verproviantierung des Königreichs Polen durch die amerikanische Kommission einverstanden sei. Die Kommission aber hatte schon vorher von den Okkupationsbehörden die Erlaubnis erwirkt, Lebensmittel für Warschau, Lodz, Gzenstochau, Wilna, Kowno und Biala einführen zu dürfen. Ein diesbezügliches Protokoll hat im Namen der deutschen Okkupationsbehörden Oberst Schalk in Brüssel am 11. Juli unterzeichnet.

Die englische Regierung verlangte gleichwohl eine offizielle Erlaubnis und Äußerung in dieser Angelegenheit von Seiten Rußlands.

Unabhängig von dieser Aktion entsandte das Zentralfürsorgekomitee in Petersburg die Herren

E. Dobiecki und St. Wojciechowski und der Rat für Versammlungen in Moskau den Grafen W. Sobanski nach Stockholm mit dem Auftrage, in Schweden, wenn auch nur eine geringe Menge Lebensmittel für Polen sicherzustellen. Im Falle sich England mit der Zufuhr von Proviant aus den Vereinigten Staaten einverstanden erklären würde, sollte die Form des Transports von Lebensmitteln aus Schweden nur den Charakter eines Darlehns haben, dessen Rückzahlung aus der amerikanischen Zufuhr sichergestellt werden sollte. Die schwedische Regierung erklärte sich durch ihren Minister für äußere Angelegenheiten, Wallenberg, unter diesen Bedingungen bereit, etwas Lebensmittel abzugeben, wiewohl sie ungern, auch nur vorübergehend, ihre Getreidevorräte vermindert.

Am 19. April teilte der russische Gesandte in Stockholm, Niekludow, der polnischen Delegation mit, daß Rußland mit den englischen Vorschlägen in Sachen der Versorgung des Königreichs Polens mit Nahrungsmitteln einverstanden sei. In Anbetracht der nach dieser Tatsache erfolgten Konzentrierung der ganzen Tätigkeit in England fuhr Graf Sobanski nach London, um hier möglichst rasch die Angelegenheit zu erledigen. Zusammen mit dem Grafen K. Plater erhielt er hier vom Lord Cecil die Mitteilung, daß der Widerstand im Schoße der englischen Regierung aus militärischen Kreisen herrühre; die mit Rücksicht auf die Exaktheit der Blockade und die mit ihr verbundenen Kriegsziele sich gegen die Einfuhr von Getreide aus Amerika nach dem Königreich Polen ausgesprochen hätten. Das veranlaßte den Grafen Sobanski, dem Kriegsminister, Lord Kitchen, das tragische Los Polens zu schildern und ihm gegenüber die Hoffnungen, die das Königreich Polen in die englische Regierung setzt, zum Ausdruck zu bringen. Das Ergebnis war, daß Lord Kitchen die Frage, trotz der erheblichen Schwierigkeiten militärischer Natur, wohlwollend zu prüfen versprach.

Eine Woche später teilte Lord Cecil denn auch wirklich dem Grafen Wielopolski und das Kriegsministerium dem Grafen W. Sobanski mit, daß sich die englische Regierung unter gewissen Bedingungen mit den amerikanischen Vorschlägen einverstanden erklärt habe. Der König und die Königin von England haben beim Empfang der Deputierten der russischen Kammern den Abgeordneten Wielopolski und Raczkowski gegenüber ihre Genugtuung dafür, daß alle Schwierigkeiten auf Seiten der Koalition in Sachen der Verproviantierung des Königreichs Polen beseitigt worden sind, zum Ausdruck gebracht. Am 12. Mai übergab Lord Cecil dem Grafen W. Sobanski die offiziellen Bedingungen Englands auf die amerikanischen Vorschläge. Der durch Vermittelung des amerikanischen Botschafters hiervon benachrichtigte Delegierte der Rockefeller-Fundation, Warwick Green, reiste mit dem Grafen Sobanski nach Stockholm, um hier, sobald sich Österreich-Ungarn und Deutschland mit den englischen Vorschlägen einverstanden erklärt haben würden, möglichst rasch eine Sendung von Lebensmitteln bereitzustellen. Der Delegierte Donowan fuhr, um die Genehmigung von diesen beiden Staaten zu erwirken, nach Brüssel und Berlin.

Infolge der Intervention des Grafen Sobanski auf der Rückfahrt in Christiania durch den russischen Gesandten Gultiewicz erklärte sich die norwegische Regierung bereit, der amerikanischen Kommission für das Königreich Polen 4000 Tonnen Getreide oder Mehl zu leihen, wiewohl Norwegen selbst nur aus der Einfuhr lebt und der Gefahr des Hungertums ausgesetzt ist.

In Stockholm trat inzwischen am 31. Mai durch Vermittelung der amerikanischen Kommission die offizielle Antwort der deutschen Regierung ein. Die englische Regierung verlangte u. a., daß sich nicht nur Deutschland, sondern auch Österreich-Ungarn

verpflichten sollte, aus ganz Polen Lebensmittel irgend welcher Art nicht auszuführen und daß, falls im südlichen österreichischen Okkupationsgebiet sich ein Überschuß in der Produktion ergeben sollte, dieser ausschließlich für die Verproviantierung des nördlichen Teils des Königreichs Polen verwandt werden müßte. 24 Stunden später machte der amerikanische Botschafter in Berlin der Delegation in Stockholm von weiteren Zugeständnissen seitens der deutschen Regierung Mitteilung. In der Konferenz des Botschafters mit den Vertretern der Regierung gab letztere neue Bedingungen des Inhalts bekannt, daß Österreich seinerseits sich besonders der amerikanischen Kommission gegenüber mit den englischen Vorschlägen einverstanden erklären sollte, und daß die Bedingung betreffend die Ausschließung der Polizei im besetzten Gebiet von der Verproviantierung infolge der Unmöglichkeit, sie mit Lebensmitteln aus den Kriegsvorräten zu versehen, gestrichen werden sollten.

In Anbetracht des Umstandes, daß bezüglich dieser Punkte die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Mittelmächten auf einem, uns nicht zugänglichen Gebiet, nämlich in Berlin stattfinden, erachtete Graf Sobanski seine Mission als erledigt und kehrte über Petersburg nach Moskau zurück. Herr E. Dobiecki dagegen verblieb noch in Stockholm, um möglichst in Fühlung mit den einzelnen Stellen in dieser Angelegenheit zu bleiben. Über die Frage der Übersendung der vom Zentralfürsorgekomitee von privaten Personen aufgebrachten Geldmittel nach dem Königreich Polen wird gegenwärtig in Petersburg beraten. Die russische Regierung hat sich grundsätzlich mit der Übersendung von privaten Mitteln nach dem Königreich Polen einverstanden erklärt und es ist Hoffnung vorhanden, daß die weiteren Bemühungen nach dieser Richtung hin von Erfolg gekrönt sein werden.

Soviel die Information des „Echo Polskie“. Uns ist auch schon das endgültige Ergebnis dieser Bemühungen bekannt. Bekanntlich sind sie alle gescheitert, weil die englische Regierung Bedingungen gestellt hat, die für die Mittelmächte uneinnehmbar waren.

Aus Nr. 161 des Dziennik Kujawski (Gohensalza)
vom 16. Juli 1916.

Ein neues polnisches Blatt in Petersburg.

Vom 1. Juli ab erscheint in Petersburg ein neues polnisches Blatt betitelt: „Kurjer Nowy.“ Der „Kurjer Nowy“ erscheint anstelle des am 3. Juni eingegangenen „Dziennik Petrogradzki“ und unterscheidet sich von diesem nur durch einen anderen Namen.

Aus Nr. 44 des Kraj (Lissa)
vom 12. Juli 1916.

Um die nationale Einigkeit.

(Gefürzt.)

„Der „Przeglad Powojenny“ (Krakau) veröffentlicht unter obiger Spitzmarke in der letzten Juni-Nummer aktuelle Betrachtungen. Es verlohnt sich, sie kennen zu lernen, wenn auch bemerkt werden muß, daß die Ansichten der Polen in Preußen nicht so dargestellt sind, wie sie tatsächlich sind, was auf unzulänglicher Information beruht.“

Wenn in diesem Augenblicke irgend ein Pole es verstehen würde, in seine Volksgefamtheit Einigkeit hineinzutragen, dann würde er ein großer Wohltäter des Volkes, ein wahrer Vater des Vaterlandes werden. Es wäre das der größte Verdienst, ein Verdienst über alle Verdienste, den sich ein Pole in dieser schweren Zeit erwerben kann. Möge es sein, wer es wolle, ein Königreichler, ein Posener oder ein Galizier, ein Aristokrat oder ein Demokrat, wenn er es nur fertig brächte, ganz Polen im Geiste zu vereinigen.

Das ist keine leichte Sache. In Polen war es im Allgemeinen schwer um die Einigkeit. Das ist aber nur ein halbes Unglück. In entscheidenden Momenten ist die Uneinigkeit bei uns häufig geschwunden. Zum mindesten war es so ruhig, daß sie aufhörte, schädlich zu sein. Wenn wir heute allein wären, dann wären wir sicherlich im Geiste vereinigt.

Wir sind aber nicht allein. Seit der Teilung Polens leben wir unter drei Staaten. Wir befinden uns unter dem mächtigen Einflusse dreier verschiedener Staatsgebilde. Begonnen bei der Schule, aufgehört beim Gesetz, überall ist alles anders. Was Wunder, daß das Ergebnis dieser drei verschiedenen Systeme — auch drei verschiedene polnische Typen sind.

Die Polen begannen sich gegenseitig dafür zu bekämpfen, wofür man keinem bei ihnen die Schuld beimessen kann; der eine bekämpfte in dem anderen das, was die Eigentümlichkeit Österreichs, Preußens oder Rußlands war.

Man vertraute immer, daß trotz allem, wenn der große Augenblick kommt, in dem die Kordons fallen werden, der Bruder dem Bruder in die Arme fallen werde. Und der Augenblick ist nun da. Aber niemand fällt dem anderen in die Arme. Ganze Berge von neuen Mißverständnissen, die mit dem gegenwärtigen Krieg verbunden sind, trennen heute die Gebietsteile von einander. Die Fälle sind allzu neu, als daß es nötig wäre, eine umfangreichere Charakteristik der Situation zu geben. Es genügt hervorzuheben, daß das Wesen des Mißverständnisses in zwei sich gegenüberliegenden Ansichten über die Rolle der Polen im gegenwärtigen Kriege steckt. Die eine Ansicht erklärt sich für die aktive Politik, die andere für die passive. Die aktive Politik haben die Polen des österreichischen Teilgebietes in die Wege geleitet, indem sie die Legionen und das oberste Nationalkomitee geschaffen haben; die passive Politik verkünden die beiden anderen Gebietsteile.

(An dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß die überwiegende Mehrzahl der Presse und der Politiker, insbesondere Schlesiens und Westpreußens, aber auch des Großherzogtums, den Beweis erbracht hat, daß sie positive Politik nicht treiben will. Augenscheinlich weiß Galizien zu wenig davon. — Die Redaktion.)

„Das Großherzogtum ist passiv.“ Und was bleibt nun, so fragen wir, dem Großherzogtum anderes zu tun übrig? Es gibt dem preussischen Staate reichlich und loyal seine Abgabe an Gut und Blut; jeder reale Kontakt mit der Politik der anderen Gebietsteile ist völlig unmöglich.

Auch hier geben wir Vorbehalte wieder. Der geehrte Verfasser führt nur die Meinung einer gewissen Gruppe an, die sich den Anschein geben will, als ob sie im Namen der ganzen Volksgefamtheit sprechen würde.

„Das Königreich ist passiv, Warschau schweigt, das Episkopat des Königreichs ist unpatriotisch!“ — Sonderbare Vorwürfe! Konnte denn diese Hölle von Qualen, die bis zum Ende des Menschen dauern, die ein ganzes Jahrhundert anhalten, die das Königreich für seine Freiheitsbewegung durchgekostet hat, dem polnischen Gedächtnis entschwenden. Warschau schweigt? Verfäht denn Warschau nicht sehr verständig, wenn es der Aufklärung entgegengeht, wenn es national fortschreitet, z. B. mit Hilfe der Jubiläen, wenn es die moralischen und wirtschaftlichen Kräfte des Königreichs hebt! Und das Episkopat? Wissen denn nicht alle, daß das polnische Volk im Königreich zur bedeutenden Mehrheit durch die russische Perfidie von dem Volke so abgeteilt ist, daß es heute nichts mehr von Polen hören will, daß es jeden Geistlichen abstößt, der mit der nationalen Aufklärung mitgeht, und sich so von der Kirche und von Gott lossagt!

(Das Königreich ist nicht gänzlich passiv; es sandte von Anbeginn die Jugend in die Legionen. Das

Königreich tritt heute schon aktiv auf, in dem es sich um eine Verständigung mit den Mittelmächten bemüht. — Die Redaktion.)

Es ist auf keinen Fall erlaubt, seine Ansichten, und wären es auch die erhabensten, den veränderten Existenzbedingungen aufzudrängen. Jegliche Gelegenheit, jegliche Last des Empfindens sind ein Fehler, der sich sofort an jedem Worte, das vollbracht werden soll, rächt. Die erste Lebensklugheit ist, die Sachen so zu nehmen, wie sie sind.

Es ist gewiß, daß das Lager der passiven Politik nicht einmütig ist, daß diese Passivität nicht allein den Verhältnissen des Gebietsteiles entspringt, sondern anderen Beweggründen. Es befinden sich in diesem Lager die verschiedensten Kategorien Vorsichtiger, Erschöpfter, Unlustiger, die verschiedensten Pessimisten. Man kann diese Kategorien nicht anerkennen, und trotzdem muß man mit den tatsächlichen Verhältnissen der Gebietsteile rechnen — zum mindesten aber mit den Lebensverhältnissen, wenn die Grenzen der Gebietsteile in irgend einer Hinsicht aufhören sollten, in dieser Frage ihre Bedeutung zu haben. Dasselbe Maß müssen wir auch der aktiven Politik Galiziens anpassen.

Zuerst die Logik der vollbrachten Tatsachen. Verstehen diejenigen, die hinsichtlich der aktiven Politik Galiziens Opposition treiben, denn nicht, daß diese Opposition eitel und nutzlos sein muß? Denn die einmal begonnene Aktion muß fortschreiten, und das im Namen des nationalen Wohles.

In das Werk gesetzt wurde diese aktive Politik deshalb, weil es so sein mußte, denn es waren die Lebensbedingungen danach. Diese Bedingungen sind: das konstitutionelle nationale Leben. Die politische Freiheit und das nationale Ideal und die ganze Erziehung, welche das Haus, die Schule und die Kirche gaben, das alles drängte mit Macht die jugendlichen Seelen zur aktiven Vaterlandsliebe in des Wortes wahrster Bedeutung. In diesem Geiste wirkt auf die Vorstellung und Herzen die ganze nationale Poesie und Literatur, auf die Gesinnung dagegen die Geschichte nach der Teilung und die ganze politische polnische Ideologie. Das alles drängte zur aktiven Vaterlandsliebe, zum Kampfe für das Vaterland, und zwar zum Kampfe auf der antirussischen Front. Daß sich die Polen der anderen Gebietsteile zu dieser ganzen Psychologie nicht bekennen können, daß wußte man längst. Also auch in der aktiven Politik muß man Galizien Billigkeit zugestehen.

Wo bleibt in diesem Falle die nationale Einigkeit?

Die nationale Einigkeit wird darin liegen, daß der eine Gebietsteil den andern schätzen wird. Das wird die Einigkeit im Herzen und im Verstande sein — und das ist die stärkste Einigkeit. Wenn wir alle verstehen werden, das uns Ursachen, die nicht von uns abhängen, auf verschiedenen Wegen zu demselben Ziele führen, dann werden wir uns zusammengefunden haben.

Auf welche Weise, durch welche Mittel, das wird das Leben selbst entscheiden. Heute schon kann man eine gewisse Koordination dieser verschiedenen Wege, die zu dem gemeinsamen Ziele führen, feststellen. Ein Beispiel: Die aktive Politik Galiziens bereitet den anderen Gebietsteilen keinen Schaden, denn Galizien trägt für sie selbst die Verantwortung — in jedem Falle aber ist sie von Vorteil.

Die gegenseitige Verständigung macht es, daß die gegenseitige Annäherung immer häufiger wird. Heute schon kann man allein durch die Kraft der inneren Vorkommnisse eine gewisse Änderung zum Besseren feststellen.

Die Arbeit nach der Richtung einer solchen Einigkeit erachten wir heute für die wichtigste Aktion in Polen. Es wäre Aufgabe der Presse und der neuen Organisationen, die zu diesem Zwecke entstehen müßten, die Mißverständnisse der Gebietsteile zu beseitigen und

die nationale Einigkeit und die Gemeinsamkeit der Arbeit da einzuführen, wo das, außerhalb des Rahmens der Verschiedenheiten der Gebietsteile, möglich ist. Und möglich ist solches auf so manchem Gebiete.

Weil aber eine solche Aktion nicht nur eine Aktion der Vaterlandsliebe, sondern eine solche der Christenliebe ist, so würde sich zugleich mit ihr auch ein dankbares Arbeitsfeld vor allen Dingen für die Geistlichkeit eröffnen.

Geistlicher J. Pawelski.

Aus Nr. 343 des Goniec (Warschau)
vom 11. Juli 1916.

Nach einmal der Nationalitätenkongreß in Lausanne.

Die Teilnahme der Polen an dem Nationalitätenkongreß hatte Gegner sowohl im russenfreundlichen, als auch im österreichfreundlichen Lager, und zwar im Obersten Nationalkomitee.

Der Standpunkt der Russenfreunde ist verständlich. Sie möchten die polnische Sache dem Bierverband dienstbar machen. Von allen Staaten des Bierverbands braucht am meisten England eine Ideologie für den gegenwärtigen Krieg. England ist der Krämer, der die Feuersbrunst entzündet hat, um seinem Konkurrenten zu schaden, der es durch seine Organisationsfähigkeiten sowie seine biologische Kraft überragt. England hat es, um den Krieg unter den breiten Kreisen der englischen Volksgemeinschaft, namentlich unter den Radikalen, volkstümlich zu machen, nötig, in heuchlerischer Weise den Mantel eines Beschützers der bedrückten Völker umzuhängen.

Frankreich glaubt, daß es das bedrückte Elsaß verteidigt, Rußland — die „Russen in Galizien“. Die Belgier, deren Schicksal mit England verbunden ist, sind hier gern seine Helfer in der internationalen Aktion. Zur Hineinziehung Italiens in den Krieg trug nicht nur das Gold Frankreichs und Englands, sondern auch die Agitation der Belgier bei.

Unter dem Protektorat Englands, aber mit hauptsächlichlicher Unterstützung seitens der Belgier bildete sich in London das „Internationale Komitee“ zur Verteidigung der Interessen Belgiens, Serbiens und Polens. Unsere Russenfreunde: Dmowski, Pilsz, Seyda werden ihre Finger hineinmischen; für Pilsz und Dmowski wird dies sogar eine Quelle neuer Einkünfte sein. Unsere staatlichen Interessen stehen zu den Interessen der Belgier und Serben im Gegensatz.

Wir Abgeordnete polnischer Organisationen ließen uns in die belgisch-französischen-englischen Netze nicht hineinlocken.

Vorsitzender des Nationalitätenkongresses war Ottlet, der Schöpfer und Leiter vieler Kulturinstitute in Belgien, gegenwärtig politischer Emigrant, eine in der französischen Schweiz und in Frankreich sehr volkstümliche Persönlichkeit. Den Vorsitz auf dem Kongresse hätten die Abgeordneten Polens übertragen bekommen und in die Hände Herrn Kempickis legen können. Aber wir haben beschlossen, uns an dem Vorsitz nicht zu beteiligen, denn wir wollten die Hände frei haben und waren bereit, den Kongreß zu verlassen, wenn er einen Charakter angenommen hätte, der mit der polnischen Staatsraison, deren russenfeindliche Front das gemeinsame Dogma aller politischen Abgeordneten aus Warschau ist, in Widerspruch gewesen wäre.

Als der Vorsitzende des Kongresses Herr Ottlet in seiner Begrüßungsansprache sagte, daß die Polen unter dem Einfluß des Manifestes des Großfürsten zu neuem Leben zu erwachen begriffen seien, erhob die polnische Abordnung sofort den tatkräftigen Einspruch: „Non!“ Dieser selbe Einspruch wiederholte sich, als der selbe Ottlet sagte, daß der Sieg des Bierverbands der Sieg

des Nationalitätengrundsatzes sei. Der polnische Einspruch wurde durch den Telegraphen in der ganzen internationalen Presse verbreitet, er wurde von den offiziellen Agenten der verschiedenen Staaten den Regierungen dieser Staaten übermittelt.

„Die Polen gegen Rußland“ — das wurde schon beim Beginn des Kongresses bekannt. Die Polen, die Führer der von Rußland unterworfenen Völker, das kennzeichnete den Kongreß. Keins der Völker, welche mit uns unser gemeinsames geschichtliches Land bewohnen, hat gegen uns Rekrimationen erhoben.

In einer glänzenden Ansprache über die geschichtliche Rolle Israels sprach der Vertreter der Juden, ein bekannter Gelehrter in Genf, wie vor Jahrhunderten das Bestehen Israels bedroht gewesen sei; Fanatismus, Verfolgungen hätten ihm nachgesetzt; Polen habe durch seine Gastfreundschaft und Duldung das Dasein Israels gerettet. In Polen seien seine theologischen Akademien entstanden, in welchen es den Faden seines Gedankens weiter spinnen konnte. Israel fühle sich Polen gegenüber verbunden und wünsche seine staatliche Existenz, seine politische Auferstehung. Das war eine der besten Reden auf dem Kongreß. Nach ihr erklärte Lempicki, daß wir unseren Überlieferungen der Duldsamkeit und Freiheit gegenüber den mit uns zusammenwohnenden Völkern nicht untreu werden dürfen; wir verständen die Rechte der Juden zu achten, wir würden ihnen bürgerliche Gleichberechtigung geben. Dies war ein sehr wichtiger Akt angesichts der Einflüsse der Juden auf die internationale Presse und auf das internationale Kapital. Zum ersten Mal während des Krieges erklärte Warschau vor dem internationalen Forum, daß die polnische Frage gegenüber den Juden nicht eine Fortsetzung der russischen Frage sei.

Nach der Rede des Abgeordneten der Litauer ergriff ich das Wort und sagte, ich sei Litauer, ich sei zugleich auch Pole, ich stamme aus dem Lande, genannt Litauen.

Daß die Finnen, Litauer, Weißrussen, Polen, Ukrainer, Georgier und Tscherkessen sagten, sie sähen nur in einer Losreißung von Rußland für sich die Möglichkeit einer Existenz und Entwicklung, hatte internationale Bedeutung. Sagten dies doch diejenigen, deren Gebiet schon besetzt ist oder an den Kriegsschauplatz grenzt.

Die Referate der Finnen und Georgier werden wir bringen, sobald sie nur in Warschau eintreffen.

Die Rede Lempickis werden wir „in extenso“ wiedergeben; sie war die Geschichte der Unbilden eines großen geschichtlichen Volks, sie machte einen ungeheuren Eindruck. Auf den nach Rußland führenden Pforten ist die Aufschrift angebracht: „Gebt die großen Hoffnungen auf“, wie in der Danteschen Hölle. Den geschichtlichen polnisch-russischen Gegensatz, der zivilisatorisch kulturelle Gegensatz zwischen Polen und Rußland, unsere Fähigkeit zur politischen Existenz und das Verlangen nach dieser Existenz, die sich in unseren Aufständen und gegen Rußland angelegten Verschwörungen kundgegeben haben, dies alles zeichnete der Abgeordnete Lempicki in seinem Referat. Das mit ungeheurer Nührung vorgetragene Referat machte großen Eindruck. Viele der Anwesenden weinten.

Wie einfältig erscheint die Besorgnis des Kralauer „Gaz“, daß unsere Sache durch die Teilnahme an dem Kongreß auf die Stufe der Sache der Baschkiren oder Kirgisen herabsinken könne. Durch die Zeichnung unserer geschichtlichen Individualität und unserer Bestrebungen vor den Fremden wird ihr Individualität verliehen. Wir sind nicht eins der unterjochten Völker, wir sind die größte geschichtliche Nation, die des eigenen Staats beraubt ist. Lempicki zitierte den Ausspruch Talleyrands: „Die Teilungen Polens sind mehr als ein Verbrechen, sie sind eine Dummheit“. Die Richtigkeit dieser Worte beweist die Geschichte,

insbesondere aber der gegenwärtige Krieg. Daher rief auch die Stimme des Polen, welcher vor der Welt eine staatliche Existenz für Polen verlangte, großen Eindruck hervor.

Nach der Rede Lempickis beglückwünschte Baron Ropp die Anwesenden, daß sie Zeugen des großen Moments seien, wo der Vertreter Polens, welcher von der Bevölkerung eines großen Wahlbezirks als ihr Vertreter gewählt, durch das Vertrauen der Landsleute an die Spitze des Akts einer geschichtlichen Feier und der Revinditation der Angelegenheiten Polens gestellt ist, öffentlich erkläre, daß alle Bande zwischen Polen und Rußland zerrissen seien. Polen, welches geographisch und kulturell mit Mitteleuropa verbunden sei, werde niemals mehr zu Rußland zurückkehren. Das Schicksal Polens sei für die anderen, für viele von Rußland unterjochte Nationen von Bedeutung; ihr Schicksal sei mit dem Schicksal Polens verbunden. Polen voran! Wir anderen hinterher!

Den Eindruck des Referats Lempickis schwächte der Umstand nicht, daß das Präsidium des Kongresses bald einen Franzosen mit einem Referat über die Tschechen und wiederum irgend einen Menschen unbekannter Nationalität, welcher über Serbien jammerte, auftreten ließ. Alles das rief keinen Eindruck hervor. Von Polen sprachen begeistert Franzosen und Schweizer.

Die Popularisierung der polnischen Sache in ihrer eigentlichen russenfeindlichen Gestalt, das ist eine Vergrößerung der Lücke zwischen den westlichen Staaten und Rußland.

Die Anklage seitens Polens wurde durch die Anklage von 12 anderen Völkern, welche unter dem russischen Joch seufzen, erhöht.

Eine Reihe von Nationalitäten, welche 47 % der Bevölkerung Rußlands ausmachen, hat festgestellt, daß sie nicht nur ihrer nationalen Rechte beraubt, sondern auch in den bürgerlichen Rechten beschränkt sind. Diese Völker richten an die westlichen Staaten die Bitte, ausschließlich sich zu verteidigen, aber keinen Tropfen Blutes zur Verteidigung ihres Joches zu vergießen.

Der Kongreß war eine internationale Kundgebung von Völkern, welche von Rußland unterjocht sind und zu ihm in einem unversöhnlichen Gegensatz stehen. Nur irgendeine Lettin drückte Hoffnungen auf das zukünftige Rußland aus, und irgend ein Georgier, nicht ein Abgeordneter, sondern ein solcher, welcher sprach, um den Eindruck des Abgeordneten der Georgier abzuschwächen, sagte, daß die Georgier nicht eine Losreißung von Rußland wünschten, aber es revolutionieren wollten. Aber das waren nur geringfügige Episoden, welche den Charakter des Kongresses nicht ändern. Die von Rußland unterjochten Völker haben sich in Lausanne verständigt. Ihre Organisation wird sich bald kristallisieren, dies wird eine neue Waffe für den gemeinsamen Kampf mit dem gemeinsamen Feinde sein.

Wladislaus Studnicki.

Aus Nr. 159 des Narodowiec (Herne)
vom 13. Juli 1916.

Aus dem Leben der polnischen Auswanderer in Amerika.

Seit Ausbruch des gegenwärtigen Krieges machen verschiedene polnisch-amerikanische Stimmen darauf aufmerksam, daß dadurch, daß der Zustrom der polnischen Auswanderer nach den Vereinigten Staaten plötzlich und ganz aufgehört hat, unter dem polnischen Auswanderertum rasch der Amerikanisierungsprozeß einsetzen und sich weiter entwickeln wird.

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die polnischen Auswanderer aus Europa in bedeutendem Maße dazu beigetragen haben, den polnischen Geist

in der polnischen Volksgesamtheit in Amerika zu erhalten und zu beleben. Sie waren es, die auf Schritt und Tritt im polnischen Sinne agitierten. Der plötzliche Verlust einer so großen Zahl an Agitatoren wird zur Folge haben, daß der Pulschlag des polnischen Lebens in Amerika schwächer werden und die polnisch-amerikanische Jugend sich leichter amerikanisieren wird.

Die polnischen Blätter in Amerika betonen, daß dies eine außerordentlich wichtige Frage ist. Daß sich der ältere Teil unserer Volksgesamtheit amerikanisieren wird, ist weniger zu befürchten. Umso größer ist aber die Gefahr der Entnationalisierung für die Jugend, die schon auf amerikanischem Boden geboren ist. Der ältere Teil der polnisch-amerikanischen Volksgesamtheit wird nach und nach aussterben und seinen Platz wird das junge polnische Geschlecht, das schon auf amerikanischem Boden geboren ist, einnehmen. Die ganze Zukunft des polnischen Auswanderertums in den Vereinigten Staaten wird mithin ausschließlich und von diesem jungen Geschlecht abhängen. Wird dieses junge Geschlecht seine Nationalität preisgeben und sich amerikanisieren, dann wird auch das künftige polnische Auswanderertum in Amerika immer mehr seinen polnischen Charakter verlieren und für das Polentum verloren gehen.

Die Rettung des jungen polnischen Geschlechts vor der Entnationalisierung und Amerikanisierung ist mithin für die polnischen Auswanderer in den Vereinigten Staaten eine Frage, von der ihre Existenz abhängt.

Aus Nr. 162 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 18. Juli 1916.

Die Polen in Amerika. Die Feier der Konstitution des 3. Mai in Chicago.

Den Gedenktag des 3. Mai 1791 beging die polnische Kolonie in Chicago in sehr feierlicher Weise. Den Umzug, an welchem große Massen der polnischen Bevölkerung teilnahmen, organisierte das polnische Zentralhilfskomitee. Die Festversammlung fand im Saale der Vereinigung statt. Die Festrede hielt der Geistliche und Rektor Zapala. Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, deren wesentlichster Inhalt folgender ist:

Die am 7. Mai 1916 in Chicago anlässlich der Feier des 125jährigen Gedenktages der Konstitution

des 3. Mai versammelten Polen beschließen einstimmig folgende Resolution:

In Erwägung dessen, daß

- a) die Grundlage jeder freiheitlichen Entwicklung und jedes Fortschritts die Anerkennung gleicher Rechte für alle und die Unabhängigkeit der Völker ist,
- b) die Hauptaufgabe des künftigen Friedenskongresses eine gerechte Regelung der Verhältnisse aller bisher bedrückten Völker sein wird,
- c) Polen, wie die Geschichte beweist, eins der am grausamsten und mit Unrecht bedrückten Völker und seine Teilung unbestreitbar eine der Hauptursachen des gegenwärtigen europäischen Konflikts ist und
- d) ein dauernder Frieden für die Menschheit solange unmöglich ist, bis die polnische Frage nicht gerecht und im Sinne der unverletzten Rechte des polnischen Volkes geregelt sein wird, verlangen wir

1.

2. völlige Entschädigung für die unermesslichen Opfer und die furchtbaren Verwüstungen, die der Krieg im Königreich Polen gefordert bzw. angerichtet hat.

Wir glauben unverbrüchlich, daß die mächtige Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die immer und überall ein Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker war und ist, auch den Polen, mit denen sie das Andenken an die heldenhaften Verteidiger ihrer Freiheit, an Kosciuszko und Pulaski, vereinigt, in diesem denkwürdigen, geschichtlichen Augenblick ihren Schutz angebeden lassen und durch ihren mächtigen Einfluß zur Verwirklichung der berechtigten Forderungen des neu zum Leben erwachenden polnischen Volkes beitragen wird.

In dieser Ueberzeugung beschließen wir, unverzüglich eine aus Vertretern des ganzen polnischen Auswanderertums bestehende Delegation an den Präsidenten der Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit der Bitte zu entsenden, daß er im Namen der amerikanischen Regierung energische Schritte dahin unternehmen möge, um von den kriegsführenden europäischen Staaten die Erlaubnis für die Zufuhr von Lebensmitteln und Kleidung aus Amerika für die vor Hunger massenhaft zu Grunde gehende polnische Bevölkerung auf den vom Kriege heimgesuchten polnischen Gebieten zu erlangen.